



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit:

**„Außenbeziehungen der Stadt Wien: Analyse,
Probleme und Perspektiven der Vernetzung Wiens
im europäischen und internationalen Kontext“**

Verfasserin

Karoline Sinhuber

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Oktober 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuer:

Dr. Fritz Windhager

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

SINHUBER KAROLINE

Nachname, Vorname

Datum

Unterschrift

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	6
1 Einleitung	8
1.1 Forschungskonzeption	8
1.2 Methode	10
1.3 Aufbau der Arbeit	11
1.4 Defintionen	12
1.4.1 Lobbying	12
1.4.2 Regionen.....	16
1.4.3 Außenbeziehungen versus Außenpolitik.....	16
1.4.4 Regionale Außenbeziehungen.....	18
2 Rechtliche Grundlagen und Akteure	25
2.1 Bundesverfassung und regionale Außenpolitik	25
2.2 Der Landeshauptmann.....	30
2.3 Die Akteure der Außenbeziehungen	31
3 Die Organisation der internationalen Beziehungen Wiens	32
3.1 Die strategische Ausrichtung der Auslandsaktivitäten.....	32
3.2 Die neue Strategie: „Wien 2016“	35
3.3 Verankerung der EU- und Auslandsagenden im Magistrat der Stadt Wien	43
4 Vernetzung auf EU-Ebene und International	46
4.1 Das Verbindungsbüro in Brüssel.....	46
4.2 EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung in der Stadt Wien (MA 27)	50
4.3 Der Presse- und Informationsdienst (MA 53)	55
4.4 Der Ausschuss der Regionen (AdR)	59
5 Transnationale Städtenetzwerke und Kooperationen	63
5.1 Eurocities	63
5.2 Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).....	64
5.3 Centrope – Europa Region Mitte.....	64
5.4 Versammlung der Regionen Europas (VRE).....	71
6 Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen	72
6.1 Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds.....	72
6.2 Der Sonderbeauftragte für Außenwirtschaft	76
7 Wiens Außenbeziehungen aus der Sicht der ÖVP	79

7.1	Mandatsverteilung im Gemeinderat und Landtag.....	79
7.2	Wiens Außenbeziehungen aus der Sicht der ÖVP.....	80
8	Die Effizienz der Auslandstätigkeiten	82
8.1	Die wirtschaftliche Prüfung des Kontrollamtes im Jahr 2001.....	82
8.2	Probleme bei der Bewertung der administrativen Effizienz der Auslandsarbeit	85
8.3	Der Wirtschaftstandort Wien in Zahlen.....	87
9	Zusammenfassende Schlussfolgerungen	92
10	Literatur und Quellenangaben.....	94
10.1	Monographien und Sammelbände	94
10.2	Beiträge in Zeitschriften, Sammelbänden, Festschriften und Jahrbücher ..	96
10.3	Studien, Dokumentationen und Dokumente.....	97
10.4	Rechtsquellen	99
1.1	Internetquellen	99
10.5	Sonstige Quellen:.....	100
10.6	Interviews	101
11	Anhang	102
11.1	Review 2007: Inhaltsverzeichnis	102
11.2	Positionspapier.....	104
11.3	Organigramm der Stadt Wien.....	122
11.4	Abkürzungsverzeichnis	124
11.5	Zusammenfassung in deutscher und englischer Sprache.....	126
11.6	Lebenslauf.....	127

Vorwort

Mit dem Ende des Ost-West Konfliktes 1998/90 sowie mit dem Beitritt Österreichs zur EU 1995 haben sich für die Stadtaußenpolitik Wiens neue Handlungschancen ergeben. Ebenso haben sich mit der Entwicklung der Europäischen Union (z.B.: Erweiterung nach Osteuropa 2004 und 2007), und Hand in Hand mit den Herausforderungen der globalisierten Welt, auch die Aufgaben der Wiener Außenpolitik gewandelt. Städte sind „(...)Brennpunkte der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen (...)“¹. Beispielsweise kann nun auch von der Ebene der Stadtpolitik auf die Politik der Europäischen Union Einfluss genommen werden. Kommunalpolitik respektive Stadtpolitik und Außenpolitik, zwei Politikfelder, die bislang nichts miteinander zu tun hatten, sind durch den Beitritt Österreichs zur EU im Jahr 1995 in vielen Bereichen geradezu miteinander verschmolzen. Außenpolitik wurde für die Stadt Wien zu einem wichtigen Bereich ihres Handelns, da sich über erfolgreiche Außenbeziehungen vielfältige Chancen für die Stadt und ihr Umland ergeben. Das fängt etwa damit an, dass Wien mit Hilfe von Lobbying seine Interessen in Brüssel hörbar machen und in den komplexen institutionell vermittelten politischen Prozess der EU einbringen kann. Dazu zählen auch Kontakte über die (Staats-)Grenzen zu den EU- Nachbarländern, und mittels internationaler Wirtschaftskontakte kann Wien aktive Standortpolitik betreiben.

Für diese vielschichtige Problematik war es nötig, nicht nur einschlägige Texte politikwissenschaftlich zu analysieren, sondern die professionelle Kompetenz von Funktionären und Beamten der Stadt Wien zu nutzen. Ich möchte mich daher in besonderer Weise bedanken bei den Herren

Senator hc. Prof. Walter Nettig

Dr. Matthias Tschirf

Alfred Vavrousek

Dr. Oskar Wawra

Dr. Thomas Weninger

¹ HÄUPL, 2004, S.15.

Sie alle haben mir mit großer Geduld im Zeitraum von 2005 bis 2008 Interviews gewährt. Ohne ihre Hilfe wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen, Danke!

Aufrichtiger Dank gilt auch meinem Diplomarbeitsbetreuer Dr. Fritz Windhager, der mir immer für Fragen zur Verfügung gestanden ist und mir wertvolle Hinweise liefern konnte.

Außerdem möchte ich mich auch bei Werner Palecek bedanken, der meine Probleme mit dem Computer zu jeder Tages- und Nachtzeit virtuos gelöst hat.

Der einfacheren Lesbarkeit wegen habe ich mich dazu entschlossen, bei sämtlichen Amtsbezeichnungen (wie z.B.: Landehauptmann, Präsident, etc.) nur die männliche Form anzuführen, da es für mich ohnehin selbstverständlich ist, dass sämtliche Funktionen sowohl von Männern als auch von Frauen besetzt sein können.

Wien, im Oktober 2008

1 Einleitung

1.1 Forschungskonzeption

Die folgende Arbeit versucht, die Vernetzung Wiens als Stadt und Bundesland im europäischen wie auch internationalen Umfeld darzustellen, zu analysieren und einer Kritik zu unterziehen. Das bedeutet konkret, auf europäischer Ebene Kontakte zur Europäischen Union in den Blick zu nehmen, wobei hier besonderes Augenmerk dem Lobbying Wiens gilt, um Anliegen und Positionen in die EU einzubringen. Ebenfalls auf europäischer Ebene ist die Plattform „Centrope“ angesiedelt. Es handelt sich dabei um eine grenzüberschreitende Kooperation zwischen Wien, Niederösterreich und dem Burgenland mit den Städten und Regionen in der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik und Ungarn (Brünn, Bratislava, Sopron und Győr). Es sollen auch außereuropäische Kontakte, wie auch die parteipolitischen Positionen im Landtag zur Außenpolitik Wiens, Erwähnung finden. Da Auslandsaktivitäten auch wirtschaftliche Fragen betreffen, werden die Tätigkeiten des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, der Wiener Wirtschaftskammer und des Sonderbeauftragten für Außenwirtschaft beleuchtet.

Diese grobe Skizze von den Handlungsbereichen, Instrumenten und einigen Akteuren der Wiener Außenpolitik ist eine empirische Bestätigung der These, die Rudolf Hrbek vor wenigen Jahren so formuliert hat:

„Aktivitäten von Regionen in der internationalen Arena und in den internationalen Beziehungen können in zunehmender Zahl identifiziert werden. Das erlaubt und rechtfertigt, von „Außenbeziehungen“ von Regionen zu sprechen.“²

Auch wenn der den Regionen bzw. Bundesländern übergeordnete (Bundes-) Staat als Träger der Auswärtigen Gewalt primär noch für die „Außenpolitik“ verantwortlich zeichnet, so hat dieser

„(...) Staat sein Monopol als Akteur in den internationalen Beziehungen verloren (hat). Das liegt unter anderem am Wandel in der Natur des Staates, der sich nicht länger als isolierter, souveräner Nationalstaat versteht, sondern die Zugehörigkeit

² HRBEK 2003, S. 11

*zu größeren Einheiten, Gemeinschaften und Zusammenschlüssen als wesentlichen Teil seiner Ausstattung ansieht; von der Erosion des Staates zu sprechen wäre aber sicherlich eine Übertreibung.*³

Für die Tatsache, dass Regionen bzw. Bundesländer (in Bundesstaaten) verstärkt als Akteure in internationalen Beziehungen auftreten, können mehrere Faktoren angeführt werden.⁴ Bezogen auf Hrbek sind meiner Meinung nach für Wien zwei Hauptfaktoren anzuführen:

- a. Die Grenzlage im Osten Österreichs, die mit dem Beitritt der Nachbarstaaten Tschechische Republik, Ungarn und Slowakische Republik, zu einer innereuropäischen Grenzlage geworden ist. Die seit einigen Jahren bereits eingeführte grenzüberschreitende Kooperation hat vor allem das Ziel, die vielfältigen Entwicklungspotentiale in diesem Großraum zu erschließen. (Siehe hier vor allem Centrepe, Kapitel 5.3)
- b. Stärkung der Position Wiens im europäischen und internationalen Wettbewerb.

*„Eigenständige außengerichtete Aktivitäten gelten dabei als wichtiges Instrument, um die mit Europäisierungs- und Globalisierungs- Prozessen verbundenen Chancen auch für kleinere Gebietseinheiten nutzen zu können.“*⁵

Im Lichte dieser empirischen und theoretischen Befunde haben sich folgende Forschungsfragen gestellt:

- Was versteht man unter Außenbeziehungen, und wie werden sie definiert?
- Auf welchen Rechtsgrundlagen basieren Wiens Außenbeziehungen?
- Wer sind die Akteure?
- Welche Strategien verfolgt Wien bei seinen Kontakten auf europäischer und internationaler Ebene, und wie werden sie umgesetzt?
- Kann man den Erfolg der Auslandsarbeit messen?

³ HRBEK, 2003, S. 11

⁴ Vgl.: HRBEK, 2003, S. 12f

⁵ HRBEK 2003, S. 13

Insgesamt soll ein politikwissenschaftlich fundierter Überblick über Wiens Außenbeziehungen entstehen, wobei nicht nur Strukturen dargestellt werden, sondern auch die Frage nach der Effizienz sowie dem Nutzen für das Land Wien nicht ausgeblendet wird.

1.2 Methode

Grundsätzlich wird der Begriff der Methode von PATZELT folgendermaßen definiert:

„Methoden sind nämlich die konkreten Verfahren der Informationsgewinnung (Datenerhebung) durch Dokumentenanalyse, Befragung, Beobachtung, Experiment und Simulation, oder der Informationsauswertung (Datenanalyse) durch die Nutzung der hermeneutischen Methode, der historischen Methode, der juristischen Methode oder der statistischen Methode.“⁶

Die grundlegende Gliederung der Methodenarbeit besteht aus der Datenerhebung (Informationsgewinnung) und Dateninterpretation (Informationsauswertung von qualitativen Daten).

Für die Darstellung und Analyse der Außenbeziehungen Wiens ist es unumgänglich sich in die Materie einzulesen, sowie qualitative Interviews (Experteninterviews) zu führen, um zu Informationen aus „erster Hand“ zu kommen.

Das bei der Datenerhebung gesammelte Material (z.B.: Berichte, Dokumente) wurde einer genauen Datenanalyse unterzogen und im Lichte der Reflexion von Primär- und Sekundärliteratur ausgewertet. Insgesamt wurde ein Methodenmix von Dokumentenanalyse und qualitativen Interviews gewählt. Die mit Hilfe der beiden Methoden gewonnen Erkenntnisse wurden dann nach folgenden Kriterien strukturiert:

- Herausfiltern von redundanten Interpretationen (Gemeinsamkeiten)
- Prüfung und Interpretation von widersprüchlichen Aussagen

⁶ PATZELT 2003, S.15

- Zusammenfassung in ein zusammenhängendes System von Aussagen und Fakten
- Prüfung, ob alle Aspekte ausreichend geklärt sind
- Zusätzliche Nachfrage bei den Interviewten beziehungsweise Lektüre weiterer Literatur, um etwaige Lücken zu schließen.
- Interpretation und Integration des zusätzlichen Materials⁷

1.3 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit gliedert sich in 11 Kapitel. Neben Forschungskonzeption und Methodendarstellung finden sich auch Definitionen in der Einleitung, um diese, in der Arbeit immer wieder vorkommenden Begriffe, zunächst zu erklären und zu diskutieren.

Weiters möchte ich auf die verfassungsrechtlichen Grundlagen näher eingehen, die das auswärtige Handeln des Landes und der Gemeinde Wien erst ermöglichen, um dann die Organisation der internationalen Beziehungen innerhalb des Magistrats, wie auch die strategische Ausrichtung der Auslandsarbeit, zu beleuchten.

Städtenetzwerke und Kooperationen werden kurz skizziert, um dann auf die für Wien äußerst wichtigen Wirtschaftskooperationen einzugehen. Weiters habe ich mich noch mit den Außenbeziehungen aus Sicht der ÖVP, im Landtag und Gemeinderat in Opposition, beschäftigt. Zum Schluss habe ich den Versuch einer Effizienzanalyse angestellt, wobei ich mich hierbei auf Kontrollamtsberichte und Wirtschaftsdaten gestützt habe.

Im Anhang ist das für die Auslandsarbeit Wiens bedeutsame „Positionspapier“ als Originaldokument zu finden, in dem die strategischen Eckpunkte, auf die Wien derzeit sein auswärtiges Handeln stützt, nachzulesen sind.

⁷ Vgl.: FROSCHAUER/LUEGER, 1992, S. 82-84.

1.4 Defintionen

Zunächst muss festgehalten werden, dass in der Arbeit bestimmte Begriffe immer wieder auftauchen, die zwar zum Teil im Text erklärt werden, es aber trotzdem Sinn macht, eine Erklärung und Definition der Begriffe voranzustellen.

1.4.1 Lobbying

Die grundsätzliche Idee, die hinter dem Begriff „Lobbying“ steht ist, dass Entscheidungsträger durch Dritte beeinflusst werden sollen. Ausgeübt wird Lobbying durch Interessensgruppen oder einzelne Lobbyisten, deren Ziel es zum Beispiel ist, die Gesetzgebung in eine bestimmte Richtung zu lenken.⁸ Dabei ist davon auszugehen, dass politische Entscheidungen heute nicht mehr nur in Plenarsälen gefällt werden, sondern vielfach auch in Expertengremien, die im vorparlamentarischen Raum angesiedelt sind. (Siehe z.B.: das Ausschusswesen der EU.)

„Lobbying ist demnach als wertneutraler Sammelbegriff für die Fülle von Möglichkeiten zur Reaktion und Einflussnahme nicht direktbeteiligter Dritter auf den politischen Entscheidungsprozess aufzufassen.“⁹

Das bedeutet auch, dass Lobbyismus nicht nur Beeinflussung einer Person ist, sondern primär oft über Information und Agenda-setting auf den Entscheidungsfindungsprozess als solchen einwirkt. Lobbyismus kann durch spezielle Informationen die Bewertung einer Materie abändern, neue bisher vernachlässigte Aspekte in die Thematik einbringen und damit implizit eigene Interessen artikulieren; jedoch aber nur dann, wenn die Entscheidungsträger diese Elemente als für ihre Arbeit als zweckdienlich erachten.¹⁰

Generell kann man beim Lobbying im Umfeld der Europäischen Union zwischen zwei Arten unterscheiden: Dem privaten und dem öffentlichen Lobbying.¹¹ In dieser Arbeit soll allerdings vorwiegend das öffentliche Lobbying im Vordergrund stehen, da ja der Versuch unternommen wird, die Auslandsaktivitäten der Stadt Wien zu untersuchen.

⁸ Vgl.: FISCHER, 1997, S.105.

⁹ BUHOLZER 1998, S. 6.

¹⁰ Vgl.: KÖPPL, 1995, S. 97.

¹¹ Vgl.: BUHOLZER, 1998, S. 55.

Buholzer geht noch einen Schritt weiter und unterscheidet bei Lobbyingaktivitäten auf europäischer Ebene:¹²

- **Legislatives Lobbying:** Das ist der Versuch von Interessensgruppen, staatliche Normen, welche die Rahmenbedingungen ihres Handelns bestimmen, zu beeinflussen.
- **Anwendungsorientiertes Lobbying:** Dabei geht es um die Beeinflussung individueller Einzelentscheidungen von öffentlichen Instanzen; z.B.: bei Fragen der Wettbewerbspolitik oder Außenhandelspolitik.
- **Fonds- Lobbying:** Dabei versuchen Interessensgruppen, Förderungen der EU zu lukrieren. Diese Art von Lobbying ist näher an Marketing und Verkauf und kann davon auch nur schwer abgegrenzt werden.

Beim legislativen und anwendungsorientierten Lobbying steht die Interessensvermittlung im Vordergrund, also der Austausch zwischen Interessensgruppen und Mitgliedern gesetzgebender Körperschaften.

Köppl¹³ unterscheidet in seiner Dissertation weiters noch zwischen direktem und indirektem Lobbying. Beim direkten Lobbying steht die persönliche Kommunikation mit den Entscheidungsträgern im Zentrum der Aktivitäten. Dazu zählen Gespräche mit den Entscheidungsträgern oder deren Mitarbeitern, Briefe oder Telefonate. Ziel dabei ist es, die Interessen so zu kommunizieren, dass der Adressat daraus eine Arbeitsunterstützung ableiten kann, nicht aber eine problematische Beeinflussung.

„Durch solche Informationen soll nicht der Entscheidungsträger als Person, sondern die von ihm, kraft seiner Position, zu treffende Entscheidung beeinflusst werden.“¹⁴

Zum indirekten Lobbying gehören all jene Aktionen, die eine Kontaktaufnahme zum Entscheidungsträger etwa über seine Wähler, persönliche Bekannte oder

¹² BUHOLZER, René 1998, S. 8-9.

¹³ Vgl.: KÖPPL, 1995, S. 53 ff

¹⁴ KÖPPL, 1995, S. 54

Meinungsführer bezeichnen. Die Idee dieser Aktion ist, dass dieser Personenkreis leichter Zugang zum Entscheidungsträger hat, und somit vom Lobbyisten bearbeitet werden muss, seine Argumente und Anliegen zu transportieren. In diesem Fall kann auch ein größerer Personenkreis zum Einsatz kommen, im Sinne von Brief- Telefon- oder e-mail- Kampagnen. Diese Vorgangsweise des „*grass-roots-lobbying*“¹⁵ soll bestimmte breite Teilöffentlichkeiten im Interesse Dritter mobilisieren und Druck auf Entscheidungsträger ausüben. So erwartet man, dass Massenbriefaktionen die breite Unterstützung für ein Anliegen dokumentieren.

Die Voraussetzungen für erfolgreiches Lobbying sind:

- Eine deutliche Formulierung der eigenen Interessen, was auch die Einbringung von Ideen bzw. die Erstellung von Konzepten mit einschließt.¹⁶
- Durchführen von Forschungsarbeiten und Umfragen sowie deren Publikation: Fakten und Daten sind geeignete Mittel, um bei Entscheidungsträgern Gehör zu finden. Die Durchführung von Forschungsarbeiten und Umfragen umfasst die Recherche und Aufbereitung von Informationen, die eine erfolgreiche Interessensvermittlung versprechen. Die Aufbereitung zur zielgerichteten Verwendung reicht von der Dokumentation und Weitergabe an einzelne Entscheidungsträger bis hin zur Publikation in Massenmedien.¹⁷
- Die Bereitschaft Allianzen zu bilden, um seine Ziele zu erreichen. Verbündete können andere Städte oder andere Regionen sein; man formuliert gemeinsam Positionen und bringt die dann auch ein. Diese Art der Allianzen wird hauptsächlich innerhalb von Städtenetzwerken oder regionalen Netzwerken gesucht.¹⁸ (Siehe dazu auch Eurocities, Punkt 5.1.)
- Die Nutzung formeller und informeller Kanäle¹⁹
- Herstellen von Kontakten zu Meinungsbildnern²⁰

¹⁵ KÖPPL, 1995, S. 54.

¹⁶ Vgl.: WENINGER, 2002, S. 5.

¹⁷ Vgl.: KÖPPL, 1995, S. 47.

¹⁸ Vgl.: WENINGER, 2002, S. 5.

¹⁹ Vgl.: WENINGER, 2002, S. 5.

²⁰ Vgl.: KÖPPL, 1995, S. 47.

- Vorbereitung seitens Experten und Interessensvertretern: Experten oder die Vertreter von Interessensgruppen legen oft den Entscheidungsträgern ihre Standpunkte dar. Dazu sollten diese in Vorträgen, Reden, Aufbereitung von Unterlagen und Ähnlichem darauf vorbereitet werden.²¹
- Der richtige Zeitpunkt.²²
- Beobachtung und Analyse von Debatten²³
- Eine permanente Verbindung mit dem Heimatland; die Vernetzung mit „zu Hause“ ist für erfolgreiches Agieren unerlässlich.²⁴
- Die Bereitstellung von Ressourcen, das heißt also personelle wie auch finanzielle Ausstattung in geeigneten Räumlichkeiten, was ein repräsentatives Büro mit modernsten Kommunikationstechnologien mit einschließt. (Für das in dieser Arbeit noch erwähnte Büro der Stadt Wien in Brüssel sind jährlich ca. 150 000 Euro zu veranschlagen, darin sind sowohl Personal- als auch Sachkosten inkludiert.)²⁵

Das wichtigste Tauschgut bei Lobbyingaktivitäten ist Information. Interessensvertreter übermitteln ihre Werte und Ziele an Entscheidungsträger, welche sich ihrerseits ein gutes Bild machen können, welche Standpunkte es gibt, und wie ein Kompromiss durchsetzbar sein könnte.²⁶

„Lobbying (...) ist ein Kommunikationsinstrument, das, abgestimmt auf eine bestimmte Zielgruppe und konkret auf operationalisierbare Ziele ausgerichtet, der politischen Interessensartikulation dient und damit, im Sinne der Vermittlungsfunktion, als politisches Informationsmanagement zu bezeichnen ist.“²⁷

²¹ Vgl.: KÖPPL, 1995, S. 47

²² Vgl.: WENINGER, 2002, S. 5

²³ Vgl.: KÖPPL, 1995, S. 47.

²⁴ Vgl.: WENINGER, 2002, S. 5.

²⁵ Vgl.: WENINGER, 2002, S. 5.

²⁶ Vgl.: BUHOLZER, 1998, S. 229.

²⁷ KÖPPL, 1995, S. 102.

1.4.2 Regionen

„Regionen (sind diejenigen territorialen Einheiten Anm. d. Verf.), die unmittelbar unterhalb der Zentralregierung, aber über der kommunalen Ebene angesiedelt sind, die für die territoriale Organisation der Verwaltung von Bedeutung sind und in deren Rahmen Entscheidungsträger, die nicht unmittelbar dem Zentralstaat angehören, bestimmte Aufgaben wahrnehmen.“²⁸

Dieser von Hrbek/Weyand definierte Begriff der „Region“ trifft auch auf österreichische Bundesländer zu, da sie zum Beispiel zwischen der kommunalen und der Bundesebene liegen. Auch bezüglich der Entscheidungsträger gibt es eine Parallele, in unserem Fall ist es der Landeshauptmann, der nicht unmittelbar für den Zentralstaat agiert, wohl aber Träger der mittelbaren Bundesverwaltung ist. Holtmann spricht im Politik-Lexikon von einer

„(...) Mittlere(n) territoriale(n) Einheit oberhalb der Größenordnung von Gemeinde (...) Aufgrund ihrer Homogenität hinsichtlich spezifischer Merkmale (ländliche, industrielle R.) oder ihrer endogenen Funktionen als Verwaltungs-, Wirtschafts- bzw. Planungsr. lässt sich die jeweilige R. als Einheit ansehen.“²⁹

1.4.3 Außenbeziehungen versus Außenpolitik

Des Weiteren muss unterschieden werden zwischen den Begriffen „Außenpolitik“ und „Außenbeziehungen“, auch wenn die Unterscheidung etwas unscharf ausfällt. Thiele benützt für den Untersuchungsgegenstand das Wort „Außenbeziehungen“, da es eine Abgrenzung zur nationalstaatlichen „Außenpolitik“ verdeutlicht, welche sich auch von den regionalen internationalen Aktivitäten unterscheidet.³⁰ Lediglich Thiele trifft diese Unterscheidung, Holtmann definiert Außenpolitik als die

„ (...) Gesamtheit der politischen, wirtschaftlichen, militärischen und soziostrukturellen Aktionen einer in einem souveränen Nationalstaat organisierten Gesellschaft gegenüber ihrer internationalen Umwelt (verstanden). Die

²⁸ HRBEK/WEYAND, 1994 zitiert in: THIELE, 2006, S. 23

²⁹ HOLTSMANN, Everhard, 2000, S. 591

³⁰ THIELE, 2006, S. 24

*internationale Umwelt bilden primär Staaten (Anfang 1990 ca. 170), aber zunehmend auch (...) Organisationen, (...) sind inzwischen zu Akteuren im internationalen System geworden.*⁶¹

Auch Drechsler/Hilligen/Neumann definieren den Begriff „Außenbeziehungen“ nicht, ihr Außenpolitikbegriff im engeren Sinn umfasst die Aktivitäten von Außenministern und diplomatischen Diensten, der weitere Außenpolitikbegriff ist folgender:

*„Außenpolitik im weiteren Sinn umfasst darüber hinaus auch andere Formen staatlichen Außenverhaltens von Verteidigungs- über Außenwirtschafts- bis hin zur Tourismuspolitik. (...) Insbesondere die Länder konnten im Gefolge der Deutschen Einheit ihre Beteiligung an der Europapolitik verfassungsrechtlich absichern.“*⁶²

Aus dieser Definition kann man ableiten, dass auch Regionen bzw. Bundesländer Außenpolitik im Sinne von Europapolitik machen.

Viktor Knapp spricht von Außenpolitik als intuitiven Begriff, bei dem eine Definition schwer ist, deshalb nimmt er eine Klassifikation vor, die sich in einem sehr engen Spektrum bewegt. Zum einen gibt es eine staatliche, also eine offizielle, wie auch eine außerstaatliche Außenpolitik. Mit dieser außerstaatlichen Außenpolitik sind andere Verbände eines Staates gemeint, wie Parteien und Gewerkschaften. Zum anderen spricht er von „politischer“ Außenpolitik im Gegensatz zu kultureller oder wirtschaftlicher Außenpolitik. Die „spezifischen Akteure“ der „politischen“ Außenpolitik sind der Außenminister, der Präsident der Republik, sowie das Parlament. Außerdem existieren noch „nicht spezifische Akteure“ der Außenpolitik wie der Regierungschef, der Parlamentspräsident wie auch Landeshauptleute.³³

Fastenrath definiert Außenpolitik lapidar mit den Worten:

³¹ HOLTSMANN, 2000, S.117

³² DRECHSLER/HILLIGEN/NEUMANN 2003, S. 76

³³ Vgl.: KNAPP 1991, S. 60

„Die zielgerichtete Einflußnahme auf die internationale Politik bezeichnet man als Außenpolitik.“³⁴

Im traditionellen Politikverständnis sind lediglich die Außenvertretungsorgane Akteure dieses Systems, da nur diese über auswärtige Angelegenheiten entscheiden können. Welche Organe das sind - und ob auch Organe subnationaler Körperschaften dazugehören - wird durch die Verfassung festgelegt. Haben Gliedstaaten laut Verfassung völkerrechtliche Vertragsschlussfähigkeit (vergl. Kap. 2 Rechtliche Grundlagen und Akteure), so sind sie zu den Außenvertretungsorganen zu zählen, wenn sie das aber nicht haben, so sind sie zu solchen Verträgen nicht berechtigt, sie handeln somit also nicht außenpolitisch. Wird der Politikbegriff aber erweitert, so können alle an der Politik teilhaben, sofern sie nur genug Einfluss haben.³⁵

Auch wenn in oben angeführten Zitaten die Lehrmeinung vertreten wird, dass Außenpolitik und Außenbeziehungen dasselbe bedeuten, da keine Abgrenzung zum Begriff Außenbeziehung stattfindet, möchte ich mich doch Thiele anschließen und in dieser Arbeit das Wort „Außenbeziehungen“ verwenden, um eine Abgrenzung zum nationalstaatlichen außenpolitischen Handeln herzustellen.

1.4.4 Regionale Außenbeziehungen

Der in der Arbeit häufig gebrauchte Begriff der „Außenbeziehungen“ (siehe auch Kapitel 1.4.3.) soll in Folge die Summe der Kontakte von Organen des Landes Wien mit ausländischen Partnern bezeichnen. Dieser Formulierung eignet natürlich nicht jene außenpolitische Relevanz, die Art. 10 Abs 1 Z 2 B-VG innewohnt.³⁶ Dort heißt es nämlich:

„Bundessache ist die Gesetzgebung und die Vollziehung in folgenden Angelegenheiten (...) äußere Angelegenheiten mit Einschluss der politischen und wirtschaftlichen Vertretung gegenüber dem Ausland, insbesondere Abschluss

³⁴ FASTENRATH, 1991; S. 21

³⁵ Vgl.: FASTENRATH, 1991, S. 21

³⁶ Vgl.: MÜLLER, 1991, S. 104.

*Staatsverträgen, unbeschadet der Zuständigkeit der Länder nach Art. 16 Abs.1, (...)*³⁷

Der Begriff „Außenbeziehungen“ soll primär Kontakte, aber auch Inhalte bezeichnen. Schon die Verwendung des Begriffes „Außenbeziehungen“ soll eine Abgrenzung zur nationalstaatlichen „Außenpolitik“ sichtbar machen.³⁸

Müller unterscheidet bei der theoretischen Einteilung der Außenbeziehungen (allerdings nimmt er die Einteilung für das Land Vorarlberg vor) zwischen gewachsenen Schichten, die sich gegenseitig überlagern. Die unterste, starke Schicht besteht aus der Zusammenarbeit mit den unmittelbaren Grenznachbarn. Die Themen sind äußerst umfangreich, aber lokal begrenzt. So geht es in dieser untersten Schicht um Verkehrsverbindungen, schulische Fragen oder grenzüberschreitenden Umweltschutz. Die darüber liegende Schicht bezeichnet Kontakte der Landesregierung mit diplomatischen Vertretungen, darüber angesiedelt sind die Außenkontakte des Landtages. Eine weitere Schicht in Müllers Einteilung ist die Zusammenarbeit in einem größeren, internationalen Rahmen wie einer internationalen Arbeitsgemeinschaft. (Anm.: Um einen Bezug zu Wien herzustellen, wäre das vergleichbar mit Eurocities oder der ARGE Donauländer.) Schließlich gibt es dann noch eine europäische Dimension, die sich beispielsweise in der Versammlung der Regionen Europas (VdR) manifestiert.³⁹

Dieses System der Schichten auf Wien umzulegen ist schwierig und nicht ganz durchführbar, da in Wien andere Problemlagen vorhanden sind. Außerdem hat Johannes Müller diese Einteilung im Jahr 1991 vorgenommen, also noch vor dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Deshalb möchte ich aus analytischen Gründen die Außenbeziehungen Wiens in folgende Bereiche einteilen:

- Verankerung auf EU- und Internationaler Ebene
- Transnationale Städtenetzwerke und Kooperationen
- Grenzüberschreitende Wirtschaftskontakte

³⁷ BGBl 1988/685; BGBl I 2003/100, Artikel 10, Abs.1 Z 2

³⁸ Vgl.: THIELE, 2006, S.24.

³⁹ Vgl.: MÜLLER, 1991, S. 104ff

➤ Zusammenarbeit und Kontakte mit Staaten außerhalb der EU

Bei dieser Einteilung wird klar, dass sich Innen- und Außenpolitik zunehmend verschränken. Thiele sieht den Grund dafür in der zunehmenden Globalisierung der Weltwirtschaft, die aber gleichzeitig mit einer stärker werdenden Lokalisierung einhergeht. Durch die Globalisierung kommt es zu einer Stärkung der regionalen Ebene, da internationale Entwicklungen zunehmend Einfluss auf die regionale und lokale Ebene haben, deren Organe sich aktiv mit diesen neuen Herausforderungen beschäftigen müssen.⁴⁰

Regionen nehmen insofern ihre neue Rolle als internationale Akteure auch unter dem Druck exogener Faktoren wahr. Deutlich erkennbar wird bei der oben getroffenen Einteilung auch der verstärkte Einfluss der EU. Die Wahrnehmung von Agenden innerhalb der Europäischen Union ist nun für die Nationalstaaten nicht mehr Außenpolitik, sie zählt jetzt zur Innenpolitik. Dabei ist zu beobachten, dass es aufgrund des Kompetenzverlustes zur teilweisen Schwächung der nationalen Ebene kommt, die auch zu einer Aufwertung der regionalen und lokalen Ebene führen kann.

„Als Gründe für diese Aufwertung der regionalen Ebene lassen sich innerhalb des Prozesses der Globalisierung wirtschaftliche und identitäre Ursachen sowie die Ausgestaltung der Europäischen Union differenzieren.“⁴¹

Diese wirtschaftlichen Ursachen sind der fortgeschrittene Abbau von Handelsbeschränkungen, der die Bedeutung von abgegrenzten Märkten schwächt und gleichzeitig aber regionale und lokale Standortfaktoren aufwertet. Die Standortkonkurrenz verlagert sich von der nationalen auf die regionale, lokale und individuelle Ebene.⁴² Kenichi Ohmae spricht in diesem Zusammenhang von „Regionalstaaten“, die „natürliche, ökonomische Zonen“ darstellen. Die Grenzen definieren sich in Form von wirtschaftlichen Austausch- und Abhängigkeitsbeziehungen; diese müssen allerdings nicht innerhalb eines

⁴⁰ Vgl.: THIELE, 2006, S.29.

⁴¹ Vgl.: THIELE, 2006, S. 34.

⁴² Vgl.: THIELE, 2006, S. 35 f.

Nationalstaates liegen.⁴³ Die Region „Centrope“ (wird in dieser Arbeit noch gesondert behandelt) ist ein Beispiel für einen solchen „Regionalstaat“.

Thiele spricht auch von einer wechselseitigen Beeinflussung von Innen- und Außenpolitik. Damit ist gemeint, dass Themen, die zuvor eindeutig der Innenpolitik zuzuordnen waren, nun außenpolitisch geprägt sind.⁴⁴ In Zusammenhang mit dem EU- Einfluss kann man das auch umgekehrt sehen. Themenbereiche, die bisher eindeutig Außenpolitik waren, sind nun zur Innenpolitik geworden.

Auch Mayer hat einen ähnlichen Ansatz zur Erklärung von „*regionaler Europapolitik*“⁴⁵. Diese Definition bezieht sich zwar ausschließlich auf die Außenbeziehungen auf europäischer Ebene, das ist in diesem Fall aber nicht so sehr relevant, da sich ein Gutteil von Wiens Außenkontakten im europäischen Raum abspielt. Es gibt drei Definitionen, die regionale Europapolitik im eigentlichen Sinne, wie auch die weitere und engere Definition von Europapolitik. Alle drei möchte ich hier zitieren:

*„Unter regionaler Europapolitik im weitesten Sinn versteht man das politische Handeln europäischer Akteure, welches sich auf subnationale Einheiten bezieht. Diese Akteure können nun auf übergeordneten Ebenen angesiedelt oder auch die subnationalen Einheiten selbst sein.“*⁴⁶

*„Im eigentlichen Sinn ist regionale Europapolitik zu definieren als sämtliche von Akteuren subnationaler Einheiten gesetzte politische Aktivitäten, die über den innenpolitischen Bezug hinaus eine europäische Dimension aufweisen.“*⁴⁷

„Im engsten Sinn ist regionale Europapolitik die Interessensvertretung durch politische und administrative regionale Eliten - in der Regel aus dem Bereich der Exekutive - in den Institutionen der europäischen Union, dabei primär im

⁴³ Vgl.: OHMAE zitiert in THIELE 2006, S.36.

⁴⁴ Vgl.: THIELE, 2006, S. 29.

⁴⁵ MAYER, 1998, S. 4.

⁴⁶ MAYER, 1998, S. 6

⁴⁷ MAYER, 1998, S. 7

*Ausschuss der Regionen, informell in der europäischen Kommission und in stark eingeschränktem Maß im Rat der Europäischen Union.*⁴⁸

Er unterscheidet zwischen externen und internen Faktoren, die subnationale Einheiten veranlassen eigenständig in europapolitischen Belangen zu handeln. Zu den drei externen Faktoren zählen:

- Die „*Globalisierung der Problemlagen*“⁴⁹: Damit ist gemeint, dass aufgrund des Wandels in Wirtschaft und Politik alte Steuerungsmodelle wie Protektionismus und Verstaatlichung in Frage gestellt wurden. Deshalb waren die Akteure subnationaler Einheiten veranlasst, neue Problemlösungen zu suchen, und haben diese in grenzüberschreitender, interregionaler und interkommunaler Zusammenarbeit gefunden.
- Die „*Europäisierung vormals nationaler Domänen*“⁵⁰: Die Organisation der Politikfelder innerhalb der EU trägt den innerstaatlichen Bedingungen nicht Rechnung, was eine Neuorientierung und Anpassung in den 1990er Jahren erforderlich machte. Außerdem setzte in dieser Zeit ein EU-interner Regionalisierungsprozess ein, der neue Voraussetzungen für europapolitisches Handeln schuf.
- „*Regelungsdefizite höhergelagerter Ebenen*“⁵¹: Regelungsdefizite nationaler und auch europäischer Institutionen, hervorgerufen durch die Europäisierung nationaler Domänen wie auch durch die Globalisierung (siehe beides oben), machen es für untergeordnete Einheiten notwendig, nach eigenen Lösungen zu suchen.

Zu den internen Faktoren zählen:

⁴⁸ MAYER, 1998, S. 7

⁴⁹ MAYER, 1998, S. 4

⁵⁰ MAYER, 1998, S. 4

⁵¹ MAYER, 1998, S. 5

- *„Höheres Problembewusstsein und unmittelbare Betroffenheit“⁵²*: Die Akzeptanz des Subsidiaritätsprinzips ist deshalb so hoch, weil die Überzeugung herrscht, dass jene Ebenen, die von verschiedenen Problemlagen betroffen sind, durch ihr höheres Problembewusstsein, wie auch ihre hohe Problemlösungskompetenz diesen Auswirkungen effizienter begegnen können.
- *„Intraföderale Profilierung“⁵³*: Regionen in föderalen Systemen stehen unter internem Wettbewerbsdruck. Durch die Europäisierung von Regionalpolitik sind die politischen Akteure dazu veranlasst, Positionierungen in diesen, für sie neuen Bereichen, vorzunehmen.
- *„Kompensation wirtschaftlicher Rückständigkeit“⁵⁴*: Die Aussicht auf EU-Fördermittel aus dem Strukturfonds führt zu interregionalem Wettbewerb.
- *„Kompensation politischer Trennung von ethnisch-kulturellen Identitätseinheiten“⁵⁵*: Die Forderung nach regionaler Selbstverwaltung spielt bei allen oben genannten Faktoren eine Rolle, dennoch gibt es Fälle, bei denen regionale Europapolitik zu einer Aufweichung politischer Trennungslinien führt.

Zur Möglichkeit der regionalen Beteiligung am politischen Prozess innerhalb der EU stellt GSODAM Christian⁵⁶ die These auf, dass die Verteidigung und der Ausbau der Rechte *„starker Länder und Regionen“* gegenüber ihrem föderalistischen Zentralstaat eine der Hauptursachen für eine *„Dynamisierung der Rolle von regionalen Gebietskörperschaften in der EU insgesamt“* sind. Als Beispiel dafür führt er unter anderem an, dass *„starke Länder und Regionen“* ihren Zentralstaat in die Pflicht nehmen können, ihre Anliegen auf internationaler- bzw. EU- Ebene zum Thema zu machen. Diese *„starken Länder und Regionen“* sind ebenso in der Lage, europäische Gremien wie den Ausschuss der Regionen durchzusetzen. Außerdem führt der Kontakt zwischen *„schwachen“* und *„starken“* Regionen dazu, dass es zu einem

⁵² MAYER, 1998, S. 5.

⁵³ MAYER, 1998, S. 5

⁵⁴ MAYER, 1998, S. 5

⁵⁵ MAYER, 1998, S. 5

⁵⁶ GSODAM, 1998, S. 22

Legitimations- und Motivationstransfer kommt, der es den „schwachen“ Ländern ermöglicht, ihre Forderungen auf nationaler Ebene leichter durchzusetzen.⁵⁷ Diese „starken Regionen“ sollten ihre Rechte nützen, weiterentwickeln und ihren Einfluss geltend machen, um die Diskussion auf europäischer Ebene am Laufen zu halten. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sollte intensiviert werden, GSODAM prognostiziert für die Zukunft:

„Nach dem bottom-up Prinzip werden dadurch mittel- bis langfristig auch die direkten institutionellen und materiellen Kompetenzen von Regionen auf EU-Ebene zunehmen.“⁶⁸

Als Fazit daraus kann man ableiten, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit institutionell erweitert und im Europäischen Rechtssystem verankert werden sollte. GSODAM schließt daraus, dass dadurch auch langfristig die direkten institutionellen und materiellen Kompetenzen von Regionen auf europäischer Ebene zunehmen werden.⁵⁹

In „Review 2007. Bericht der internationalen Aktivitäten der Stadt Wien“ wird das gesamte Spektrum der auswärtigen Beziehungen Wiens unter dem Gesichtspunkt präsentiert, eine umfassende und detaillierte Leistungsschau aller in Wien mit auswärtigen Agenden befassten Landes-, Gemeinde- und Bezirkspolitiken, Dienststellen, Ämter, Sonderbeauftragter, Fonds etc. vorzulegen. (Siehe auch Anhang.) Einerseits ist es eine bemerkenswerte Fülle an Aktivitäten, die im Jahr 2007 gesetzt wurden, andererseits ist quasi logischerweise eine kritische Evaluierung der einzelnen Projekte, Vorhaben, Konferenzen, Besuche etc. nicht zu erwarten. Dieser und auch die vorangegangenen Berichte sind daher primär eine wichtige Ausgangs- und Informationsbasis für einen analytischen Zugang zur internationalen Positionierung Wiens, wie es in dieser Diplomarbeit versucht wird.

⁵⁷ Vgl.: GSODAM, 1998, S. 23

⁵⁸ GSODAM, 1998, S. 27

⁵⁹ Vgl.: GSODAM, 1998, S. 27

2 Rechtliche Grundlagen und Akteure

Die Außenbeziehungen der Länder werden von PERNTHALER⁶⁰ als „*kleine Außenpolitik*“ („*small diplomacy*“) definiert. Er unterscheidet hier zwischen der „*Zusammenarbeit der Regionen*“ und „*wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen*“. Die Zusammenarbeit der Regionen betrifft die Kooperation von Grenzregionen, Kooperationen innerhalb der EU, wie auch Arbeitsgemeinschaften von Regionen. Die zweite Ebene, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen sind eher globaler Art, sie betreffen Entwicklungshilfe, aber auch kulturelle Veranstaltungen, ökonomische Projekte oder Katastrophenhilfe.

Diese Definition deckt aber die Aktivitäten der Auslandsbüros im Fernen Osten (wie Tokio und Hongkong) nicht angemessen ab. Insofern ist aus meiner Sicht die Bezeichnung der Außenaktivitäten der Stadt Wien mit dem umfassenderen Begriff der Außenbeziehungen aussagekräftiger.

2.1 Bundesverfassung und regionale Außenpolitik

Seit den Sechzigerjahren des 20. Jahrhunderts ist Europa mit einem neuen Phänomen konfrontiert; der Entwicklung grenzüberschreitender Regionen. Zu Beginn stand die Erkenntnis, dass sowohl dies- als auch jenseits einer Grenze sehr ähnliche Probleme existieren, bei denen es sinnvoller erscheint, sie über Grenzen hinweg zu lösen. Die Zusammenarbeit innerhalb einer Region lässt sich somit auf der Ebene der unmittelbar Betroffenen viel einfacher gestalten.⁶¹

Eine regionale Außenpolitik wird von der Bundesregierung etwa seit Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht nur geduldet, sondern ausdrücklich gefördert. Die Möglichkeit der österreichischen Bundesländer, eine eigene Außenpolitik zu gestalten, begründet sich in der Bundes-Verfassungsgesetz-Novelle 1988, BGBl Nr 685/1988. Diese sieht nämlich folgendes vor:

„Die Länder können in Angelegenheiten, die in ihren selbständigen Wirkungsbereich fallen, Staatsverträge mit an Österreich angrenzenden Staaten oder deren Teilstaaten abschließen.“ (Art 16 Abs 1)

⁶⁰ Vgl.: PERNTHALER 2004, S. 165

⁶¹ Vgl.: KATSCHTHALER 1991; S. 12

Aus diesem Gesetz ergibt sich, dass die Länder ausschließlich mit an Österreich angrenzende Staaten Verträge abschließen dürfen – also dürfte beispielsweise Wien mit der Schweiz einen Vertrag eingehen, da nicht steht, dass der Staat an das Bundesland angrenzen muss. Es ist außerdem auch möglich, dass Wien mit einem deutschen Bundesland einen Vertrag abschließt; dieses Bundesland muss wiederum nicht an Österreich grenzen. So könnte beispielsweise Österreich einen Vertrag mit Niedersachsen haben. Trotzdem sind Alleingänge nicht möglich, schon zu Verhandlungsbeginn muss die Bundesregierung vom Landeshauptmann informiert werden, und vor Abschluss ist vom Landeshauptmann die Zustimmung der Bundesregierung einzuholen. Die Bevollmächtigung zur Aufnahme und zum Abschluss von Verhandlungen obliegt dem Bundespräsidenten auf Vorschlag der Landesregierung und mit Gegenzeichnung des Landeshauptmannes.

Der Abschluss von Staatsverträgen mit anderen Staaten hingegen bleibt dem Bund vorbehalten, das gilt ebenso für Staatsverträge mit internationalen Organisationen und dem Vatikan.⁶²

Auch wenn die Gesamtverfassung der Republik Österreich den Bundesländern völkerrechtliche Kompetenzen zugesteht – so etwa die Vertragsschlusskompetenz - (und Staatsverträge, auch wenn sie von den Ländern abgeschlossen werden, ziehen eine völkerrechtliche Verpflichtung nach sich) entstehen noch keine Völkerrechtssubjekte. Das heißt also, die Länder werden nicht zu Völkerrechtssubjekten, nur weil sie Vertragsschlusskompetenz haben.⁶³ Genau genommen vertreten aber die Landesorgane bzw. der Landeshauptmann beim Abschluss eines Staatsvertrages nicht das Bundesland, sondern stellvertretend die Republik nach außen. Die völkerrechtlichen Kompetenzen gehen somit nicht auf das Land über, sondern das Land wird nur ermächtigt, für die Republik tätig zu werden.⁶⁴

In der Praxis wurde von der Möglichkeit des Abschlusses eines Staatsvertrages durch das Land Wien noch nicht Gebrauch gemacht. Wobei diese Möglichkeit auch in der Verwaltung nicht allzu bekannt sein dürfte. Den beiden Beamten, Alfred Vavrousek und Oskar Wawra, mit denen ich ein Interview führen durfte, wussten gar

⁶² Vgl.: THALER, 1990, S. 42.

⁶³ Vgl.: THALER, 1990, S. 61.

⁶⁴ Vgl.: THALER, 1990, S. 42.

nicht, dass für die österreichischen Bundesländer überhaupt die Möglichkeit besteht, Staatsverträge im selbständigen Wirkungsbereich abschließen zu können. Alfred Vavrousek, Bereichsleiter der Stadtaußenkommunikation meint dazu:

„Von der Logik her sage ich mir, wenn jedes der österreichischen Bundesländer jetzt völkerrechtliche Verträge mit irgendjemandem abschließt; das Chaos, das dann auf der bundespolitischen Ebene ausbricht, das möchte ich mir nicht einmal im Entferntesten ausmalen. Also ich sehe darin eine gewisse Zurückhaltung, die die Bundesländer in dieser Frage haben, die sehe ich mit großem Verständnis.“⁶⁵

Dazu kommt noch, dass das Abschlussverfahren für solche Verträge sowohl unerprobt, als auch sehr aufwändig ist, und der Art. 16 große Beschränkungen enthält.⁶⁶ Darüber hinaus spielt der Bund eine dominante Rolle, da der Abschluss eines Staatsvertrages auch auf der bundespolitischen Ebene nicht ohne Auswirkungen bleibt, da zwischen dem Bund und den Ländern auch eine genaue Beobachtung im außenpolitischen Bereich stattfindet.

(...) „und da war es einige Zeit sehr mühsam, der österreichischen Bundesregierung klarzumachen, dass die Städtepolitik, die Wien betreibt, nicht zur Konkurrenz zum Außenministerium steht, sondern dass es ein gedeihliches Miteinander ist von Hauptstadt zu Hauptstadt, die nicht auf die österreichische Außenpolitik insgesamt abfährt, dass Wien das Kommando sozusagen übernimmt, und am Außenministerium vorbeifährt.“⁶⁷

Das bedeutet also auch, dass die Abstimmung zwischen den Ländern und dem Bund auf außenpolitischer Ebene passen muss, und bei solchen Fragen auch das Außenministerium eingebunden werden muss, damit es nicht zu Kompetenzüberschneidungen kommt. Dazu kommt noch, dass bei vielen Veranstaltungen, die von Wien im Ausland organisiert werden, die Botschaften eingebunden sind, welche dem Außenministerium unterstehen.

⁶⁵ VAVROUSEK, Interview am 15.03.07

⁶⁶ Vgl.: BITTNER, 2007, S. 4

⁶⁷ BITTNER, 2007, S. 4

„Also da muss man sehr gut Acht geben und sich abstimmen, dass es da nicht zu klimatischen Irritationen kommt mit den gesamten Auswirkungen, und die Botschaften müssen ja kooperieren bei den Veranstaltungen, dass es da nicht zu gewissen Ressentiments kommt. Da sind wir schon froh, dass wir diesen Weg gefunden haben.“⁶⁸

Auch in der Literatur findet sich Kritik an diesem Verfassungsgesetz; es heißt, dass es praktisch kaum zu verwenden ist, was im Endeffekt ja auch stimmt, da davon noch von keinem österreichischen Bundesland Gebrauch gemacht wurde.

Johannes Müller meint dazu:

„Die Außenpolitik der österreichischen Länder ist eine kleine Außenpolitik, darauf gerichtet, anstehende Probleme möglichst direkt zu lösen. Es dürfte nach dem Art. 16 Abs 1bis 3 BV-G noch schwieriger sein, alle die notwendigen Mitwirkungshandlungen von Bundesorganen für einen völkerrechtlichen Vertrag des Landes einzuholen, als den Bund dazu zu bewegen, einen solchen Vertrag selbst im Interesse des Landes zu verhandeln und abzuschließen. – Das war nicht Zweck der Übung.“⁶⁹

Eine andere Möglichkeit für die Länder, verbindliche Vereinbarungen mit dem Ausland zu treffen, ist einen privatrechtlichen Vertrag abzuschließen. Hierfür ist nur erforderlich, dass die Materie durch einen privatrechtlichen Vertrag geregelt werden kann; dass der Vertrag also weder Befehls- noch Zwangsbefugnisse zum Gegenstand hat. Das heißt also, der Vertrag darf nur eine Staatstätigkeit in Formen der Privatwirtschaftsverwaltung vorsehen und darüber hinaus auch nur typisch privatrechtliche Dinge (z.B.: Warenlieferungen, Grundstückskauf, etc.) zum Inhalt haben.⁷⁰

Bereits vor der Gesetzesnovelle von 1988 war dies den Ländern schon möglich, als Träger von Privatrechten Vertragsverhältnisse mit nicht österreichischen Vertragspartnern einzugehen. Abgesehen von ihrer Stellung als Hoheitsträger sind die Länder als auch der Bund nach Art 17 B-VG Privatrechtssubjekte, überdies legt

⁶⁸ BITTNER, 2007, S. 4

⁶⁹ MÜLLER, 1991, S.109

⁷⁰ Vgl.: THALER, 1990, S. 34, Fußnote.

der Artikel fest, dass durch die verfassungsrechtliche Kompetenzverteilung die Stellung der Länder als „Träger von Privatrechten“ nicht berührt wird.

Auch die Möglichkeit der privatrechtlichen Verträge wird von Wien aber eher spärlich genutzt, hauptsächlich werden Abkommen oder Memoranden zur Zusammenarbeit mit Städten abgeschlossen. Diese Abkommen für sachbezogene Projekte werden auf bestimmte Zeit, meistens fünf Jahre, abgeschlossen und haben Themen wie Umwelt, Stadtentwicklung oder Know-how Transfer zum Inhalt. Formal sind diese Memoranden allerdings Absichtserklärungen und keine privatrechtlichen Verträge.

Auf die Außenbeziehungen Österreichs insgesamt bedachte Mitwirkungs- bzw. Vetorechte sind den Ländern auch in weiteren Verfassungsbestimmungen zugedacht. In Art. 10 Abs 3 B-VG heißt es:

„Bevor der Bund Staatsverträge, die Durchführungsmaßnahmen im Sinne des Art. 16 erforderlich machen oder die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder in anderer Weise berühren, abschließt, hat er den Ländern Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.“⁷¹

Ebenso haben die Länder ein absolutes Vetorecht, was Verträge betrifft, die in den selbständigen Wirkungsbereich der Länder fallen:

„Politische Staatsverträge, andere nur sofern sie gesetzändernden oder Gesetzesergänzenden Inhalt haben und nicht unter Art. 16 Abs 1 fallen, dürfen nur mit Genehmigung des Nationalrates abgeschlossen werden. Soweit solche Staatsverträge Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder regeln, bedürfen sie überdies der Zustimmung des Bundesrates.“⁷²

In Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder kann demnach auch zu einer Kompetenzkonkurrenz zwischen Bund und Ländern kommen, denn dem Bund fällt auch weiterhin das Recht zu, Angelegenheiten, die in den

⁷¹ BGBl 1974/444; BGBl I 2003/100; Art 10 Abs 3 B-VG

⁷² BGBl 1988/685, Artikel 50 Abs.1 BV-G

selbständigen Wirkungsbereich der Länder fallen, durch Staatsverträge zu regeln, wenngleich die Zustimmung des Bundesrates dazu erforderlich ist.

Als „politischer Vertrag“ sind nach Ansicht Thalers *„solche Verträge zu verstehen (sind), die die vitalen Interessen und die Souveränität des Staates berühren.“*⁷³

Zu dem Recht auf Stellungnahme und dem Recht, Veto einzulegen, kommt dann noch eine dritte Bestimmung, und zwar ein Anfechtungsrecht gegenüber Staatsverträgen des Bundes wegen behaupteter Verfassungs- bzw. Gesetzeswidrigkeit. Solche Anfechtungen fanden in Österreich bisher nicht statt.⁷⁴

2.2 Der Landeshauptmann

Da auch die Länder im Sinne der Vorgaben des B-VG idF 1929 eine demokratisch-republikanische Regierungsform besitzen müssen, hat jedes der neun österreichischen Bundesländer einen gewählten Landtag und einen Landeshauptmann, der funktionell zum Staatsoberhaupt eines Bundeslandes berufen ist.⁷⁵ In §90 Abs 3 erster Satz der Wiener Stadtverfassung heißt es, dass der Bürgermeister die Gemeinde als juristische Person nach außen vertritt. Das bedeutet eine umfassende Vertretungsbefugnis, auch die Stadtaußenpolitik ist aufgrund seines Alleinvertretungsanspruches Sache des Bürgermeisters.⁷⁶ Darüber hinaus hat der Landeshauptmann als Vertreter des Bundeslands nach außen die Rolle eines quasi Staatsoberhauptes inne und ist Träger der mittelbaren Bundesverwaltung. Er ist also auch Regierungschef des Landes, was bedeutet, dass er einerseits der Vorsitzende der Landesregierung ist und überdies die Funktion des Vorstands des Amtes der Landesregierung ausübt. Interessant ist dabei, dass ihm als Vorstand des Amtes der Landesregierung in seinem Einflussbereich eine größere Funktionsfülle zukommt als beispielsweise dem Bundeskanzler, dem aus der Sicht der Verfassung die unmittelbare Einflussmöglichkeit auf die einzelnen Bundesminister fehlt.⁷⁷

Zusammengefasst kann also gesagt werden, dass das Amt des Landeshauptmanns mit einer breiten Palette an Kompetenzen ausgestattet ist, er hat eine nicht zu

⁷³ THALER, 1990; S. 37.

⁷⁴ Vgl.: RACK 1991, S. 42

⁷⁵ Vgl.: PESENDORFER 1986, S. 31

⁷⁶ Vgl.: WELAN 1992, S. 23.

⁷⁷ Vgl.: PESENDORFER 1986, S. 33

unterschätzende Bedeutung bei der Formulierung spezifischer Standpunkte und Positionen.

2.3 Die Akteure der Außenbeziehungen

Der derzeit wichtigste Akteur im Bereich der Wiener Außenbeziehungen ist der Landeshauptmann und Bürgermeister Michael Häupl, unterstützt von der Magistratsdirektion und den Fachabteilungen des Magistrats. Des Weiteren wird seine Arbeit gestützt durch den Sonderbeauftragten für Außenwirtschaft Senator h.c. Walter Nettig. Als Hilfsorgane der Außenbeziehungen dienen die Außenbüros der Firma Compress, die der MA 53 unterstellt sind. Beratende Funktion der Wiener Stadtregierung in europäischen Angelegenheiten hat die Europakommission des Gemeinderates.

- Der **Bürgermeister** bzw. Landeshauptmann als Träger der Außenpolitik (Siehe Kapitel 2.2)
- **Europakommission** des Gemeinderates – berät die Stadtregierung (Siehe Kapitel 3.1)
- Der **Sonderbeauftragte für Außenwirtschaft** (Außerordentliches Mitglied im Stadtsenat) (Siehe Kapitel 6.2)
- **Magistratsdirektion** – dem Bürgermeister unterstellt (Siehe Kapitel 3.2)
 - Verbindungsbüro in Brüssel (Siehe Kapitel 4.1)
- Fachabteilungen im Magistrat (**Magistratsabteilungen**) – dem Bürgermeister unterstellt (Siehe Kapitel 4.2 und 4.3)
 - Unterstützung durch Hilfsorgane (Compress- Büros)
- Kooperation mit **Beteiligungsgesellschaften der Stadt** (Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, Wien Tourismus) (Siehe Kapitel 6.1)
- Kooperation mit der Wirtschaftskammer Wien (Siehe Kapitel 6.2.)

3 Die Organisation der internationalen Beziehungen Wiens

3.1 Die strategische Ausrichtung der Auslandsaktivitäten

Formal verantwortlich für die strategische Ausrichtung der Auslandsaktivitäten ist der Bürgermeister, der ja auch Träger der Außenbeziehungen Wiens ist. Auch die Europastrategie ist vom Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Häupl sowie vom Wiener Landtag festgelegt worden.

Die Europakommission des Wiener Gemeinderates, in der alle Parteien des Wiener Gemeinderates proportional zu ihrer Mandatsstärke vertreten sind, ist hierbei beratendes Gremium für die Wiener Stadtregierung. Bereits in der Vorbereitungsphase auf den österreichischen Beitritt zur Europäischen Union wurde 1992 beschlossen, eine gemeinderätliche Kommission (kurz "Europakommission" genannt) zu bilden, welche die Auswirkungen des EG-Integrationsprozesses auf Wien prüfen sollte.⁷⁸

Diese Kommission ist zu einer Zeit gebildet worden, da in die österreichische Bundesverfassung eine Bestimmung gekommen ist, die ein Länderbeteiligungsverfahren vorsah. Das bedeutet, dass in die Verhandlungen der Bundesregierung mit der EU auch die Länder einbezogen werden sollen.⁷⁹

Nach dem Beitritt Österreichs zur EU besteht diese Kommission weiter, sie soll über aktuelle Entwicklungen in Europa, vor allem die EU betreffend, aber auch darüber hinaus, beraten und diskutieren. Sie kann dem Gemeinderat oder dem Landtag Empfehlungen abgeben und berät auch den Bürgermeister in Europafragen. Vor allem ist sie aber ein Spezialgremium für die einzelnen Vertreter der politischen Parteien, sich über die normalen Tagesordnungen des Gemeinderates bzw. Landtages hinaus über Europafragen zu beraten und zu diskutieren. Im Allgemeinen werden in der Europakommission grundsätzliche Ausrichtungen behandelt und abseits der Öffentlichkeit diskutiert. Auch die Vorberatungen für Gesetzesentwürfe, die Europathemen betreffen, werden zuerst in der Europakommission diskutiert, bevor sie im Landtag beschlossen werden.⁸⁰

⁷⁸ Vgl.: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/07/01/05/hauptstadtregionen.htm>

⁷⁹ Vgl.: Tschirf, Interview am 17.11.2006

⁸⁰ Vgl.: WAWRA, Interview am 15.03.07

Laut Matthias Tschirf von der ÖVP ist die Europakommission nicht so stark wie sie sein sollte, auch sollte seiner Meinung nach die Information intensiviert werden.

„Wenn Sie das vergleichen mit der Situation im Nationalrat, wie da eine Einbindung aller Parteien stattfindet über das was sich in Brüssel abspielt, ist das doch hier kärglich. So wie dort gibt es eben einen eigenen Ausschuss, und es gibt Dinge, die sollte man doch in dem Ausschuss diskutieren.“^{81 82}

Trotzdem gibt es einen parteiübergreifenden Konsens in der Europakommission hinsichtlich eines Bekenntnisses zur EU, wenngleich die FPÖ von diesem Konsens ausgenommen ist, da es eine starke Konfrontation mit der FPÖ in Europafragen gibt.

„Die FPÖ ist in diesen Konsens nicht inbegriffen, wobei sie es zeitweise schon war, das hängt mit den handelnden Personen zusammen, da hat es einen Europasprecher der FPÖ gegeben, der ausgeschieden ist, aber vielleicht wieder einmal kommt. Der auf der Liste etwas weiter hinten ist, aber der immer danach getrachtet hat, dass die FPÖ doch ein wenig mitspielt.“⁸³

Es gibt vom Landtag Beschlüsse, die sich Europadeklaration nennen, darin ist auch die offizielle Europastrategie vom Wiener Landtag enthalten, sowie weitere Erklärungen vom Landeshauptmann, die sich mit grundsatzpolitischen Erklärungen zum Thema europäische Integration befassen. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass die Europadeklaration des Wiener Landtages einen parteiübergreifenden Konsens darstellt; das heißt sie wurde parteiübergreifend beschlossen.⁸⁴

„Jetzt kann man sagen, ist gut, ist schlecht. Gut, o.k., es gibt einen Konsens, schlecht, es ist eine dünne Suppe, alles inkludiert.“⁸⁵

⁸¹ TSCHIRF, Interview am 17.11.2006

⁸² Tschirf bezieht sich offenbar auf den Ausschuss für EU-Angelegenheiten im Nationalrat und stellt dessen Tätigkeit als Vorbild für die Europakommission des Gemeinderates dar.

⁸³ TSCHIRF, Interview am 17.11.2006

⁸⁴ Vgl.: WENINGER, Interview am 27.06.05

⁸⁵ WENINGER, Interview am 27.06.05

In der Europadeklaration 2003 von Bürgermeister Michael Häupl spricht er von einer Sozialunion im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Europäischen Union. Schlussendlich soll, obwohl Sozialgesetzgebung keine EU- Kompetenz ist, auch der soziale Aspekt in der Europäischen Integration nicht zu kurz kommen. Thomas Weninger, ehemaliger Leiter der MA 27, der auch an der Europadeklaration des Bürgermeisters mitgearbeitet hat, meint dazu:

„Letztendlich wird es wohl auf eine Harmonisierung im Sozialbereich hinauslaufen. Sprich Grundsicherung, ob das jetzt ein Grundeinkommen ist, das sind alles Zukunftsthemen, aber es geht darum, den sozialen Ausgleich aufrecht zu erhalten und das ist aus meiner Sicht der soziale Zusammenhalt in Europa.“⁸⁶

Angesprochen darauf, dass die Sozialgesetzgebung keine EU- Angelegenheit ist, meint Weninger, dass der Wettbewerb innerhalb der EU derzeit auch im sozialen Bereich stattfindet, bis hin zur Lohnpolitik und Sozialstandards.⁸⁷ Demnach könnte es dabei auch zu Änderungen kommen, bei denen sich die Städte selbstverständlich auch einbringen müssen.

Eine offizielle Definition des Europabegriffs der Stadt gibt es nicht, allerdings ist für Wiener Spitzenbeamte Europa bis zum Kaukasus gefasst, wobei allerdings der Schwerpunkt in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern, sowie in der EU liegt. Einig sind sich die Experten aber darin, dass Russland sicher nicht zu Europa zählt, das fällt unter Nachbarschaftspolitik. Zum Thema EU- Erweiterung gibt es keine offizielle Position, außer dass sich Europa nach den letzten Erweiterungen

(...) „neu aufstellen muss. (...) Denn gerade in der Stadtaußenpolitik ist es relativ schwer, mit einer Zunge zu sprechen, das ist ein Prozess, der noch andauert. (...) Das wird uns noch viele Jahre beschäftigen.“⁸⁸

Dennoch dürfte die Erweiterung in Richtung Balkan ein wichtiges Thema sein, da man vor allem den Ländern des Balkans über Kroatien hinaus, also Serbien,

⁸⁶ WENINGER, Interview am 27.06.05

⁸⁷ Vgl.: WENINGER, Interview am 27.06.05

⁸⁸ Vgl.: VAVROUSEK, Interview am 15.03.07

Montenegro aber auch Bosnien-Herzegowina, eine mittelfristige Perspektive zum EU- Beitritt geben will.

„Wir sehen in unseren Kontakten, dass in diesen Ländern und Städten vor allem Österreich und Wien als Fenster zur Europäischen Union gesehen wird, und dieses Fenster sollte man zumindest mittelfristig nicht verschließen. (...) Also da wäre, glaube ich, auch der Wunsch Österreichs und Wiens, dass man diese Länder auch ermutigt in diesem Reformprozess fortzufahren, ihnen langfristig einen Beitritt in Aussicht zu stellen.“⁸⁹

Also nicht nur Oskar Wawra, Leiter der MD- AB, von dem obiges Zitat stammt, spricht sich für eine mittel- bis langfristige EU- Beitrittsperspektive für den Balkan aus, auch Alfred Vavrousek, Bereichsleiter der Stadtaußenkommunikation und Leiter der MA 53, ist für einen Beitrag Wiens zur Erreichung von Stabilität in dieser Region.⁹⁰

Die ersten außenpolitischen Initiativen Wiens wurden bereits in den 1960er Jahren gesetzt, aber erst in den 1970er Jahren begannen erste kontinuierliche Aktivitäten wie Medienbeobachtung und erste internationale Büros.

Mit den 1990er Jahren und dem EU- Beitritt Österreichs mussten die Aktivitäten Wiens auch in Richtung EU ausgeweitet werden. Es wurde das Wien-Haus in Brüssel eingerichtet, außereuropäisch bekamen auch Hongkong und Tokio Wien-Büros.⁹¹

3.2 Die neue Strategie: „Wien 2016“

Im Februar 2007 kam es zu einem Schulterschluss zwischen Stadt Wien, Wien Tourismus, Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und Wirtschaftskammer Wien. Ziel dabei ist, die Stadtaußenpolitik effizienter zu gestalten und das Stadtmarketing mit gemeinsam geplanten und durchgeführten Auslandsauftritten zu optimieren. Diese vier Stellen haben zwar auch schon in der Vergangenheit zusammen gearbeitet,

⁸⁹ WAWRA, Interview am 15.03.07

⁹⁰ Vgl.: VAVROUSEK, Interview am 15.03.07

⁹¹ <http://www.wien.gv.at/politik/international/auslandsarbeit.html>

aber nicht so akkordiert und mit gemeinsamen Leitlinien und Zielen.⁹² Früher gab es schon auch außenpolitische Leitlinien, die als Wegweiser gedient haben; allerdings galten sie nur für das Magistrat der Stadt Wien. Nun gelten diese ausgearbeiteten Leitlinien auch für ausgelagerte Organisationseinheiten, die nicht unmittelbar zur Stadt Wien gehören. Ziel dieser Kooperation ist, dass der Auslandsauftritt kraftvoller wird, wobei mit mehreren Partnern eine größere Breite erzielt werden kann. Es gibt nicht nur gemeinsam festgelegte Regionen, wo in den nächsten Jahren Auslandsauftritte der Stadt Wien stattfinden werden, sondern auch klar definierte Ziele und Positionen. Ziel dieser neuen Kooperation ist es, mehr Ordnung in die Auslandsarbeit zu bringen, sowie auch Ziele, die erreicht werden sollen, abzustimmen.⁹³

„Ziele die da sind, und auch die Wege, wie komm ich dort hin, also ich beschreibe auch den Weg. Das ist das Neue daran. Es ist eine längerfristige Planung, was gerade im Auslandsbereich nicht das Schlechteste ist, wiewohl auch längerfristige Planungen ihre Tücken haben, weil es schaut dann vielleicht ganz anders aus, wenn wir sagen, dass wir 2009 nach Indien gehen, und das wird 2009 ganz anders zu bewerten sein; aber immerhin, man kann sich darauf vorbereiten. Also es ist ein Schulterschluss vollzogen worden zwischen Magistrat, Beteiligungsgesellschaften, ausgegliederten Einheiten, privaten Einheiten, der Wirtschaftskammer und privaten Organisationen.“⁹⁴

In der Presseaussendung der Stadt Wien heißt es zu dieser Kooperation, dass vor allem Fachveranstaltungen und traditionelle Wien-Bälle geplant sind. In Zukunft sollen vier Mal im Jahr gemeinsame Großauftritte in definierten Zielregionen stattfinden, wobei immer ein kultureller Aufhänger gesucht wird, wie zum Beispiel ein Konzert der Wiener Philharmoniker in New York. Der Ruf Wiens als Kulturmetropole wird dabei bewusst gewählt, dazu findet ein Rahmenprogramm statt, in dem sich Wien als Wirtschaftsstandort mit Lebensqualität und als Technologie- und Wissenschaftsstandort präsentiert.⁹⁵

⁹² vgl.: Rathauskorrespondenz vom 22.02.07: <http://www.wien.gv.at/vtx/vtx-rk-xlink?SEITE=%2F2007%2F0222%2F011.html>

⁹³ Vgl.: VAVROUSEK, Interview am 15.03.07

⁹⁴ VAVROUSEK, Interview am 15.03.07

⁹⁵ Vgl.: Rathauskorrespondenz vom 22.02.07: <http://www.wien.gv.at/vtx/vtx-rk-xlink?SEITE=%2F2007%2F0222%2F011.html>

Auffällig in diesem Zusammenhang ist, dass Wien in Südosteuropa, Nordamerika (dort vor allem in New York, Chicago und San Francisco) Japan, Hongkong und China sein Engagement vertiefen möchte, für Südamerika, Australien und Afrika allerdings keine Aktivitäten geplant sind. Im Positionspapier heißt es dazu:

„Für diese Regionen gab es von den beteiligten Institutionen und Magistratsdienststellen jeweils Mehrfachnennungen, aber kein massives Votum. Hier sollte Wien künftig zumindest fallweise präsent sein:

- *Vereinigte Staaten von Amerika (Großraum Las Vegas, Atlanta)*
- *(Südost)Asien*
- *Südamerika*⁹⁶

Im Zuge dieser Zusammenarbeit wurde auch ein gemeinsames Positionspapier (siehe 11.2) erarbeitet, das als Grundlage für das außenpolitische Handeln der Stadt Wien dient. Außerdem wurde auf Grundlage dieses Positionspapiers ein Arbeitshandbuch für die internationalen Wiener Aktivitäten der nächsten zehn Jahre entwickelt. Als Begründung für die Zusammenarbeit wird im Arbeitshandbuch vermerkt:

*„Die übergeordneten Interessen, die die internationalen Aktivitäten der Stadt Wien steuern, sind die Sicherung und der Ausbau des Lebensstandards, der Arbeitsplätze und der hohen Lebensqualität der Wiener Bevölkerung. Nur eine Standortentwicklung, die über regionale und nationale Grenzen hinaus alle Chancen nützt, kann die Wahrnehmung dieser Interessen gewährleisten. Die grenzüberschreitende Mobilität von Gesellschaft und Wirtschaft führt aber auch zu veränderten Ausgangs- bzw. Problemlagen, in denen ressort- bzw. themenübergreifende Steuerungselemente erforderlich sind, weil in der Mehrzahl der Fälle verschiedene Handlungsbereiche gleichzeitig tangiert werden. Es spricht daher alles für die Schaffung von Synergien durch Bündelung wichtiger internationaler Aktivitäten aller strategischen Partner.“*⁹⁷

⁹⁶ <http://www.wien.gv.at/politik/international/pdf/positionspapier.pdf>, S.10

⁹⁷ Arbeitshandbuch "Wien 2016": Internationale Aktivitäten der Stadt Wien; in: <http://www.wien.gv.at/politik/international/rft/arbeitsbuch.rtf>, S.3.

Das Positionspapier sieht einen wettbewerbsorientierten Ansatz für ein ganzheitliches Stadtmarketing vor, was bedeutet, dass sich die Werbung auf die Stärken Wiens konzentriert. Als Stärken, die in ihrer Gesamtheit Wien von anderen Städten unterscheidet, können genannt werden⁹⁸:

- Wien als Stadt mit hoher Lebensqualität
- *Wien als Kulturmetropole: Die Stadt soll für Städte- und Kongresstouristen noch aktiver beworben werden, wobei der Focus auf den Hoffungsmärkten Mittel- und Osteuropas, den arabischen Länder Asiens und Chinas liegt. „Insgesamt soll die Zahl der Gästeübernachtungen bis 2010 auf 10 Millionen steigen (2005: 8,8 Mio.).“⁹⁹*
- Wien als Wirtschafts- und Finanzzentrum: Ziel dabei ist es, den Wirtschaftsstandort zu stärken und aktive Standortpolitik zu betreiben um neue Betriebsansiedelungen zu ermöglichen. Dabei soll vor allem der Zugang zu Mittel- und osteuropäischen Staaten, die gute Infrastruktur, der technologiepolitische Schwerpunkt der Stadt, und nicht zuletzt die wirtschaftlichen Erfolge der Banken in Ost- und Südosteuropa beworben werden. Diese Werbung darf sich aber nicht nur auf den EU- Raum beschränken, sondern es sollen vor allem expansionswillige asiatische Unternehmen angesprochen werden. (Durch Betriebsansiedelungen werden nicht nur neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern in Folge auch das Steueraufkommen und die Kaufkraft der gesamten Region erhöht!)
- Wien als Bildungskompetenzzentrum, Forschungs- und Wissenschaftsstandort
- Wien als Stadt der Spitzenmedizin (Das soll als Teil der Lebensqualität unterstrichen werden.)¹⁰⁰

Ebenso wichtig wie der wettbewerbsorientierte Ansatz ist der, ebenfalls in diesem Positionspapier festgeschriebene „Kooperative Ansatz“, der sich mit der politischen

⁹⁸ Vgl.: <http://www.wien.gv.at/politik/international/rtf/positionspapier.rtf>, S. 2f

⁹⁸ Vgl : <http://www.wien.gv.at/politik/int>

⁹⁹ <http://www.wien.gv.at/politik/international/rtf/positionspapier.rtf>, S. 2.

¹⁰⁰ Vgl : <http://www.wien.gv.at/politik/international/rtf/positionspapier.rtf>, S. 9

Rolle der Stadt Wien auseinandersetzt. Als „politische Stärken“ und die daraus resultierenden Schlussfolgerungen für außenpolitisches Handeln wurden herausgearbeitet:¹⁰¹

- Wien als eine der Hauptmetropolen Europas: Ziel dabei ist es, Wien im Rahmen der „Centrope- Region“ als „Leitmetropole“ für Mittel- und Osteuropa zu positionieren. Dabei ist gedacht, dass Wien als Ideengeber für eine innovative Stadtverwaltung fungiert. Außerdem soll sich Wien als politischer Lobbyingpartner für Mittel- und Osteuropa gegenüber der EU entwickeln.
- Wien als internationales Zentrum: Internationale Organisationen, die ihren Sitz in Wien haben, sollen durch intensive Betreuung in der Stadt gehalten werden. (z.B.: UNO, OSZE, OPEC, etc.) Außerdem ist geplant, da Wien immer noch das Image als „neutraler Boden“ anhaftet, weitere internationale Organisationen und NGO's in die Stadt zu holen. Auch die bereits in Wien ansässigen EU-Institutionen sollen in Wien gehalten werden (z.B.: MOE-Kompetenzsitz für das Programm INTERREG, EU- Beobachtungsstelle für Rassismus). Durch den Ausbau der Beziehungen zu den bereits in Wien ansässigen internationalen Organisationen, besonders auch zu den Vertretungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments, soll sich Wien als „Stadt des internationalen Dialogs“ positionieren.
- Wien als weltoffene, „gender-orientierte“, internationale Stadt im Herzen Europas: Dabei ist gedacht, Wiens Politik im Umgang mit Migranten als europäisches Modell zu kommunizieren, und damit federführend in der europäischen Debatte zur Integrationspolitik in Städten zu werden. Auch die Gleichstellung von Frauen und Männern soll im internationalen Dialog zur Sprache kommen.
- Wien als Infrastruktur- und Umwelt-Kompetenzzentrum: Wiens Know-how soll in den Bereichen Infrastruktur und Umwelt, das heißt Verkehrsplanung, Abfall und Energie, öffentlich kommuniziert werden. Im Zuge dessen soll auf die

¹⁰¹ Vgl : <http://www.wien.gv.at/politik/international/rtf/positionspapier.rtf>, S. 9-10.

Politik der EU im Kommunalen Bereich Einfluss genommen werden können. So sollen projektbezogene Partnerschaften mit anderen Hauptstädten der EU, Allianzen im Rahmen von Städtenetzwerken und auch eine aktive Mitwirkung im Ausschuss der Regionen (siehe auch Punkt 4.4) angestrebt werden, um die kommunale Daseinsvorsorge zu sichern, sowie Liberalisierungstendenzen im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen entgegenwirken zu können. Die Suche nach Verbündeten ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig, Ziel dabei ist in erster Linie, die Interessen Wiens in die Gesetzgebung der EU einfließen zu lassen.

- Wien als Stadt mit einer bürgernahen Verwaltung: Es soll kommuniziert werden, dass Wien in den letzten Jahren auf dem Verwaltungssektor e-Government - Lösungen entwickelt hat, die auch international exportiert werden können.

Für die Auslandsbüros sowie die Büros in Tokio, Hongkong und Brüssel (welche in dieser Arbeit noch näher erläutert werden) sind folgende Aufgaben vorgesehen:

- *„Lobbying für die Stadt Wien und die Wiener Wirtschaft*
- *Medienbeobachtung der wesentlichen Medien vor Ort*
- *Wienaussendungen, Pressekonferenzen in den Städten*
- *Delegationsbetreuung von Wiener Delegationen in der Zielstadt und umgekehrt*
- *Traineebetreuung*
- *Veranstaltungssupport*
- *Wissensmanagement*¹⁰²

Geplant ist ebenfalls, in vier Städten weltweit, jedes Jahr eine Präsentation Wiens zu veranstalten. An dieser Präsentation sind eben nicht nur wie bisher die Stadt oder die Wirtschaftskammer beteiligt, sondern auch der WWFF, und der Wien-Tourismus.

¹⁰² Vgl.: <http://www.wien.gv.at/politik/international/auslandsarbeit.html>.

Auch (nicht näher definierte) Prominente sollen gewonnen werden, um für Wien im Ausland Lobbying zu betreiben.

Außerdem soll die Medienarbeit neu ausgerichtet werden. Das bedeutet, dass die Zahl der Presseaussendungen in den Städten mit Verbindungsbüros erhöht werden soll; Ziel dabei ist, zwischen 5000 und 7000 Presseaussendungen pro Jahr zu verfassen. Auch eine Medienkooperation mit ausländischen Medien wird angestrebt, gedacht ist dabei an Beilagen über Wien in der jeweiligen Landessprache. Des Weiteren soll ein eigenes Internet- Auslandsjournal nicht nur auf deutsch, sondern auch in englischer und in elf weiteren Sprachen Mittel- und Osteuropas erscheinen. (wieninternational.at)¹⁰³

Auch ein Wien- Film wurde gedreht, in dem zwar nicht mit Attraktionen und Klischees (u.a. Sängerknaben und Lipizzaner) gespart wurde; das Ganze aber auf eine unterhaltsame und lustige Art, die ohne Sprache auskommt, damit der Film auch nicht übersetzt werden muss. Im Positionspapier, das als Grundlage für den neuen Wien-Auftritt dient, heißt es dazu:

„Bestehende Klischees können dabei als erfolgreiche Elemente des tradierten Wien-Images weiter bedient werden, doch soll das Kulturimage Wiens durch eine Portion Modernität ergänzt werden, wie dies seit mehreren Jahren vom Wien-Tourismus praktiziert wird.“¹⁰⁴

Koordiniert wird diese Kooperation der Auslandsarbeit von einer Lenkungsgruppe im Auftrag des Bürgermeisters Michael Häupl. Der Lenkungsgruppe, deren Vorsitz der Bereichsleiter für Stadtkommunikation und Medien innehat (derzeit Fred Vavrousek), gehören weiters die Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien (derzeit Brigitte Jank), der Sonderbeauftragte für internationale wirtschaftliche Angelegenheiten der Stadt Wien (derzeit Walter Nettig), der Bereichsleiter für internationale Beziehungen (derzeit Oskar Wawra), sowie führende Personen vom Wiener

¹⁰³ Vgl.: <http://www.wien.gv.at/politik/international/auslandsarbeit.html>.

¹⁰⁴ <http://www.wien.gv.at/politik/international/rf/positionspapier.rtf>, S. 2.

Wirtschaftsförderungsfonds, Wien Tourismus und ein Experte auf dem Gebiet der Kulturberatung an.¹⁰⁵

Die Aufgabe der Lenkungsgruppe besteht darin, die Schwerpunkte des Arbeitsprogramms sowohl inhaltlich als auch geographisch festzusetzen, sowie die Sicherstellung der Umsetzung zu gewährleisten. Unterstützt wird die Lenkungsgruppe von einem Auslandsbeirat, der ebenfalls unter dem Vorsitz des Bereichsleiters für Stadtkommunikation und Medien steht. Dem Auslandsbeirat gehören an:

- Das Büro des Bürgermeisters
- Die Magistratsdirektion – Geschäftsbereiche Auslandsbeziehungen, Bauten und Technik sowie weitere Geschäftsbereiche, die vom Magistratsdirektor nach Aktualität festgelegt werden.
- Die Auslandskoordinatoren der Geschäftsgruppen des Magistrats (diese werden von den Stadträten nominiert)
- Beteiligungsgesellschaften der Stadt Wien
- Strategische Partner
- Maßgebliche Vertreter Wiens

Der Auslandsbeirat tritt einmal jährlich zusammen und entwickelt Vorschläge für die Lenkungsgruppe, und ist für die zeitliche und inhaltliche Abstimmung der internationalen Aktivitäten mit den Magistratsdienststellen und anderen Beteiligten zuständig.

Diese neue Stadtaußenpolitik versteht sich auch als Bündel von Marketingmaßnahmen Wiens im Ausland, die auch permanent weiterentwickelt werden.¹⁰⁶

¹⁰⁵ Vgl.: Arbeitshandbuch "Wien 2016": Internationale Aktivitäten der Stadt Wien; in: <http://www.wien.gv.at/politik/international/rtf/arbeitshandbuch.rtf>, S. 8.

¹⁰⁶ Vgl.: VAVROUSEK, Interview am 15.03.07

„Ob wir jemals eine eigene Firma dazu konstruieren, oder ob man das von den einzelnen Partnern weiter betreuen lässt, wie das alles funktioniert, wird in den nächsten Jahren ein Prozess werden, man wird sehen.“¹⁰⁷

3.3 Verankerung der EU- und Auslandsagenden im Magistrat der Stadt Wien

Die Außenbeziehungen der Stadt Wien sind auf mehrere Dienststellen im Magistrat verteilt. Die Koordination der Auslandsarbeit obliegt dem Bereichsleiter für Stadtkommunikation und Medien. Er ist unter anderem zuständig für den Ausbau der Auslandskommunikation, das Stadtmarketing im Ausland, die Abstimmung der Auslandsaktivitäten, und außerdem legt er die inhaltlichen Schwerpunkte für alle Auslandsaktivitäten der Stadt Wien fest.¹⁰⁸

In der Magistratsdirektion sind drei Geschäftsbereiche für Außenpolitik zuständig:

- Der Geschäftsbereich Außenbeziehungen ist für die Gesamtkoordination aller Auslandskontakte zuständig.
- Der Geschäftsbereich Bauten und Technik leitet die verschiedenen Kooperationsabkommen mit anderen Städten.
- Dem Bereich „Verfassungsdienst und EU- Angelegenheiten“ ist das Wien-Büro in Brüssel unterstellt, das somit direkt dem Magistratsdirektor verantwortlich ist.

Die Magistratsdirektion ist den Magistratsabteilungen übergeordnet, mit dem Bundeskanzleramt vergleichbar. Die Magistratsdirektion ist selbstverständlich weisungsgebunden, aber weisungsberechtigt allen Dienststellen gegenüber.¹⁰⁹

¹⁰⁷ VAVROUSEK, Interview am 15.03.07

¹⁰⁸ vgl.: Rathauskorrespondenz vom 28.02.2005: <http://www.wien.gv.at/vtx/vtx-rk-xlink?SEITE=%2F2005%2F0228%2F012.html>

¹⁰⁹ Vgl.: WENINGER, Interview am 27.06.05

Die Magistratsdirektion-Auslandsbeziehungen (MD-AB) ist im Geschäftsbereich Auslandsbeziehungen angesiedelt, der die gesamten Auslandsaktivitäten der Stadt koordiniert. Dieser Geschäftsbereich wird von einem Bereichsdirektor geleitet, der wiederum direkt dem Magistratsdirektor untersteht.¹¹⁰

„Zu den Aufgaben der Magistratsdirektion- Außenbeziehungen zählen gemäß der Dienstanweisung des Magistratsdirektors vom 27. Juni 2002, MD-1215/01, betreffend Besorgung der Geschäfte des Magistratsdirektors unter Anderem die Imagewerbung des Standortes Wien sowie die Koordinierung der Auslandsaktivitäten der Stadt Wien und ihr nahe stehender Einrichtungen, wie dem Wiener Tourismusverband und dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds.“¹¹¹

In den Aufgabenbereich der MD-AB fällt auch der Kontakt mit den ausländischen Botschaften und diplomatischen Vertretungen, die in Wien angesiedelt sind. Es gibt eine Reihe von Projekten der Stadt Wien, die gemeinsam mit den Botschaften organisiert werden, wie zum Beispiel Kulturveranstaltungen. Auch für solche Dinge im Hintergrund, wie zum Beispiel die Vergabe von Parkplätzen an Botschaften, die CD – Zonen, fallen in die Kompetenz der MD-AB. Die gute Zusammenarbeit mit den Botschaften ist auch für die internationalen Aktivitäten der Stadt äußerst hilfreich, wie Andrea Leitner von der MA 53 betont:

„Es ist auch bei unserem internationalen Aktivitätenbüro, wo wir einen Schulterschluss mit dem Wirtschaftsförderungsfonds, der Wirtschaftskammer und dem Wien- Tourismus haben, sehr hilfreich, wenn man eine Stelle vor Ort hat, wo man die Veranstaltungen, Kontakte etcetera regeln kann. Und da muss man sich darauf verlassen, dass die mit dem Botschafter oder dem Generalkonsulat sehr gut zusammen arbeitet. Wir waren jetzt gerade in New York, (Anm.: Das Gespräch fand im März 2007 statt.) und ein Großteil des Programms wäre in der Form, in der wir es abgewickelt haben, nicht gegangen, hätten wir nicht mit dem Generalkonsulat so gut zusammen gearbeitet.“¹¹²

¹¹⁰ vgl: <http://www.wieninternational.at/en/node/28>

¹¹¹ Leitlinien für die Internationalen Aktivitäten der Stadt Wien 2002 – 2006 (Erlass vom 27. Juni 2001, MD-1315-1/01)

¹¹² LEITNER, Interview am 15.03.07

Zudem fällt die Kooperation mit UNO-Stellen in Wien in den Bereich der MD-AB, das „Vienna Service Office“ in der UNO-City, das Mitarbeitern der Vereinten Nationen mit Rat und Hilfe zur Seite steht, ist im Geschäftsbereich Außenbeziehungen der Magistratsdirektion angesiedelt. In diesem „Vienna Service Office“, also dem Informationsbüro der Stadt Wien in der UNO- City, sitzt eine Mitarbeiterin der Stadt Wien, die für alle Anfragen und mit Informationen zur Verfügung steht.

Magistratsintern arbeitet die Magistratsdirektion- Auslandsbeziehungen vor allem mit der Auslandsgruppe des Presse- und Informationsdienstes PID, dem Wiener Tourismusverband, dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds WWFF sowie mit dem MD-Geschäftsbereich Bauten und Technik zusammen, der auch Kooperationsabkommen mit Partnerstädten betreut.

Der Geschäftsbereich Bauten und Technik ist vor allem in Mittel- und Osteuropa mit dem Ziel aktiv, auf der Ebene von Kommunen und Regionen europäische Zusammenarbeit und Integration voranzutreiben.¹¹³ Außerdem koordiniert die MD-AB auch sämtliche Hilfsmaßnahmen der Stadt Wien im Ausland, und im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) unterstützt sie NGOs bei der Durchführung von weltweiten Entwicklungsprojekten.

Auf der Ebene der Magistratsabteilungen, die den jeweiligen amtsführenden Stadträtinnen und Stadträten unterstellt sind, ist die MA 53, der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (PID), und die Magistratsabteilung 27 für EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung mit Außenbeziehungen betraut. Diesen Abteilungen sind zudem noch eigene Kapitel gewidmet, die sich mit ihren Tätigkeiten auseinandersetzen.

¹¹³ Vgl: <http://www.wieninternational.at/en/node/283>.

4 Vernetzung auf EU-Ebene und International

4.1 Das Verbindungsbüro in Brüssel

Sämtliche österreichische Bundesländer mit Ausnahme von Vorarlberg sind in Brüssel mit einem eigenen Verbindungsbüro vertreten. Regionale und kommunale Vertretungen sind keine Vertretungen im Sinne der Diplomatenrechtskonvention,¹¹⁴ sondern agieren im nicht-hoheitlichen Bereich und können daher auch nicht gegenüber dem Rat, der Kommission oder dem Parlament als offizielle Verhandlungspartner auftreten.

Die österreichischen Bundesländer in ihrer Gesamtheit sind hingegen ein Sonderfall im Gegensatz zu anderen föderalistischen Staaten, da sie direkt in der Ständigen Vertretung Österreichs durch eine Ländervertretung (Abteilung Länderangelegenheiten) repräsentiert sind, die in Brüssel die hoheitlichen Agenden der Länder wahrnimmt.¹¹⁵

Trotzdem haben die Länder noch zusätzlich Verbindungsbüros, in jenem der Stadt und des Landes Wien befindet sich eine Dienststelle der Magistratsdirektion „Verfassungsdienst und EU- Angelegenheiten“, sowie eine Niederlassung des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds WWFF. Das VBB (Verbindungsbüro der Stadt Wien in Brüssel) ist deshalb magistratsintern in der Magistratsdirektion Verfassungsdienst angesiedelt, weil es für alle Dienststellen und alle Wiener Bereiche da ist und agiert sozusagen als „Ohren und Augen vor Ort.“

Dazu kommt noch, dass das VBB auch mit der Europäischen Kommission zusammenarbeitet, und es in der täglichen Arbeit vorwiegend um rechtliche und rechtspolitische Fragen geht, also Richtlinien, Verordnungen der Kommission; also vor allem verfassungsrechtliche Angelegenheiten. Und da erschien es zweckmäßig, dass das Wien- Haus an den Verfassungsdienst angebunden ist, wenn beispielsweise eine neue Richtlinie der Kommission herauskommt.¹¹⁶

¹¹⁴ Wiener Übereinkommen über Diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961; zitiert in: FISCHER, 1997, S. 68.

¹¹⁵ Wiener Übereinkommen über Diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961; zitiert in: FISCHER, 1997, S. 68.

¹¹⁶ Vgl.: WAWRA, Interview am 15.03.07

Dieses Verbindungsbüro ist aber vor allem dazu da, die Interessen der subnationalen Ebene zu repräsentieren und zielt auf den größtmöglichen Gewinn dieser Ebene aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union ab. Hier laufen alle Kontakte der Stadt Wien mit EU-Institutionen zusammen.¹¹⁷ Das VBB hat zwar kein Mandat um als Verhandlungspartner aufzutreten, kann aber mittels Lobbying und ähnlicher Maßnahmen auf Institutionen der EU Einfluss nehmen.

„Die Aktivitäten des „Verbindungsbüros der Stadt Wien in Brüssel (VBB)“ stehen überwiegend im Zeichen der Beschäftigung mit den Liberalisierungsplänen der Kommission in den Bereichen der Daseinsvorsorge, das heißt in den (bislang) öffentlichen Dienstleistungen, wie Nahverkehr oder Wasserversorgung.“¹¹⁸

Die Verbindungsbüros bzw. Regionalbüros verschiedener Länder und Regionen sind sich in Bezug auf ihre Aktivitäten, trotz der unterschiedlichen Organisationsform und der unterschiedlichen Staaten, sehr ähnlich, stellt Wosihnoj Markus in seiner Diplomarbeit fest.¹¹⁹

Die Aufgaben des Wiener Verbindungsbüros in Brüssel sind umfangreich, im Folgenden sind hier die wichtigsten Aufgaben hervorgehoben:¹²⁰

Ein wichtiger Punkt ist das Wissensmanagement („Intelligence Gathering“). Die Aufgabe des Verbindungsbüros ist dabei die Beobachtung und Analyse von Entwicklungen, sowie eine enge Vernetzung nach Hause um eigene Standpunkte und Anliegen zu formulieren, die dann in EU- Entscheidungsprozessen positioniert werden können. Dabei ist relevant zu wissen, wie Entscheidungs- und Arbeitsabläufe in der EU funktionieren, um Informationen einholen und bewerten zu können. Die Informationsarbeit ist die Grundlage für erfolgreiche Politik; dazu gehört Beschaffung, Bewertung, Aufarbeitung und Vermittlung von Information. Dem Verbindungsbüro kommt hierbei die Funktion einer Schnittstelle zwischen EU und der Stadt Wien zu.

¹¹⁷ Vgl.: <http://www.wieninternational.at/en/node/283>.

¹¹⁸ Review 2004, Bericht der internationalen Aktivitäten der Stadt Wien, S. 68.

¹¹⁹ Vgl.: WOSIHNOJ, 1998, S.147, Diplomarbeit.

¹²⁰ Vgl.: WENINGER, 2002, S. 6 ff.

Aufgrund der Mitgliedschaft in der EU besteht auch die Möglichkeit, Förderungen in Anspruch zu nehmen. Aufgabe des Verbindungsbüros ist hierbei das Wissen um aktuelle Ausschreibungen, Kenntnis der Verfahrensabläufe, sowie eine Begleitung des Projektantrages bei der Europäischen Kommission. In erster Linie relevant ist die frühzeitige Informationseinholung, insbesondere aber Neuerungen im EU-Förderwesen. Das bedeutet nicht nur eine Hilfestellung für Klein- und Mittelbetriebe bei Anträgen oder Ähnlichem, sondern vor allem auch zu einem möglichst frühen Zeitpunkt Kenntnis über neue EU-Förderungsabsichten oder geänderte Ausschreibungsrichtlinien zu erlangen. Darin ist wahrscheinlich auch zu begründen, warum das Wien-Haus in Brüssel nicht nur eine Dienststelle des Magistrats beherbergt, sondern auch ein Büro des WWFF.

Vor allem aber ist das VBB dafür zuständig, Lobbying für die Interessen Wiens zu betreiben. Darunter versteht man, EU- Entscheidungsträgern die eigenen nationalen oder lokalen Interessen nahe zu bringen, damit diese in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden können. Hauptpartner dieser Aktivitäten sind in erster Linie die Europäische Kommission, die für die initiative Rechtsetzung innerhalb der EU zuständig ist. Rechtzeitige Kenntnis von Initiativen eröffnet die Möglichkeit, frühzeitig eigene Positionen einzubringen. Auch die „eigenen“ Abgeordneten im EU- Parlament sind Ansprechpartner für Ideen und Vorschläge. Dieser Informationsaustausch erfolgt über kontinuierliche Kontakte zu Institutionen der EU, vor allem aber zu Kommission und EU-Parlament.

Der Aufbau von engen Beziehungen mit relevanten Ansprechpartnern ist wichtig, um seine Interessen und Anliegen auch anderen Akteuren näher zu bringen und eventuelle Kooperationen zu beschließen. („Networking“) Der Vorteil solcher Kontakte (wie auch Mitgliedschaften in Europäischen Organisationen) ist, dass die Möglichkeit offen steht auch deren Erfahrung, Kontakte und Personal nützen zu können. Ebenso kann ein früher Informationsaustausch von großem Nutzen sein. Auch „Nationales Networking“ ist nicht zu vernachlässigen. Die Pflege von Kontakten zu anderen Österreichern oder Wienern, die in der EU, insbesondere aber in der Kommission arbeiten, ist von besonderer Wichtigkeit. Der Vorteil dieser Kontakte ist, dass diese Funktionäre und Beamte sowohl wichtige Informationen liefern können, als auch informelle Ansprechpartner sind. Außerdem können sie als Experten zu

Fachvorträgen „nach Hause“ eingeladen werden, um über neueste Entwicklungen zu berichten.

Natürlich werden alle Abgeordneten zum Europaparlament für Lobbyingaktivitäten genützt, aber aufgrund der politischen Situation sind vor allem die sozialdemokratischen Abgeordneten Zielgruppe dafür. Im Wesentlichen passiert das aber über die politische Ebene; also über den Bürgermeister und den Europakommissionsvorsitzenden. Die inhaltliche Vorbereitung für das Lobbying über diese Kontakte obliegt dem VBB sowie auch der MA 27, was vor allem den Bereich Daseinsvorsorge betrifft.

Zudem zählt auch die Betreuung und Beratung von Politikern zu den Aufgaben des Verbindungsbüros. Stadt-, Gemeinde-, und Bezirkspolitiker, die erstmals mit der EU zu tun haben, werden vom Verbindungsbüro vorbereitet und beraten. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Betreuung von Mitgliedern im Ausschuss der Regionen (AdR). Der AdR ist DAS Lobbyinginstrument in Brüssel, daher kommt den AdR-Mitgliedern natürlich besondere Bedeutung zu, sie müssen rasch über komplexe Zusammenhänge informiert werden, um entsprechend agieren zu können.

Auch die Selbstdarstellung der Region ist für das VBB relevant. Zum einen soll auf Probleme und Anliegen der Region aufmerksam gemacht werden, und zum anderen sollte auch die Bedeutung des Wirtschaftsstandortes hervorgehoben werden und Kontakte zu Organisationen und Verbänden geknüpft werden. Die eigene Region soll sowohl kulturell als auch wirtschaftlich präsentiert werden. Dabei macht es Sinn, auch Medienvertreter einzuladen.

Eine weitere Aufgabe des Verbindungsbüros ist es, sich um die Aus- und Weiterbildung von eigenen Beamten in Wien zu kümmern, um ihnen einen Einblick in die Arbeit der EU zu verschaffen. Dazu werden Mitarbeiter von einer bis zu fünf Wochen nach Brüssel geschickt, um die Kommission, den Rat, das Parlament, den AdR und verschiedene NGO's zu besuchen. Ziel dabei ist die Beschaffung von Unterlagen, der Besuch von Seminaren und einen grundsätzlichen Überblick über die Strukturen zu bekommen, um dann auch zu wissen an wen man sich wenden

muss, wenn man etwas braucht. Außerdem werden Praktikumsplätze auch an Mitarbeiter anderer Mitgliedsstaaten vergeben, um langfristige Kontakte aufzubauen.

Zusätzlich sind die Verbindungsbüros auch für die Vorbereitung von Besuchen von Politikern oder hohen Beamten zuständig, indem sie Kontaktmöglichkeiten ausloten und Termine vereinbaren. Diese Herstellung von Kontakten funktioniert auch in die andere Richtung, das Verbindungsbüro sollte auch hohe EU- Beamte dazu bewegen in die Region zu kommen, um dort vor Ort mit regionalen Vertretern zu kommunizieren.

Zusammengefasst kann man sagen, dass das Verbindungsbüro der Stadt Wien als wichtiges Lobbyinginstrument der Stadt in Brüssel gilt, wie auch von der Opposition im Rathaus bestätigt wurde.

4.2 EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung in der Stadt Wien (MA 27)

EU-Strategien und Wirtschaftsentwicklungen sind oftmals eng gekoppelt mit Fragen der Energiepolitik aber auch in einigen Aspekten mit dem Bereich städtischer Infrastruktur. Darunter fallen Fragen der Wasserver- und -entsorgung, der Abfallbeseitigung, des öffentlichen Personennahverkehrs und sozialer Infrastruktur (Daseinsvorsorge). Deshalb sind Aufgaben, die in diesen Bereichen zu bewältigen sind, in der Magistratsabteilung 27 zusammengefasst. Die Magistratsabteilung gliedert sich in folgende Dezernate¹²¹:

- EU- Strategie und EU- Förderungen
- Daseinsvorsorge
- Energie
- Wirtschaftsentwicklung

¹²¹ vgl : <http://www.wien.gv.at/meu/i-eu.htm>.

Die MA 27 kümmert sich um die Abwicklung von Projekten der Stadt Wien, die im Rahmen eines EU-Projektes laufen (z.B.: Interreg) und ist auch gleichzeitig die Landesförderstelle, also die Landesverwaltungsbehörde im Strukturfondsbereich. Verwaltet werden alle Interreg III A Programme und die Ziel II und Urban II.¹²² Einen wichtigen Teil der Arbeit macht auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Mittel- und Südosteuropäischen Staaten aus.¹²³ Außerdem ist sie zuständig für die Angelegenheiten des Städtenetzwerkes EUROCITIES im Einvernehmen mit der Magistratsdirektion sowie TINA Vienna.¹²⁴

Da die MA 27 so wichtige Bereiche wie Energie, Daseinsvorsorge und auch EU-Strategie abdeckt, ist diese Magistratsabteilung eine, die sich vielleicht auch eher mit ideologischen politischen Problemen auseinandersetzen muss. Der vormalige Leiter der MA 27, Thomas Weninger spricht von seiner Position als

„(...) eine der wenigen Positionen im Beamtenbereich, wo ich glaube, es ist eine politische Beamtenfunktion.“¹²⁵

Dafür spricht auch, dass er zwar nicht den Bürgermeister in EU- Fragen berät, sehr wohl aber an der Europadeklaration für den Wiener Landtag mitarbeitete. Als Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung möchte er seine Dienststelle nicht im Speziellen sehen weil:

„(...) das ist letztendlich jede Abteilung. Der Stadtrat gibt den Rahmen vor und sie setzen um, die Abteilung. Das ist nichts Außergewöhnliches, das trifft alle gleich. Manche sind vielleicht nicht so unmittelbar mit so einem politischen Thema versehen(...)“¹²⁶

Dennoch gibt er zu, dass vor allem bei der Verwaltung von EU- Förderprogrammen wie Interreg III seine Dienststelle als eine Art Schnittstelle fungiert. Da die neue Strukturfondsperiode 2007 beginnt, muss ein neues Programm entwickelt werden. Es werden alle Geschäftsgruppen und Stadträte bzw. deren Vertreter eingeladen, die

¹²² Vgl.: WENINGER, Interview am 27.06.05

¹²³ vgl : <http://www.wien.gv.at/meu/leitbild-euw.htm>.

¹²⁴ <http://www.ziel2wien.at>.

¹²⁵ Vgl. WENINGER, Interview am 27.06.06.

¹²⁶ WENINGER, Interview am 27.06.06

sich in die Diskussion und Planung einbringen können. Koordiniert und umgesetzt wird das neue Projekt dann von der MA 27.

Auch die Daseinsvorsorge, die in die Zuständigkeit der MA 27 fällt, betrifft nicht nur Österreich, sondern ist eine Angelegenheit von europäischer Dimension. Bei der geplanten Dienstleistungsrichtlinie im EU Parlament, bei der die Privatisierung der Daseinsvorsorge angedacht wurde, kam es zu massivem Lobbying von Seiten Wiens.

(Wir haben, Anm. d. Verf.) „dem Bürgermeister vorgeschlagen, dass er den österreichischen Parlamentariern (im EU-Parlament, Anm.) schreibt, dass sie bei der Abstimmung zur Dienstleistungsrichtlinie, das sie das und das bedenken mögen und für das und das eintreten. Dann bei Veranstaltungen im Rathaus, wo man den Kommissionsbeamten, der die Richtlinien entwirft, zu Diskussionen eingeladen hat.“¹²⁷

Sicherlich hat nicht nur alleine das Bestreben Wiens dazu beigetragen, dass die Daseinsvorsorge aus der neuen Dienstleistungsrichtlinie herausgenommen wurde, und diese Dienstleistungsrichtlinie letztendlich nicht so verwirklicht wurde, wie ursprünglich geplant, aber langjähriges Lobbying von Seiten der Stadt Wien war sicher hilfreich. Thomas Weninger von der MA 27 hat zum Lobbying für diese Sache erklärt:

(Lobbying wurde so betrieben, Anm. d. Verf.) „dass man gemeinsame Positionen einbringt, Papiere schreibt, Erklärungen schreibt, die Kommission darüber informiert, Gesprächstermine in der Kommission und im Parlament vereinbart, Parlamentarier lobbyiert, die ganze Palette. Wichtig ist der lange Atem.“¹²⁸

Die Daseinsvorsorge bleibt weiterhin ausschließliche Angelegenheit der Mitgliedsstaaten, bzw. den kommunalen Gebietskörperschaften überlassen. Auch Oskar Wawra, Leiter der Magistratdirektion Auslandsbeziehungen, hat sich zu diesem Thema geäußert, und zwar im Zusammenhang mit den Verhandlungen zum

¹²⁷ WENINGER, Interview am 27.06.06

¹²⁸ WENINGER, Interview am 27.06.06

neu strukturierten EU-Verfassungsvertrag, der schließlich als „Reformvertrag von Lissabon“ 2009 in Kraft treten soll:

„Und wir haben uns auch zu besonderen Sachthemen, wie beispielsweise der Daseinsvorsorge besonders engagiert. Wien hat sozusagen ein Netzwerk anderer Städte initiiert und hat in dieser Frage (...) (gemeinsam mit anderen Städten, Anm.) Bewegung in diese Frage gebracht. Das heißt, Wien hat gerade in dieser Frage eine führende Rolle eingenommen, gerade dort, wo die Interessen der Städte besonders berührt sind.“¹²⁹

Thomas Weninger hat die gesamte Lobbying- Strategie Wiens auf europäischer Ebene in zwei Sätzen zusammengefasst:

„Aber der wesentliche Punkt ist, wenn man in Europa erfolgreich sein will, muss man wissen, was man will und man muss sich Verbündete, sprich Partner und Freunde, suchen. Alleine wird man es nicht durchsetzen (...)“¹³⁰

Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig es ist, dass sich die Bundesländer auf der EU-Ebene einbringen, und dass EU- Politik nicht ausschließlich nur durch „die in Brüssel“, durch die Bundespolitik oder auf Ministererebene gemacht wird.

Da auch die MA 27 für EU- Strategie zuständig ist, was Lobbying mit einschließt, beschreibt Thomas Weninger die Wege, die Wien beschreiten kann, um seine Ideen zu Gestaltung der EU einzubringen, mit einer formellen und einer informellen Schiene.

Auf österreichischer Ebene funktioniert das auf formalem Wege, über den innerösterreichischen Formulierungsprozess.

Auf EU- Ebene kommt die informelle Schiene zum Tragen; im Rahmen von Lobbyingaktivitäten. Diese Lobbyingaktivitäten funktionieren dahin gehend, dass man sich Verbündete sucht, also andere Städte oder Regionen, gemeinsame Positionen ausarbeitet und diese dann auch einbringt. Das funktioniert hauptsächlich in Form von Städtenetzwerken oder aber auch regionalen Netzwerken. Das läuft auf

¹²⁹ WAWRA, Interview am 15. 03.07

¹³⁰ WENINGER, Interview am 27.06.06

oben erwähnter informeller Schiene, da Städtenetzwerke offiziell nicht anerkannt sind, und so wie zum Beispiel das Städtenetzwerk Eurocities, als Verein geführt werden.¹³¹

Als konkretes Beispiel für Lobbyingaktivitäten Wiens bringt Thomas Weninger ein Beispiel aus dem Bereich der Daseinsvorsorge, ein für Wien relevantes Thema:

„In der Daseinsvorsorge haben wir, um das beste Beispiel zu geben, im Bereich öffentlicher Personennahverkehr... (es) innerösterreichisch geschafft, dass Wien den gemeinsamen Ländervertreter stellt womit wir die gemeinsame Position definieren können (...), und im Rahmen von Eurocities die Arbeitsgruppe bespielen und dort auch de facto die Position definieren. Also sozusagen wo will ich hin, dann spiele ich das überall ein und versuche das auch entsprechend personell rüberzukriegen. Eigentlich ganz einfach.“¹³²

Da die Angelegenheiten, welche die EU betreffen, als Innenpolitik gelten, sind diese im Bereich der MA 27 angesiedelt, für internationale Belange (also Beziehungen ins „Nicht-EU-Ausland“) ist die Magistratsdirektion für Auswärtige Beziehungen zuständig, die aber im Organigramm der Stadt Wien über den Magistratsabteilungen steht. (Siehe Anhang, Kap. 11.3)

Grundsätzlich sind die Dienststellen im Magistrat, die sich mit Außenbeziehungen beschäftigen, sehr zersplittert, auch wenn natürlich die gesamte Außenpolitik beim Bürgermeister und Landeshauptmann Michael Häupl zusammenläuft; die Außenpolitik Wiens fällt laut Wiener Landesverfassung in seinen Aufgabenbereich. Trotzdem, so ein Vorschlag der Opposition¹³³, wäre es vielleicht sinnvoll, mit der Außenpolitik einen Stadtrat zu beauftragen, der eine Art „Außenressort“ leitet, damit die EU- und Auslandsagenden nicht auf so viele Dienststellen aufgeteilt sind.

Einen eigenen Außenstadtrat hat es allerdings schon gegeben, das war Stadtrat Swoboda in der Ära von Bürgermeister Helmut Zilk. Das hat sich aber als wenig sinnvoll erwiesen, weil die Auslandsagenden eigentlich vom Bürgermeister selbst

¹³¹ Vgl.: WENINGER, Interview am 27.06.06

¹³² WENINGER, Interview am 27.06.06

¹³³ Vgl.: TSCHIRF, Interview am 17.11.06.

ressortübergreifend durchgeführt werden, da diese ja nicht nur ein Ressort betreffen, sondern die ganze Stadtpolitik und Verwaltung Wiens. Einen eigenen Außenstadtrat zu beauftragen würde allerdings auch für Unklarheit bei den Kompetenzen sorgen, da Außenpolitik laut Landesverfassung Sache des Landeshauptmannes ist.

Es ist für Außenstehende auch nicht ganz leicht zu durchschauen, welche Magistratsabteilungen nun für Außenbeziehungen zuständig sind, und welchen Aufgabenbereich sie abdecken. Eine Neuaufteilung der Auslandsaktivitäten auf eine oder zwei Dienststellen im Magistrat wäre aber sicher überlegenswert.

4.3 Der Presse- und Informationsdienst (MA 53)

Die MA 53 ist laut der Geschäftseinteilung des Magistrat der Stadt Wien unter anderem für Öffentlichkeitsarbeit und Imagewerbung im In- und Ausland zuständig.¹³⁴

Der inhaltliche Schwerpunkt aller Auslandsaktivitäten liegt beim Bereichsleiter für Stadtkommunikation und Medien, der auch gleichzeitig den Presse- und Informationsdienst (PID) leitet. Dazu wurde der Bereichsleiter für Stadtkommunikation und Medien als Koordinationsstelle innerhalb des Magistrats eingerichtet, hier wird die strategische und inhaltliche Ausrichtung vorgegeben. Die thematischen Schwerpunkte werden dann in Abstimmung mit den Partnern und Magistratsdienststellen erarbeitet.¹³⁵

Innerhalb des PIDs gibt es verschiedene Gruppen, unter anderen auch solche, die für Auslandsaktivitäten zuständig sind. Einen Schwerpunkt der Stadt bildet das Motto „Öffentlichkeitsarbeit über die Grenzen hinaus.“¹³⁶ Der Presse- und Informationsdienst versteht sich auch als Anlaufstelle für Auslandsjournalisten, außerdem bewirbt er auf Bällen im Ausland den Wirtschaftstandort Wien. Für die herausragende "Auslandsarbeit der Stadt Wien" wurde der Presse- und

¹³⁴<http://www.wien.gv.at/advuew/internet/AdvPrSrv.asp?Layout=geschaefteinteilung&Type=K&Hlayout=&STELLECD=1995082016555129>

¹³⁵ Vgl.: <http://www.wien.gv.at/international.htm>.

¹³⁶ Vgl : www.wien.at/pid.

Informationsdienst (PID) mit dem international renommierten „Erasmus-EuroMedia-Award 2006“ ausgezeichnet.¹³⁷

Auch die von der Firma Compress betriebenen Verbindungsbüros in Mittel- Süd- und Osteuropa laufen im Presse- und Informationsdienst zusammen. Der Sinn dieser Verbindungsbüros war es, jahrzehntelange Desinformation abzubauen, Hilfestellungen beim Aufbau demokratischer Strukturen zu geben, sowie die Verwaltungssysteme der Städte kompatibler zu machen. Die vor allem im Pressebereich tätigen Büros sollten Kontakte zu Politik, Administration, Medien, Wirtschaft, Kunst und Kultur aufbauen und pflegen. Des weiteren sollten sie bei Bedarf eine Hilfestellung bei Firmenkontakten bieten, Meldungen über Wien observieren, Pressekonferenzen organisieren, über aktuelle internationale Ausschreibungen berichten und Wiener Delegationen betreuen.¹³⁸

Auch die Informationen an die Stadt Wien über Osteuropa sollen ausgebaut werden, indem in der Firma Compress eine Art „Think Tank“ geplant ist, der die Stadt und andere Entscheidungsträger mit Wissen über Süd- und Osteuropa versorgt.¹³⁹

Die Stadt Wien hat mit Compress einen auf zehn Jahre laufenden Vertrag über den Betrieb der Büros.¹⁴⁰ Derzeit ist Wien in elf Städten vertreten, nämlich: Krakau, Prag, Bratislava, Budapest, Laibach, Zagreb, Sarajevo, Belgrad, Sofia, Bukarest und Moskau. In all diesen Verbindungsbüros arbeiten lokale Vor-Ort-Mitarbeiter, die ihre Informationen an die Zentrale nach Wien weitergeben, welche diese dann an den PID weiterleitet. Auch umgekehrt funktioniert die Kommunikation, die Wien-Büros versenden 6000 Presseaussendungen im Jahr an ausländische Medien, 70 Prozent der Meldungen erscheinen dann auch tatsächlich.¹⁴¹

In dem 2007 erstellten Positionspapier, das die Richtlinien für die Auslandsbüros festlegt, sind die Aufgaben wie folgt beschrieben:

¹³⁷ Vgl. : <http://www.wien.gv.at/politik/international/auslandsarbeit.html>.

¹³⁸ Vgl.:KONTROLLAMT der Stadt Wien 2006, S. 4f

¹³⁹ VAVROUSEK, Interview am 15.03.07

¹⁴⁰ Vgl.: <http://www.wien.gv.at/politik/international/auslandsarbeit.html>.

¹⁴¹ Vgl: Rathauskorrespondenz vom 22.02.07: <http://www.wien.gv.at/vtx/vtx-rk-xlink?SEITE=%2F2007%2F0222%2F011.html>.

„Die in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas etablierten Verbindungsbüros der Stadt Wien sollen künftig stärker als bisher mit anderen Netzwerken in der Region, insb. der Wirtschaftskammer Österreich (Außenhandelsdelegierte), der Österreich Werbung, der Austrian Airlines, aber auch des Vereins KulturKontakt Austria (Bildungsbeauftragte), kooperieren und Synergien realisieren; im Gegenzug ist ihr Leistungspotenzial aber auch von den Dienststellen der Stadt Wien im vollen Vertragsumfang in Anspruch zu nehmen.“¹⁴²

Außerdem unterhält die Stadt Wien noch Büros in Hongkong und Tokio, wovon das Büro in Hongkong auch eine wichtige Drehscheibe zu den Städten Shanghai und Peking ist.¹⁴³ Die Büros in Shanghai und Tokio sind aber Kooperationen Wiens mit dem WWFF, für die magistratsintern die „Magistratsdirektion für Außenbeziehungen“ zuständig ist.¹⁴⁴

In Hongkong gibt es einen Mitarbeiter, der die Stadt Wien, die Wiener Wirtschaftskammer (WKW), den Wien Tourismus sowie den Wiener Wirtschaftsforderungsfonds (WWFF) vertritt. Das Büro in Tokio ist angegliedert an die Österreich Werbung. In diesen beiden Büros sitzen Österreicher, in den Verbindungsbüros in den MOE- Ländern sitzen Mitarbeiter, deren Muttersprache die des jeweiligen Landes ist.

Die Verbindungsbüros in den MOE- Ländern sind keine nachgeordneten Dienststellen der Stadt Wien, sondern werden von der privaten Firma Compress betrieben. Der Compress- Verlag hat mit der Stadt Wien einen Vertrag über 10 Jahre, der eben unter anderem die Führung dieser Auslandsbüros und die Internetseite www.wieninternational.at beinhaltet.

Der Grund für diese Auslagerung ist laut Alfred Vavrousek, Bereichsleiter für Stadtaußenkommunikation der Stadt Wien, vor allem auf der diplomatischen Ebene zu suchen. Ursprünglich war das Miteinander zwischen Wien und den Ländern in

¹⁴² <http://www.wien.gv.at/politik/international/rtf/positionspapier.rtf>, S.6.

¹⁴³ Vgl: <http://www.wieninternational.at/en/node/283>.

¹⁴⁴ Review 2005. Bericht der internationalen Aktivitäten der Stadt Wien, S. 55.

Mittel- und Osteuropa nach der Öffnung des Eisernen Vorhanges etwas schwierig, da auch die politischen Verhältnisse differierten.

„Und da war es ganz zweckmäßig, jemanden dazwischenzuschalten, damit es zu keinen diplomatischen Verwicklungen kommt, wenn man gelegentlich aneinander prallt.“¹⁴⁵

Die Auslagerung an eine private Firma, die nicht zur Stadt Wien gehört, hat zudem noch den Vorteil, dass man die Verantwortung für diplomatische Verstimmungen im Notfall auch abschieben kann:

„Im Zweifelsfall hat man gesagt (...) der Vertreter war keiner von der Stadt Wien. Man ist sich ausgewichen, um in kein solches Szenario hineinzugeraten. Der Vorteil war dann natürlich auch, dass sich die Firma nicht an diplomatische Gepflogenheiten und Hierarchien halten musste, als wenn man von Stadt zu Stadt arbeitet. Das ist zwar nicht mehr in diesem Maße da, es gibt auch noch unterschiedliche Systeme, wir sind noch nicht ganz auf einer Ebene, da gibt es noch in jedem Land unterschiedliche Entwicklungsstadien, wo noch andere Verhältnisse herrschen.“¹⁴⁶

Als zweiten Vorteil sieht Alfred Vavrousek die Tatsache, dass die Mitarbeiter in den Verbindungsbüros bei der Firma Compress beschäftigt sind, und nicht als Beamte bei der Stadt angestellt sind.

(...mit) „den ganzen Verpflichtungen, die wir dann als Stadt haben, wenn man sie anstellt als Beamte, werden wir sie nicht mehr los. Eine private Firma stellt sie an; ist flexibler, was das Personal betrifft. Wenn sie nicht den Erwartungen entsprechen, tauscht man sie aus.“¹⁴⁷

Da kann man dagegen halten, dass man die Mitarbeiter auch als Vertragsbedienstete anstellen kann, womit sie natürlich auch leichter kündbar wären.

¹⁴⁵ VAVROUSEK, Interview am 15.03.07

¹⁴⁶ VAVROUSEK, Interview am 15.03.07

¹⁴⁷ VAVROUSEK, Interview am 15.03.07

Auch von der Opposition wird diese Vorgangsweise kritisiert, die Verbindungsbüros privat zu betreiben, da die Situation und das Auftreten ganz anders wäre, wenn die Stadt die Verbindungsbüros selbst führen würde, zum Beispiel über einen Fonds, ähnlich dem WWFF.¹⁴⁸

Dazu kommt auch noch, dass diese Verbindungsbüros, da sie ja privatwirtschaftlich geführt werden, nicht unter der Kontrolle des Landtages stehen. Das Einzige, das der Landtag in diesem Zusammenhang prüfen kann, ist die Auftragsvergabe, was auch im Jahr 2006 passiert ist.

Die Auftragsvergabe an die Firma Compress, die mit der Stadt Wien bereits seit 1996 zwei Verträge über jeweils fünf Jahre hatte, war Gegenstand einer Prüfung durch das Kontrollamt, da der neuerliche Vertrag ab 2006 diesmal über 10 Jahre gehen soll.

„Wie die Prüfung des Kontrollamtes ergab, war das Vergabeverfahren grundsätzlich ordnungsgemäß (...)“¹⁴⁹

Wenngleich das Kontrollamt auch empfohlen hat, im Zuge der Ausschreibung bei künftigen Ausschreibungen im Vorfeld Maßnahmen zu setzen, die den Wettbewerb fördern, da sich nur drei Firmen beworben hatten, von denen aber zwei die in der Ausschreibung definierten Anforderungen nicht erfüllen konnten.¹⁵⁰

4.4 Der Ausschuss der Regionen (AdR)

Der Ausschuss der Regionen (AdR) (Committee of the Regions, wird daher auch oft abgekürzt mit COR) ist ein beratendes Organ der EU, das aus den Vertretern der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften besteht. Er wurde 1992 im Vertrag von Maastricht festgeschrieben, tagte 1994 das erste Mal, und sollte gewährleisten, dass Vertreter von Städten, Gemeinden und Regionen beim Entwurf neuer EU – Rechtsakte mitbestimmen können. Die Verträge sehen vor, dass die Kommission, das Europäische Parlament und der Rat in Bereichen, in denen Legislativvorschläge der EU Auswirkungen auf die regionale oder Kommunale Ebene

¹⁴⁸ Vgl. : TSCHIRF, Interview am 17.11.06

¹⁴⁹ KONTROLLAMT DER STADT WIEN 2006, S.2

¹⁵⁰ KONTROLLAMT DER STADT WIEN 2006, S 15

haben, den AdR um Stellungnahme ersuchen müssen. Zunächst waren von dieser Regelung nur fünf Bereiche, nämlich:

- Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt
- Transeuropäische Infrastrukturnetze
- Gesundheitswesen
- Bildung
- Kultur

Später, im Vertrag von Amsterdam (1999), kamen noch weitere Bereich dazu, und zwar:

- Beschäftigungspolitik
- Sozialpolitik
- Umwelt
- Berufsbildung
- Verkehr

Damit ist ein großer Teil des Tätigkeitsbereiches der EU erfasst. Des Weiteren kann der AdR auch Initiativstellungen abgeben, und kann dadurch selbst Themen auf die Agenda der EU setzen. Die Arbeit des AdR ist nach drei Grundsätzen ausgerichtet:

1) Subsidiarität:

Das bedeutet, dass Entscheidungen der EU möglichst bürgernah fallen sollen; also Aufgaben, die auf regionaler oder kommunaler Ebene besser aufgehoben sind, sollten auch dort behandelt werden. Das österreichische Außenministerium definiert Subsidiarität folgendermaßen:

„Das Subsidiaritätsprinzip wird in Art. I-11 der Verfassung definiert und besagt, dass die Union in den Bereichen, für die sie nicht ausschließlich zuständig ist (also in allen Bereichen geteilter oder ergänzender Unionskompetenzen ...), nur

dann tätig wird, "sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend erreicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser erreicht werden können." Zu der bisherigen Definition dieses Prinzips in Art. 5 EG-Vertrag kommt die Hervorhebung der regionalen und lokalen Ebene hinzu.¹⁵¹

2) Bürgernähe

3) Partnerschaft

Damit ist die Zusammenarbeit der einzelnen Ebenen, also EU, national, regional und kommunal gemeint; jede Ebene sollte im Entscheidungsfindungsprozess mitwirken.¹⁵²

Damit ist beabsichtigt, dass die Grundsätze der Subsidiarität, der Partnerschaft der Glieder des EU- Mehrebenensystems und der Bürgernähe durch den Ausschuss der Regionen abgedeckt werden, um so auch eine höhere Zustimmung zu den Entscheidungen der Gremien der EU sicherzustellen.¹⁵³

Allerdings zählt der AdR im institutionellen Gefüge der EU nur zu den beratenden Organen¹⁵⁴, er trifft aber keine Entscheidung. Bei Fragen, die die kommunale und regionale Verwaltung betreffen, muss er aber angehört werden.

Die 344 Mitglieder des AdR sind auf sechs Fachkommissionen aufgeteilt, welche die Aufgabe haben, die fünf jährlichen Sitzungen vorzubereiten. Außerdem gibt es noch einen Präsidenten, Luc Van den Brande (seit Februar 2006 im Amt), und ein aus 56 Mitgliedern bestehendes Präsidium, wie auch ein Generalsekretariat.¹⁵⁵ Für Wien ist Bürgermeister Michael Häupl Mitglied im AdR, Stellvertreter sind Renate Brauner, Vizebürgermeisterin, sowie die Abgeordnete zum Landtag und Gemeinderätin Elisabeth Vitouch.

¹⁵¹ <http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/eu-reformvertrag/europaeische-verfassung/subsidiaritaet.html>

¹⁵² Vgl.: <http://www.cor.europa.eu>

¹⁵³ Vgl.: MITTAG, 2007; S. 74

¹⁵⁴ Vgl.: MITTAG, 2007; S. 75

¹⁵⁵ Vgl.: <http://www.cor.europa.eu>

Der Vertrag von Lissabon stellt auch den AdR vor Neuerungen und gibt ihm neue Befugnisse. So sollen die Bereiche der obligatorischen Befassung ausgeweitet werden, der AdR eine gewichtigere Rolle in der Subsidiaritätskontrolle zukommen und auch ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Wahrung seiner Rechte sowie im Fall eines Verstoßes gegen das Subsidiaritätsprinzip eingeräumt werden.¹⁵⁶

Michael Häupl ist in seiner Funktion als Mitglied des AdR, wie auch als Präsident des RGRE, mit der Arbeit des Ausschusses der Regionen stark involviert. Gerade das Thema Daseinsvorsorge hat Wien sehr stark transportiert. 1996 hat auch in Wien eine Konferenz zu diesem Thema stattgefunden, wo auch der AdR sehr aktiv vertreten war. Auch der Schwerpunkt Wiens im AdR liegt auf Daseinsvorsorge und Subsidiarität, wie auch Stärkung der Städte und Regionen und Bürgernähe. Wobei Bürgernähe ein Thema ist, wofür besonders Städte prädestiniert sind, dieses Thema in konkrete Politik umzusetzen.¹⁵⁷

Wiens Schwerpunkt im AdR ist neben dem großen Thema der Daseinsvorsorge auch die Position der Städte im europäischen Kontext. Städte sind auch vom AdR als wichtige Mitspieler anerkannt, vor allem im Bereich der Strukturfonds. Wichtiger Punkt für Wien ist Städtepolitik:

(...) „oder dass die Formulierung der europäischen Politik nicht ohne die Städte läuft. (...) Europa ist der urbanste Kontinent und die meisten Europäer leben in Städten. Aber wir haben maximal beratende Funktion im Rahmen des Ausschusses der Regionen. Und hier gilt es wohl, ein Recht auf Mitsprache und Mitentscheidung zu verankern.“¹⁵⁸

Die allgemeinen Erwartungen der regionalen Gebietskörperschaften Europas an den AdR haben sich aber nur teilweise erfüllt; um seine Stellung innerhalb der Gemeinschaftsarchitektur zu erweitern, wird es nötig, dass der Schulterschluss mit anderen Gemeinschaftsinstitutionen vollzogen wird, sowie als strategisches

¹⁵⁶ Vgl.: <http://www.cor.europa.eu>

¹⁵⁷ Vgl.: VAVROUSEK, Interview am 15.03.07

¹⁵⁸ WENINGER, Interview am 27.06.06

Frühwarnsystem sein politisches Potential nützen kann, um die Interessen der Regionen optimal zu vertreten.¹⁵⁹

5 Transnationale Städtenetzwerke und Kooperationen

5.1 Eurocities

Eurocities ist ein Netzwerk von 120 europäischen Großstädten, wobei hier eine Großstadt ab ca. 150 000 Einwohner gilt. Wien ist seit 1995 Mitglied. Das Ziel dieses Städtenetzwerks ist die Verbesserung der Positionierung von Städten auf europäischer Ebene, sowie Erfahrungsaustausch und die Entwicklung gemeinsamer Strategien und Projekte. Dazu wurden Diskussionsforen und Arbeitsgruppen eingerichtet, in der gemeinsam Lösungen für verschiedenste Probleme gesucht werden. Wien bringt sich in den Foren und Arbeitsgruppen auch aktiv ein, derzeit hat die Stadt die Leitung des Forums für Verkehr sowie der Arbeitsgruppen „Abfall“, „Obdachlosigkeit“, „Umweltschutz in der Wirtschaft“ und „Kulturelle Bildung“ inne. Die MA 27 fungiert als Rechnungsprüfer von Eurocities und ist für die Koordination der Wiener Mitglieder zuständig.¹⁶⁰

Eurocities ist allerdings eine dezidierte Lobbyingeinrichtung und keine anerkannte Organisation innerhalb der EU, Eurocities ist lediglich ein Verein nach belgischem Recht.¹⁶¹

Eurocities gilt aber als wichtige Interessensvertretung der Städte bei der EU. Wobei man nicht sagen kann, eine Einrichtung, Verein oder Netzwerk ist wichtiger als das Andere um seine Interessen zu formulieren und im besten Fall durchzubringen.

„Es sind alle gleich wichtig. Sie müssen erstens wissen, was sie wollen und zweitens alle Spielfelder, die sich ihnen bieten, bespielen. Klar sagen, was sie wollen.“¹⁶²

¹⁵⁹ Vgl.: MITTAG, 2007; S. 76

¹⁶⁰ <http://www.wien.gv.at/wirtschaft/eu-strategie/eu-foerderung/eurocities.html>.

¹⁶¹ WENINGER, Interview am 27.06.06.

¹⁶² WENINGER, Interview am 27.06.06.

5.2 Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Der RGRE wurde von mehreren Bürgermeistern europäischer Städte 1951 in Genf gegründet. Heute ist er die größte Organisation von Gemeinden und Regionen in Europa mit Mitgliedern aus 35 Ländern, die mehr als 100 000 lokale und regionale Gebietskörperschaften vertritt. Das Budget des RGRE beträgt rund 2,5 Millionen Euro, der Großteil davon sind Mitgliedsbeiträge der nationalen Verbände, der Rest (ca. 15%) ist der jährliche Beitrag der europäischen Kommission.¹⁶³

Der RGRE setzt sich dafür ein, dass lokale und regionale Interessen im europäischen Gesetzgebungsprozess gewahrt bleiben, in mehreren Ausschüssen und Arbeitsgruppen werden dazu gemeinsame Positionen erarbeitet. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen Umweltpolitik, Vergaberecht, Regionalpolitik, sowie Verkehrs-, Energie-, und Sozialpolitik. Der RGRE ist zudem mit jeweils einem Büro in Paris sowie in Brüssel vertreten. Seit Dezember 2004 ist der Wiener Bürgermeister Michael Häupl Präsident des RGRE.¹⁶⁴

Die Ziele Michael Häupls als Präsident, inzwischen bereits in der zweiten Amtsperiode, sind:¹⁶⁵

- Die Stärkung und Mitwirkung der lokalen und regionalen Regierungen auf europäischer Ebene.
- Die Förderung von Städtepartnerschaften.
- Die Chancengleichheit der lokalen und regionalen Demokratie.

Der RGRE hat in den letzten Jahren wesentlich dazu beigetragen, dass die kommunale Ebene in Gefüge der Europäischen Union an Bedeutung gewonnen hat, und sich der Focus der EU auch zunehmend auf die Städte richtet.¹⁶⁶

5.3 Centrope – Europa Region Mitte

Durch den Beitritt Ungarns, Tschechiens und der Slowakei zur Europäischen Union im Jahr 2004 wurde Österreich vom Rand Europas ins Zentrum gerückt. Dadurch

¹⁶³ Vgl.: http://www.ccre.org/presentation_en.htm

¹⁶⁴ Vgl.: <http://www.gemeinbund.at>

¹⁶⁵ Vgl.: REVIEW 2007, S.19f

¹⁶⁶ Vgl.: REVIEW 2007, S.20

ergab sich die Chance, bedingt durch den europäischen Binnenmarkt, gemeinsamer europäischer Rechtsnormen sowie europäischer Förderprogramme, eine intensive Zusammenarbeit anzustreben. Diese Zusammenarbeit wurde schon 2003, vor dem EU-Beitritt Ungarns, Tschechiens und der Slowakei, in der politischen Willenserklärung von Kittsee besiegelt, und im Zuge eines Interreg IIIA-Programmes wurde das Projekt „Centrope- Europa Region Mitte“ ermöglicht.¹⁶⁷

In diesem Wirtschaftsraum, der Europa Region Mitte, leben und arbeiten circa 6,5 Mio. Menschen und da liegt es nahe, eine regionale Kooperation zu bilden, um vorhandene Stärken in Politik und Gesellschaft, aber vor allem auch der Wirtschaft für alle nutzbar zu machen. Es geht dabei um gemeinsame Regional- und Standortentwicklung, wie auch um Infrastrukturplanung, Bildungs- und Forschungspolitik, Kooperation auf dem Gebiet der Umweltpolitik und auch um den Aufbau von Netzwerken in Kultur, Tourismus und Freizeit.¹⁶⁸ Wichtigste Zielsetzung der Europaregion ist aber die Stärkung der Wirtschaftskraft durch Nutzung und Weiterentwicklung des Großraumes.¹⁶⁹ Das gemeinsame Leitmotiv ist:

„Wir wachsen zusammen. Zusammen wachsen wir.“¹⁷⁰

Seit 2004 findet diese Zusammenarbeit im Rahmen der EU statt, beteiligt sind die

„Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland, sowie Südmähren in Tschechien, die slowakischen Kreise Bratislava und Trnava, die ungarischen Komitate Győr-Moson-Sopron und Vas sowie der Städte Bratislava, Brno, Eisenstadt, Győr, Sopron, St. Pölten, Szombathely und Trnava.“¹⁷¹

Der wichtigste Teil der Initiative „Centrope“ ist der politische Prozess, durch den die Kooperationen der Regionen und Städte erst möglich werden. Die politische Dimension des Projektes sind regelmäßige Konferenzen der Landeshauptleute,

¹⁶⁷ <http://centrope.info/baerdtnu/stories/3097>.

¹⁶⁸ Vgl.: SCHICKER, 2003, S.66.

¹⁶⁹ Vgl.: ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ (ÖROK), 2005, S. 27

¹⁷⁰ http://centrope.info/baerdtnu/topics/CENTROPE_Idee.

¹⁷¹ http://centrope.info/baerdtnu/topics/CENTROPE_Multilateral.

Komitatspräsidenten und der Bürgermeister der Landeshauptstädte, in denen Ziele gemeinsam festgelegt werden.¹⁷²

Die Zusammenarbeit in der Europaregion wurde auch durch eine gemeinsame Erklärung der Landeshauptmänner der Ostregion, also von Wien, Niederösterreich und dem Burgenland bekräftigt.¹⁷³ Insgesamt sind schon drei politische Willenserklärungen abgegeben worden, und zwar bei Treffen von Landeshauptleuten, Komitatspräsidenten sowie der Bürgermeister der Landeshauptstädte. Das erste Treffen, sozusagen die Gründung im Jahr 2003, fand –wie oben bereits erwähnt - in Kittsee statt, dort wurde Folgendes vereinbart:

- *„Eine gemeinsame Wachstums- und Wohlstandsregion CENTROPE zu begründen und sämtliche Maßnahmen für die Erreichung dieses Ziels zu unterstützen,*
- *einen attraktiven, international bekannten Qualitätsstandort für alle Lebensbereiche zu schaffen und die Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu verbessern,*
- *durch die Vernetzung von bestehenden Initiativen die Zusammenarbeit zu vertiefen, die Zukunftschancen der Region in der Öffentlichkeit zu vermitteln*
- *sowie das gesellschaftliche und unternehmerische Engagement für die Europa Region Mitte zu stärken.“¹⁷⁴*

Diese Entwicklungen auf europäischer Ebene beeinflussten auch die Arbeit am Strategieplan für Wien, sowie die räumliche Ausprägung dieses Planes, den Stadtentwicklungsplan STEP 05. Der STEP 05 soll den neuen Rahmenbedingungen wie der Erweiterung der EU und der damit verbundenen demographischen Entwicklung Rechnung tragen.¹⁷⁵

Das zweite Treffen fand 2005 in St. Pölten statt, hier wurde erstmalig gemeinsam zu aktuellen Problemen und Herausforderungen Stellung genommen. Vereinbart wurde Folgendes:

¹⁷² Vgl.: http://centrope.info/baerdtnu/topics/CENTROPE_Multilateral.

¹⁷³ Vgl.: SCHICKER, 2003, S. 67

¹⁷⁴ http://centrope.info/baerdtnu/topics/CENTROPE_Konferenzen.

¹⁷⁵ Vgl.: SCHICKER, 2003, S. 67.

- *„Sich im Zuge von Beratungen auf EU-Ebene sowie beim Lobbying gemeinsam formulierter Positionen wechselseitig zu unterstützen,*
- *gemeinsam Vorschläge für ein nachhaltiges, sozial verträgliches Funktionieren des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes zu entwickeln,*
- *nationale Regierungen sowie die EU für auf CENTROPE bezogene Strategien und Maßnahmen zu aktivieren,*
- *die Zusammenarbeit der bestehenden Institutionen zu intensivieren, um eine Integration der vielfältigen Kooperationsaktivitäten in der Region zu ermöglichen,*
- *eine breite Öffentlichkeitsoffensive zu initiieren, die der Bevölkerung die Chancen und Vorteile der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vermitteln soll.*¹⁷⁶

Am 2. März 2006 fand im Wiener Rathaus eine weitere Konferenz statt, die das Ende der ersten Phase bildete und die Zukunft der Region unter dem Motto „Zukunftsbild Centrope 2015“ vorstellte. Diese Zukunftsagenda gilt als Grundlage für eine weitere Vertiefung der Kooperation in den kommenden Jahren.¹⁷⁷

Außerdem kam es zur Unterzeichnung des Memorandums „Wir gestalten Zukunft.“, in dem vier Bereiche definiert wurden, die für die Zukunft der Region entscheidend werden:

- *Wirtschaft, Innovation, Forschung und Entwicklung*
- *Infrastruktur, Verkehr, Umwelt und Planung*
- *Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Beschäftigung*
- *Kultur, Kreativität, Freizeit, Sport & Tourismus*¹⁷⁸

¹⁷⁶ http://centrope.info/baerdtneu/topics/CENTROPE_Konferenzen.

¹⁷⁷ Vgl.: ANTALOVSKY, 2008, S. 5

¹⁷⁸ Vgl.: http://centrope.info/baerdtneu/topics/CENTROPE_Konferenzen

Die Centrope- Kooperation ist für Wien wichtig, da eine transnationale Kooperation den Verlust der nationalstaatlichen Handlungsfähigkeit kompensieren kann.¹⁷⁹ So kommt es zu einer „Wiederverräumlichung und Re- Territorialisierung von durch Globalisierung (zuvor) entgrenzter Politik“¹⁸⁰ Auch die Steigerung der Wirtschaftsleistung ist bei solchen Kooperationen von immenser Bedeutung, und steht im Falle der Centrope- Kooperation noch vor dem Ziel der Erhöhung der politischen Handlungsfähigkeit.

Für Wien ist die Kooperation im Rahmen von Centrope sicherlich das Wichtigste Netzwerk und die bedeutendste Region, da sich aus der Nachbarschaft wirtschaftliche wie auch politische Möglichkeiten ergeben. Auch Spitzenbeamte im Wiener Rathaus sehen diese Zentraleuropäische Kernregion als wichtigen Faktor für Wien.

„Die Entwicklung des Raumes macht Mut, und jetzt müssen wir nur noch schauen, dass wir uns näher aufstellen und Barrieren abbauen, die in den Jahren der Desinformation zu beiden Seiten des Eisernen Vorhanges verursacht wurden. Das wird noch einige Jahre anhalten, die Skepsis und irrealen Sichtweisen abzubauen. Da gilt es, Informationsarbeit zu leisten, das ist eines der wesentlichsten Dinge.“¹⁸¹

Der Nutzen für Wien aus der Centrope- Kooperation ist die gemeinsame Entwicklung des Raumes und der gemeinsame Nutzen des Potentials, das sich aus der Zusammenarbeit ergibt. Thomas Weninger von der MA 27 beschreibt die Vorteile der Kooperation folgendermaßen:

„Der Nutzen ist die gemeinsame Entwicklung des Raumes und der gemeinsame Nutzen des Potentials, so schwierig das auch noch ist, obwohl da gibt's jetzt diejenigen, die sagen, da ist noch nicht viel passiert. Ich würde meinen, für 10, 15 Jahre ist viel passiert, weil sehr viel in Richtung gemeinsamer Projekte entstanden ist und gemeinsamer Identitätsbildung. Da ist vor allem im kulturell-touristischen Bereich viel passiert, und eine Region wird sich nur entwickeln,

¹⁷⁹ Vgl.: THIELE, 2006, S. 32.

¹⁸⁰ Vgl.: BEHR 2004, S. 32.

¹⁸¹ VAVROUSEK, Interview am 15.03.07

*wenn die Leute auch zusammenkommen. Auf ökonomischen Gebiet ist natürlich die Konkurrenz da, aber die hab ich jetzt unabhängig von der EU auch zwischen Wien und Niederösterreich.*¹⁸²

Auch die Wirtschaft nutzt diesen Raum bereits, für die Automobilindustrie in den slowakischen und tschechischen Grenzregionen sind österreichische Unternehmen mittlerweile Zulieferer. Der Nutzen daraus ist, gäbe es dort keine Autoindustrie, hätte auch die Zulieferindustrie im Osten Österreichs keine oder weniger Aufträge, oder hätte sich womöglich gar nicht etablieren können.¹⁸³

Für die Zukunft der Centrope- Region prognostiziert Bürgermeister Michael Häupl in seiner Aussendung „Europadeklaration 2008“ die Entwicklung eines gemeinsamen Arbeitsmarktes.¹⁸⁴

Die Rolle der EU steht im alltäglichen Handeln von Europaregionen, wie auch Centrope eine ist, nicht im Vordergrund. Dennoch ist die grundsätzliche Idee einer Europaregion die Umsetzung der Europäischen Union auf regionaler Ebene, und somit „Laboratorium für die europäische Integration.“

Die Europäische Union fördert aber solche grenzüberschreitende Kooperationen, wie auch Centrope durch ein INTERREG – Programm entstanden ist. Sie übernimmt somit eine Initiatorfunktion, wie auch die Rolle eine Triebfeder für regionale Akteure, um grenzüberschreitend tätig zu werden.

Die größten Probleme der wirtschaftlichen Kooperation sind aber infrastrukturelle Defizite. So fehlen leistungsfähige Straßenverbindungen zwischen dem Zentralraum Wien und Südmähren, wie auch Brücken über die March.¹⁸⁵

Weiteres Defizit des Projektes ist sicherlich auch die fehlende Einbindung der Bevölkerung, welche Centrope als Idee oder konkretes Konzept noch nicht richtig wahrnimmt.¹⁸⁶

¹⁸² WENINGER, Interview am 27.06.05

¹⁸³ Vgl.: WENINGER, Interview am 27.06.05

¹⁸⁴ Vgl.: HÄUPL 2008 in RK vom 28.03.2008

¹⁸⁵ Vgl.: ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ (ÖROK), 2005, S. 30

¹⁸⁶ Vgl.: ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ (ÖROK), 2005, S. 51

Außerdem hinderlich für eine erfolgreiche Kooperation sind unterschiedliche Strukturen in den beteiligten Staaten, eine hohe Komplexität der Themen und Projekte (was Erfolge in kurzer Zeit sehr schwierig macht), sowie Interessensgegensätze zwischen den betroffenen Akteuren und Regionen.

Die Österreichische Raumordnungskonferenz nennt folgende Faktoren für den Erfolg des Projektes Centrope:¹⁸⁷

- Verankerung des Projekts in der Bevölkerung
- Es sollten nur Themen und Projekte, bei denen die Zusammenarbeit einen Mehrwert für alle Beteiligten bringt, im Mittelpunkt stehen; nicht aber solche, bei denen Beteiligte Kompetenzen abtreten müssen, oder es von vornherein Konfliktpotentiale gibt.
- Positionierung der Region Centrope als Marke
- Stärkere Einbeziehung von Politik, Sozialpartnern und Wirtschaft
- Der Aufbau einer Kooperationsstruktur, die als Koordinator, Impulsgeber und Drehscheibe für Informationen tätig ist.

Zur Entwicklung der Potentiale in der Centrope- Region hat sich Eugen Antalovsky, Geschäftsführer des Europaforums in Wien, in einem Beitrag Gedanken gemacht, der aufgrund seiner rezenten Darstellung noch erwähnt werden soll. Er unterscheidet sechs Dimensionen:¹⁸⁸

1. Wirtschaftsraum Centrope: Vor allem für Klein- und Mittelbetriebe (KMU) bietet die Region Centrope Möglichkeiten zur Expansion. Dabei ist auch die Politik gefordert, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen gemeinsamen Wirtschaftsraum ermöglichen.
2. Forschungs- und Innovationsraum Centrope: In der Region Centrope befinden sich 25 Universitäten und zehn Fachhochschulen, dazu einige hundert außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sowie zahlreiche technologieorientierte Unternehmen, die selbst Forschung betreiben. Dieses

¹⁸⁷ Vgl.: ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ (ÖROK), 2005, S. 53f

¹⁸⁸ Vgl.: ANTALOVSKY, 2008, S. 5ff

Potential bildet die Grundlage für die Entwicklung von Centrope als Forschungs- und Innovationsstandort.

3. Bildungs- und Qualifikationsraum Centrope: Bildung ist ein zentraler Wettbewerbsfaktor einer Region. Die Idee eines gemeinsamen Arbeitsmarktes erfordert aber unter anderem auch einheitliche Standards um Qualifikationen und Bildungsabschlüsse vergleichbar zu machen.
4. Kultur- und Freizeitraum Centrope: Zahlreiche Studien verweisen auf einen „Wirtschaftsmotor Kreativwirtschaft“, die auch der Region Centrope gute Rahmenbedingungen für die Entstehung eines „Clusters“ für Musik, Film und Design bescheinigen.
5. Naturraum Centrope: Das Leitbild „Biosphärenwachstumsregion“ ist ein Konzept, bei dem natürliche Ressourcen, wie etwa nachwachsende Rohstoffe, mit den in der Region vorhandenen Technologien zu international konkurrenzfähigen Produkten verarbeitet werden.
6. Mobilitätsraum Centrope: Um die Region optimal als Wirtschaftsraum nützen zu können ist es entscheidend, leistungsfähige Verkehrsnetze zu schaffen. Um die Planung der vier beteiligten Länder zu koordinieren, entwickelt Centrope eine Plattform, um die Regionalplanung abzustimmen.

5.4 Versammlung der Regionen Europas (VRE)

Die Versammlung der Regionen Europas wurde im Jahr 1985 als politisches Sprachrohr für den Regionalismus gegründet. Die Ziele der VRE sind folgende:¹⁸⁹

- Die Förderung des Subsidiaritätsprinzips.
- Die Stärkung des politischen Einflusses der Regionen Europas bei den Institutionen der Europäischen Union und des Europarates.
- Die Unterstützung der Regionen bei der Erweiterung Europas wie auch bei der Globalisierung.
- Die Entwicklung interregionaler Zusammenarbeit in ganz Europa.

¹⁸⁹ Vgl.: <http://www.aer.eu>

Die Versammlung der Regionen Europa gliedert sich in einen Vorstand und in vier Kommissionen, das Generalsekretariat hat seinen Sitz in Straßburg.¹⁹⁰

Politisch hat die VRE in den letzten zehn Jahren einiges erreicht. So wurde unter anderem die Gründung des Ausschusses der Regionen (AdR) (siehe auch Kapitel 4.4) als beratendes Organ der EU initiiert, wie auch die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips im EG- Vertrag durchgesetzt.¹⁹¹

Auch Wien ist in der Versammlung der Regionen vertreten, und zwar sowohl im Vorstand, als auch in den Kommissionen „Soziales und Gesundheit“, und „Jugend, Kultur und Medien“. Die Koordination der Aktivitäten Wiens im Rahmen der VRE liegt bei der Magistratsdirektion- Außenbeziehungen (MD-AB).¹⁹²

6 Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen

6.1 Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds

Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) wurde 1982 von der Stadt Wien, der Wirtschaftskammer Wien (damals Wiener Handelskammer), der Bank Austria Creditanstalt AG (damals Zentralsparkasse) sowie der Erste Bank mit dem Ziel einer Stärkung des Wirtschaftsstandortes gegründet.

Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) versteht sich als das zentrale wirtschaftspolitische Instrument Wiens, um die Wettbewerbsfähigkeit nicht nur zu erhalten, sondern auch auszubauen. Wichtigstes Ziel ist hierbei durch unterschiedliche direkte und indirekte Maßnahmen die Investitionstätigkeit am Standort Wien zu erhöhen.

Finanziert wird der WWFF, der sich als Full- Service- Wirtschaftsagentur versteht, vorwiegend von der Stadt Wien, außerdem werden einzelne Projekte des WWFF auch von der EU gefördert.

¹⁹⁰ Vgl.: <http://www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/regionen/mitarbeit/vre.htm>

¹⁹¹ Vgl.: <http://www.aer.eu>

¹⁹² Vgl.: REVIEW 2007, S. 21

Der WWFF berät Unternehmer und Investoren über Förderungen, hilft bei der Suche nach Grundstücken und versteht sich außerdem als Drehscheibe für wirtschaftliche Kooperationen – dazu zählt auch Lobbying und Marketing für den Wirtschaftsstandort Wien.¹⁹³ Der WWFF hat auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung Geschäftsfelder auf mehreren Ebenen:¹⁹⁴

1. Liegenschaftsmanagement und Projektentwicklung:

Das bedeutet entweder Errichtung von Wirtschafts- und Technologieimmobilien gemeinsam mit einer Tochterfirma (ZIT Zentrum für Innovation und Technologie), oder Unternehmen errichten neue Betriebsstätten auf WWFF- Immobilien oder aber finanzielle Förderungen von Seiten des WWFF lösen neue Bautätigkeiten aus.¹⁹⁵

2. Beratung, Information und Netzwerke:

Wiener Wirtschaftsservice des WWFF bietet Beratung für Wiener Unternehmen und solche, die sich in Wien ansiedeln wollen. Ebenso gibt es ein Regionales Wirtschaftsservice (RWS), das sich vor allem der Hilfestellung für Klein- und Mittelbetriebe (KMU) verschrieben hat. Das Europaservice ist im Zusammenhang mit dieser Arbeit sicherlich das Interessanteste, es bietet nicht nur Beratung für Unternehmen¹⁹⁶ und Privatpersonen in Europafragen, sondern nimmt auch an EU-Projekten teil. So ist das Europaservice Partner in verschiedenen von der EU kofinanzierten Projekten, als auch gemeinsam mit der Stadt Wien an der Ausarbeitung der Strategie für die Verwendung der Geldmittel aus dem EU-Strukturfonds involviert. Im Jahr 2005 konnten so in über 20 EU- Projekten über 6 Millionen Euro an EU- Mitteln für den Wirtschaftsstandort Wien verwendet werden. Außerdem ist die offizielle EU- Informationsstelle der Stadt Wien, das EuropeDirect Wien beim WWFF untergebracht, das den Wienerinnen und Wienern zu den verschiedensten EU- Themen Auskunft gibt. In den Geschäftsbereich Beratung, Information und Netzwerke fällt ebenso das Frauenservice, wie auch das IT-Netzwerk Vienna IT Enterprises, das eine Kooperationsplattform für die IT- Branche darstellt. Mit dem Automotive Cluster Vienna Region (ACVR) hat der WWFF ein

¹⁹³ Vgl.: <http://www.wwff.gv.at/wwff>.

¹⁹⁴ Vgl.: Jahresbericht 2005 des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, S. 11ff

¹⁹⁵ Vgl.: Jahresbericht 2005 des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, S. 9

¹⁹⁶ Für diese gibt es dann noch zusätzlich das Euro Info Centre EIC, das zu europäischen Wirtschaftsthemen Auskunft gibt.

Cluster für die Automobilzulieferindustrie geschaffen, das sowohl die Vienna Region (Wien, NÖ, Burgenland) als auch die Betriebe der Centropo- Region vernetzt. Insgesamt hat der ACVR im Jahr 2005 vier Projekte durchgeführt oder vorbereitet; das Interessanteste davon ist das EU-Interreg-Projekt „Kompetenznetzwerk Automotive und Logistik“, das gemeinsam mit Ungarn durchgeführt wird.

3. Förderungen und Finanzierung

Der WWFF hat im Jahr 2005, gemeinsam mit den Tochterunternehmen ZIT (Zentrum für Innovation und Technologie) und „departure wirtschaft, kunst und kultur“ insgesamt 25 Millionen Euro an Fördermittel vergeben. Damit wurden über 160 Millionen Euro an Investitionen ausgelöst. Wenn man dazu noch die Kofinanzierung einzelner Forderungen durch den Bund und die EU dazurechnet, hat die Wirtschaftsförderung für Wien rund 27 Millionen Euro betragen.¹⁹⁷ Der Wiener Wachstumsfonds, der vom WWFF gemeinsam mit Finanzdienstleistern gegründet wurde, soll kleinen und mittleren Unternehmen Zugang zu Risikokapital verschaffen.

4. Standortvermarktung und Betriebsansiedelung

Der WWFF ist als Betriebsansiedelungsagentur der Stadt Wien für das Standortmarketing und für die Betreuung der an einer Ansiedelung interessierten Unternehmen verantwortlich. Im Jahr 2005 konnten mit Hilfe des WWFF 14 neue Unternehmen nach Wien geholt werden, 5 davon gemeinsam mit der Betriebsansiedelungsagentur des Bundes, der Austrian Business Agency (ABA).¹⁹⁸ (Insgesamt siedelten sich in Wien im Jahr 2005 74 neue Betriebe an.) Der Sonderbeauftragte für Außenwirtschaft der Stadt Wien, Walter Nettig (siehe auch Kapitel 6.2) meinte, allerdings auf Kooperationen des WWFF mit der Bundeswirtschaftskammer angesprochen, (die ABA steht im Besitz der Republik Österreich und gehört nicht zur WKÖ, Anm.)

„(...) deswegen schotten wir uns nicht ab und sagen, wir machen nur Wien.“¹⁹⁹

Der WWFF kooperiert demnach auch mit der Bundeswirtschaftskammer und den dort ansässigen Leitern der Handelsdelegation,

¹⁹⁷ Vgl.: Jahresbericht 2005 des WWFF, S. 27

¹⁹⁸ Vgl.: Jahresbericht 2005 des WWFF, S. 35

¹⁹⁹ NETTIG, Interview am 29.01.08

„(...) und das hat sich sehr gut bewährt, da gibt es auch keinen Neid und keine Eifersucht. Ich bin hauptsächlich für Wien zuständig, aber natürlich ergibt es sich darüber hinaus, dass es um Standorte geht, die in Österreich liegen.“²⁰⁰

Zur Positionierung Wiens in der Centropo-Region wurde ein EU- Projekt namens Direct Investment Agency Net (DIANE) initiiert, mit dem Ergebnis, dass ein überregionales Netzwerk der Betriebsansiedelungsgesellschaften der Vienna Region, also Wien, Niederösterreich und das Burgenland, mit den angrenzenden Regionen Tschechiens, der Slowakei und Ungarns gegründet wurde.²⁰¹

Außerdem betreibt der WWFF Außenbüros in Hongkong und Tokio, sowie auch ein eigenes Büro im Wien- Haus in Brüssel. Das Büro in Brüssel versteht sich als wichtige Lobbyingeinrichtung für Wiener Unternehmen, da es sich mit EU- Recht und Politik auskennt, über Ausschreibungen und Förderungen Bescheid weiß, sowie Kontakte zur belgischen und niederländischen Wirtschaft hat.

Um den südostasiatischen und chinesischen Markt zu erschließen, hat der WWFF auch ein Büro in Hongkong, das die offizielle Vertretung der Stadt Wien und der Wirtschaftskammer Wien darstellt. Das Hongkong-Büro beschäftigt drei Mitarbeiter, die neben Deutsch und Englisch auch Mandarin und Kantonesisch sprechen. Deren Aufgaben sind ähnlich wie beim Büro in Brüssel, nämlich Kontaktpflege mit offiziellen chinesischen Stellen, Lobbying für Wiens Wirtschaft, Beteiligung an Messen für Wiener Unternehmen, Hilfe bei der Betriebsansiedelung in Wien sowie Berichterstattung über die Entwicklung der Wirtschaft und Marktchancen. Außerdem kümmert sich das Büro auch um die Förderung des Fremdenverkehrs, bereitet gegenseitige Besuche vor und ist bei der Vorbereitung und Formulierung von Abkommen zwischen Wien und China maßgeblich beteiligt.

Auch das Tokio- Büro arbeitet ähnlich, es kommt allerdings noch eine verstärkte Tourismus- Werbung hinzu, wobei japanische Reiseveranstalter direkt angesprochen werden. Der Focus des Büros in Japan liegt vor allem verstärkt auf Kulturvermittlung

²⁰⁰ NETTIG, Interview am 29.01.08

²⁰¹ Vgl.: Jahresbericht 2005 des WWFF, S. 36

sowie Fremdenverkehrswerbung, wogegen das Hongkong- Büro verstärkt die chinesische Politik und Industrie anspricht.²⁰²

6.2 Der Sonderbeauftragte für Außenwirtschaft

Seit dem Jahr 1996 hat die Stadt Wien einen Sonderbeauftragten für wirtschaftliche Angelegenheiten, Senator Prof. hc Walter Nettig. Der "Beauftragte für Außenwirtschaft der Stadt Wien" ist in dieser Funktion außerordentliches Mitglied der Wiener Stadtregierung. Die Rechtsgrundlage für seine Tätigkeit geht auf einen Beschluss des Wiener Stadtsenates vom 29. September 1996 zurück. Nettig war bis 1. Dezember 2004 auch Präsident der Wiener Wirtschaftskammer.

Seine Tätigkeit besteht einerseits darin, Wiener Unternehmen den Weg ins Ausland zu eben, andererseits stellt er Kontakte zu ausländischen Unternehmen her, die sich in Wien ansiedeln wollen, bzw. stellt den Wirtschaftsstandort Wien im Ausland potentiellen Investoren vor. Selbst sieht er sich nicht als „Stadtaußenminister“, wengleich er folgendes einräumt:

„Aber es ist schon so, dass ich der Envoy²⁰³ für Wirtschaftsfragen bin; was im Bereich der Wirtschaft ist, sowohl im Innenverhältnis, als auch im Außenverhältnis, wird von diesem Büro aus wahrgenommen.“²⁰⁴

Den heimischen Unternehmen werden von Walter Nettig Kontakte vermittelt, sowie seine Netzwerke zur Verfügung gestellt. Das ist vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) von Bedeutung, da sie alleine natürlich nicht die Möglichkeit haben, sich im Ausland entsprechend zu präsentieren, positionieren und zu vermarkten.

Auf der anderen Seite werden interessierte Unternehmen aus dem Ausland angesprochen, nach Wien zu kommen um sich hier entweder in Joint- Ventures zu

²⁰² Vgl.: <http://www.wvff.gv.at/wvff>

²⁰³ Anm.: „Envoy“ wird auf dict.leo.org übersetzt als Gesandter, Bote, bevollmächtigter Vertreter.

„Special Envoy“ wird übersetzt mit Sonderbeauftragter.

²⁰⁴ NETTIG, Interview am 28.01.08. Auch wesentliche Passagen des folgenden Textes stützen sich in ihrer sinngemäßen Wiedergabe auf dieses Interview.

engagieren, beziehungsweise Investitionen zu tätigen, oder aber auch Produktionsstätten zu errichten.

Außerdem bestehen enge Kontakte zu den Handelsdelegierten der Bundeswirtschaftskammer, was zu Synergien führt, da Walter Nettig viele Jahre als Spitzenfunktionär in der Wirtschaftskammer tätig war, und die Außenhandelsdelegierten natürlich auch sehr gut kennt. Das hat auch den Vorteil, dass Kontakte zu Entscheidungsträgern wesentlich schneller hergestellt werden können. Durch seine Wirtschaftskammer-Kontakte ist auch die Abstimmung der mehrmals jährlich stattfindenden Veranstaltungen mit Kammer-Veranstaltungen im Ausland einfacher, damit es nicht zu Überschneidungen kommt.

Ein wesentlicher Teil der Arbeit des Sonderbeauftragten für Außenwirtschaft ist auch der Empfang von ausländischen Delegationen aus Industrie und Wirtschaft, beziehungsweise auch selbst ins Ausland zu reisen, entweder auf Einladung oder auf eigene Initiative (gemeinsam mit der Stadt Wien). Es gibt eine Liste von Destinationen, die in einem Jahr zu besuchen sind, aber es kann auch vorkommen, dass plötzlich ein Standort so wichtig wird, dass hingefahren werden muss, um dort auch Wien vorzustellen. Zum Aufgabenbereich des Büros von Walter Nettig zählt unter anderem auch die Reiseorganisation, wie auch das Vorbereiten von Unterlagen und Präsentationen.

Als Beispiel für den Ablauf einer Auslandsreise hat Walter Nettig das Beispiel Chicago angesprochen. Dort gibt es einen der Industriellenvereinigung ähnlichen Zusammenschluss, eine Vereinigung für Industrie im Mittelwesten, die Kontakt mit Wien aufnehmen wollten. Das muss natürlich auch entsprechend vorbereitet werden, um auch Detailfragen wie zum Beispiel zur steuerlichen Situation, zum Arbeitskräfteangebot oder zur Position Österreichs innerhalb der EU beantworten zu können. Im Allgemeinen läuft das so ab, dass eine Präsentation vorbereitet wird, und anschließend steht Walter Nettig für Fragen zur Verfügung. Falls es Fragestellungen gibt, die er nicht sofort beantworten kann, und das kommt immer wieder vor, wie Nettig betont hat, dann schließt er sich mit den Fachleuten in Wien kurz, um noch vor

Ort jede Frage beantworten zu können.²⁰⁵ Die USA- Kontakte sind vor allem auch in Hinblick auf ausländische Direktinvestitionen von Bedeutung, da US-amerikanische Unternehmen die drittichtigsten Investoren in Wien sind.²⁰⁶

Auch die Stadt Wien spricht Einladungen an ausländische Entscheidungsträger in der Wirtschaft aus, um sich selbst ein Bild vom Wirtschaftsstandort machen zu können. In den letzten Jahren sind auch, laut Nettig, viele Firmen wieder nach Wien zurückgekommen, die nach dem Fall des Eisernen Vorhanges ihre Zentralen in Richtung Osten verlagert haben. Es ist gelungen viele Firmen wieder zurückzuholen, da Wien über gut ausgebildete Fachkräfte verfügt, ebenso wie über moderne Bürotechnologie zu Mietpreisen, die im europäischen Mittelfeld liegen.

„Und dann geht es sicher auch um den sozialen Frieden, die Sozialpartnerschaft garantiert im Großen und Ganzen, dass wir fast keine Streiks haben. Die werden bei uns in Minuten oder im Nullergebnis gemessen. Da gibt es eine Reihe von Dingen, ganz abgesehen von der Lebensqualität (...) Aber da haben wir schon wesentliche Vorteile im Angebot, und waren auch durchaus erfolgreich bis jetzt.“²⁰⁷

Zur Lebensqualität in Wien ist zu erwähnen, dass Wien in der Mercer-Lebensqualitätsstudie 2007 mit 107,7 Punkten den ersten Platz innerhalb der EU einnimmt. Im weltweiten Ranking liegen nur noch Zürich mit 108,1 Punkten und Genf mit 108 Punkten vor Wien.²⁰⁸

Wie einem Bericht des Kontrollamtes aus dem Jahr 2001 zu entnehmen ist, bekommt der Sonderbeauftragte für Außenwirtschaftsfragen für die Erfüllung seiner Aufgaben von der Stadt Wien kein Entgelt. Für seine Reisen anlässlich von Exportinitiativen fielen - in Anbetracht seiner gleichzeitigen Funktion in der Wirtschaftskammer Wien - in den Jahren 1999 und 2000, abgesehen von zwei Fällen, auch keine Kosten für die Stadt Wien an.²⁰⁹

²⁰⁵ NETTIG, Interview am 29.01.08

²⁰⁶ <http://www.wien.gv.at/politik/international/rtf/positionspapier.rtf>, S.7.

²⁰⁷ NETTIG, Interview am 29.01.08

²⁰⁸ Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2006, S. 383

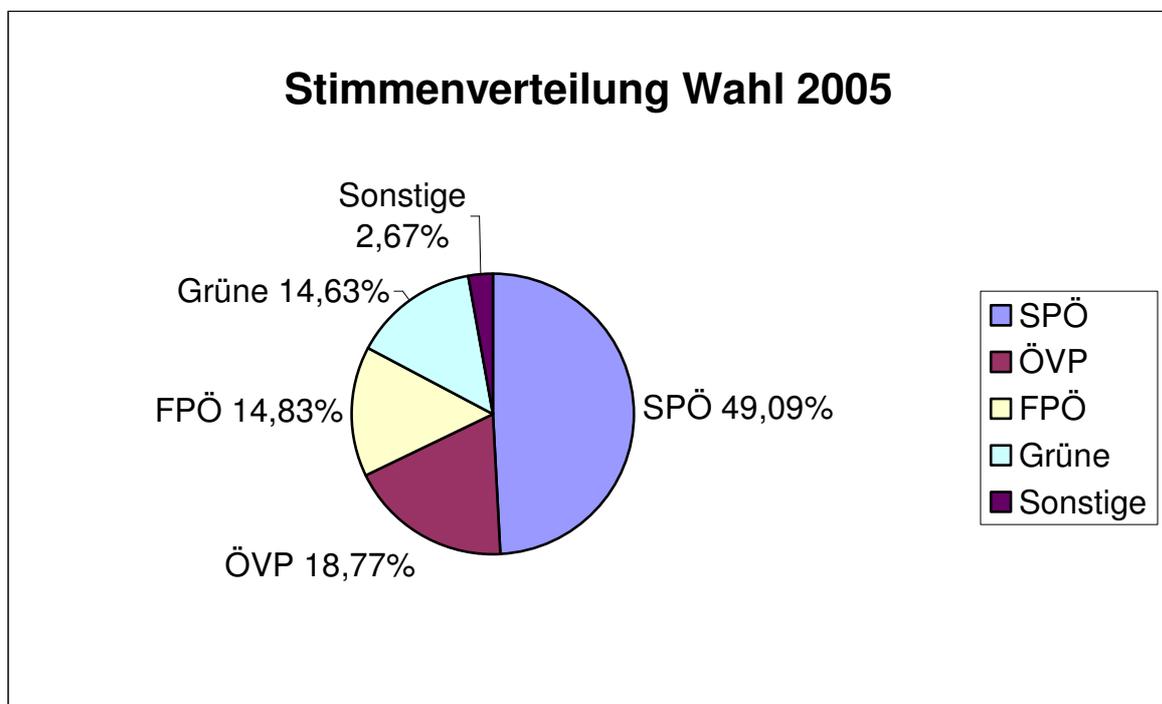
²⁰⁹ Kontrollamt der Stadt Wien, Prüfberichte 2001, S. 1095

7 Wiens Außenbeziehungen aus der Sicht der ÖVP

7.1 Mandatsverteilung im Gemeinderat und Landtag

Die im Gemeinderat bzw. Landtag²¹⁰ vertretenen Parteien sind SPÖ, ÖVP, FPÖ und die Grünen. Die letzte Wahl im Jahr 2005 brachte folgende Ergebnisse²¹¹:

Gemeinderats- und Landtagswahl 2005		
	Ergebnis in %	Mandate
SPÖ	49,09%	55
ÖVP	18,77%	18
FPÖ	14,83%	13
Grüne	14,63%	14
Sonstige	2,67%	0



²¹⁰ Da die Stadt Wien sowohl Bundesland als auch Stadt ist, sind die gewählten Mandatare im Gemeinderat wie auch im Landtag ident. Ebenso sind die Mitglieder im Stadtsenat dieselben wie in der Wiener Landesregierung.

²¹¹ <http://www.wien.gv.at/wahl/NET/GR051/GR051-109.htm>

Das ergibt eine absolute Mandatsmehrheit der SPÖ, weswegen sie auch alle amtsführenden Stadträte stellt. Um auch die Opposition im Gemeinderat bzw. Landtag zu berücksichtigen, habe ich die Positionen zu Wiens Außenbeziehungen von der mandatsstärksten Oppositionspartei (ÖVP) im folgenden Kapitel kurz skizziert. Außerdem war die ÖVP im Zeitraum von 1996 bis 2001 Koalitionspartner der dominierenden SPÖ in der Stadtregierung. In diese Phase fallen auch wichtige Weichenstellungen in den Außenbeziehungen Wiens, sodass die alleinige Berücksichtigung der ÖVP als derzeitige Oppositionspartei auch historisch legitimiert ist.

7.2 Wiens Außenbeziehungen aus der Sicht der ÖVP

Die ÖVP verfolgt eine ganz andere Linie der Stadtaußenpolitik als es die SPÖ in ihrer Politik umsetzt. Zunächst einmal wird die Tatsache kritisiert, dass ein Wien-Büro in Hongkong eher wenig bringt; nach Ansicht von ÖVP-Klubobmann Matthias Tschirf macht es mehr Sinn, die Nahbeziehungen bis Lemberg und Odessa zu fördern. Also Verbindungen nicht nur zu den direkten Nachbarstädten wie Bratislava, wo guter Kontakt und Austausch stattfindet, sondern auch enge Kontakte bis in die Ukraine. Außerdem greift der Ansatz, Auslandsverbindungen nur über die Verwaltungsebene zu führen, etwas zu kurz. Gerade auf der kommunalen Ebene, so Klubobmann Tschirf, sollten die Bezirke stärker eingebunden werden. Sein Vorschlag wäre, die Bezirke zu motivieren, selbst Auslandskontakte zu anderen Bezirken in anderen Städten herzustellen; so wie es einige Bezirke in Wien schon getan haben. Der Effekt dessen wäre auch, dass selbst wenn zwischen zwei Staaten diplomatische „Eiszeit“ herrscht, diese Kontakte davon nicht betroffen wären.

„Ich sehe selber aus meiner Erfahrung, bei den Kontakten nach Südmähren ist es so, dass zu Zeiten in denen es auf der Ebene der Länder nicht möglich war durch Diskussionen wie Benes- Dekrete und Kernkraftwerke, man trotzdem auf der regionalen Ebene über regionale Probleme miteinander redet.“²¹²

²¹² TSCHIRF, Interview am 17.11.06.

Trotzdem aber haben sich von den 23 Wiener Bezirken nur zwei für eine Partnerschaft mit Nachbarländern entschieden; Floridsdorf und Liesing unterhalten Kontakte mit zwei Budapester Bezirken. Alsergrund hat einen Partnerbezirk in Peking, und gleich drei Bezirke haben eine Kooperation mit Japan (12., 13., 19.).²¹³ Über die auswärtige Tätigkeit der Bezirke kann im jährlich erscheinenden „Review. Bericht der internationalen Aktivitäten der Stadt Wien“, zuletzt erschienen 2008, betreffend das Arbeitsjahr 2007, nachgelesen werden.

Dazu kommt noch, dass Wien überhaupt keine bilaterale Städtepartnerschaft hat, von der Bezirksebene einmal abgesehen, da Wien nach 1945 von vielen Städten gefragt wurde, ob sie so etwas machen wollen. Und da hat sich Wien in den 1950er Jahren dazu entschieden, keine bilaterale Städtepartnerschaft einzugehen, da man sonst mit allen etwas in diese Richtung machen müsste, und man wollte keine nur auf Blasmusikkapellen beschränkte Partnerschaft. Das Einzige, das Wien auf bilateraler Ebene hatte, waren Stadttechnologieabkommen mit Städten der neuen EU Mitgliedsländer, bei denen es um Wissenstransfer in den Bereichen Strategie und Versorgung ging. Diese Stadttechnologieabkommen sind aber zum Großteil schon ausgelaufen.²¹⁴

Überhaupt möchte die ÖVP nicht nur eine Stadtaußenpolitik im Hinblick auf den Wirtschaftstandort Wien, sondern Außenkontakte bis hin zur Zivilgesellschaft, also mehr Bezirkspartnerschaften, Schüleraustausch, sowie auch mehr Austausch auf der kommunalen Ebene, etwa Diskussionen mit anderen Städten über Verkehrsinfrastruktur und Ähnliches. Wobei der Focus dieser Stadtaußenpolitik für Tschirf in den Osten gerichtet sein sollte:

„(...) Polen, (...) Ukraine bis in den Balkan“²¹⁵

wären für Wien wünschenswert, das Engagement der österreichischen Banken in diesen Regionen ist ihm dabei Vorbild.

„Ich halte die Beschränkung auf Wirtschaftskontakte für falsch. Ich glaub, das es einfach wichtig ist, dass man einen Beitrag leistet, dass im Kulturbereich, im

²¹³ Vgl.: Review 2005 Bericht der internationalen Aktivitäten der Stadt Wien, S. 63-65.

²¹⁴ Vgl.: WENINGER, Interview am 27.06.05

²¹⁵ TSCHIRF, Interview am 17.11.06.

*Bildungsbereich und in den Kontakten der kommunalen Wirtschaft – von Abfallfragen bis hin zu Verkehrsinfrastrukturfragen – dass man hier einen Gedankenaustausch macht und auch die Bürger beteiligt an verschiedenen Prozessen bis hin zur Zivilgesellschaft.*²¹⁶

8 Die Effizienz der Auslandstätigkeiten

8.1 Die wirtschaftliche Prüfung des Kontrollamtes im Jahr 2001

Auf Ansuchen der FPÖ im Juni 2001 führte das Kontrollamt der Stadt Wien eine Prüfung der Effizienz der Stadtaußenpolitik bzw. der Stadtaußenwirtschaft durch. Geprüft wurde die Effizienz im Hinblick auf die Ansiedlung ausländischer Unternehmen, die dadurch erreichte Wertschöpfung für Wien, sowie die in weiterer Folge entstandenen Arbeitsplätze. Ebenso Bestandteil des Prüfauftrages waren die Leistungen auf dem Gebiet der Exportwirtschaft für Wiener Unternehmen gemessen an den dafür aufgewendeten Kosten, sowie die Leistungen des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds.²¹⁷ In diesem Prüfbericht steht unter Anderem, dass die stadtaußenpolitischen Aktivitäten einer Evaluierung von Seiten der Magistratsdirektion- Außenbeziehungen unterzogen werden sollen, und dass dieses System 2001 bereits entwickelt wurde. Wichtigste Indikatoren dieses Systems zur Bemessung der außenwirtschaftlichen Erfolge sind:²¹⁸

- Die Nächtigungszahlen ausländischer Gäste
- Die Kongress- Statistik
- Wien- Berichte in ausländischen Medien
- Betriebsansiedelungen ausländischer Unternehmen und die dadurch geschaffenen Arbeitsplätze
- Das Investitionsvolumen ausländischer Unternehmen in Wien

²¹⁶ TSCHIRF, Interview am 17.11.06

²¹⁷ Vgl.: Kontrollamt der Stadt Wien, Prüfberichte 2001, S. 1087

²¹⁸ Vgl.: Kontrollamt der Stadt Wien, Prüfberichte 2001, S. 1089f

„Als Ergebnis der Evaluierung der angeführten Indikatoren in den Jahren 1999 und 2000 (...) kam die Magistratsdirektion – Auslandsbeziehungen zu dem Schluss, dass die Auslandsaktivitäten der Stadt Wien, des WWFF, des WTV sowie der anderen Partner, insbesondere der WKW, das gewünschte Image Wiens im Ausland erfolgreich vermarkteten und auch direkten und indirekten Nutzen für den Wien- Tourismus, den Wirtschaftstandort Wien sowie für Wiener Produkte und Unternehmungen brachten, der ein Vielfaches der aufgewendeten Kosten betragen habe.“²¹⁹

Als Beispiel dafür würde von der MD-AB angeführt, dass das Auslandsbudget des WWFF für 1999 rund 1,16 Mio. EUR, und für das Jahr 2000 rund 0,8 Mio. EUR betragen hat. Dem gegenüber stehen im selben Zeitraum 120 Betriebsansiedelungen ausländischer Unternehmen mit einem Investitionsvolumen von rund 72 Mio. EUR.²²⁰ Bei den Betriebsansiedelungen kommt noch dazu, dass es noch zu zusätzlichen Ansiedelungen gekommen ist, die zwar auf Marketingmaßnahmen des WWFF zurückzuführen sind, aber nicht vom WWFF selbst abgewickelt worden sind. Somit liegen dem WWFF darüber auch keine gesicherten Daten vor.²²¹

Hinsichtlich des medialen Wertes der Auslandsveranstaltungen der MA 53 wurde dem Kontrollamt als Beispiel ein Wien-Ball in Holland genannt, der 2001 stattfand. Anschließend an diese Veranstaltung wurde der Wert der Medienberichte in den Zeitungen evaluiert, mit dem Ergebnis, dass die Zeitungsberichte einen Einschaltungswert von rund 70 000 Euro hatten. Dabei unberücksichtigt blieben jene Artikel in Zeitungen, von denen keine Inseratenpreise bekannt waren; ebenso unberücksichtigt blieb der Werbewert von Radio- und Fernsehberichterstattung. Die vom Presse- und Informationsdienst für diese Veranstaltungen getragenen Kosten für Zusatzleistungen und Reisen beliefen sich 1999 auf 0,64 Mio. EUR für 20 Veranstaltungen, für das Jahr 2000 wurde für 22 Veranstaltungen 0,5 Mio. EUR ausgegeben.²²²

²¹⁹ Kontrollamt der Stadt Wien, Prüfberichte 2001, S. 1090

²²⁰ Vgl.: Kontrollamt der Stadt Wien, Prüfberichte 2001, S. 1090

²²¹ Vgl.: Kontrollamt der Stadt Wien, Prüfberichte 2001, S. 1095

²²² Vgl.: Kontrollamt der Stadt Wien, Prüfberichte 2001, S. 1097

Die Wertschöpfung aus den Aktivitäten des Büros in Brüssel ist für das Kontrollamt nur schwer zu fassen, da das Büro nur als Vermittler auftritt. Jedenfalls beliefen sich die vom WWFF zu tragenden Kosten für das Büro in den Jahren 1999 und 2000 auf 0,31 Mio. EUR.²²³

Das Büro in Hongkong, das vor allem für den chinesischen Markt von Bedeutung ist, wird je zur Hälfte von der Stadt Wien und der Wirtschaftskammer Wien finanziert. Die Kosten dafür beliefen sich im Jahr 1999 auf 1,08 Mio. EUR und im Jahr 2000 auf 1,17 Mio. EUR, wobei der Werbewert der Berichterstattungen wesentlich höher zu veranschlagen ist, er betrug in diesen beiden Jahren geschätzte 3,2 Mio. EUR.²²⁴

Der geschätzte Werbewert der Berichterstattung im japanischen Raum, kommuniziert vom Büro in Tokio, betrug rund 17 Mio. EUR in den Jahren 1999 und 2000. Wobei die Wirtschaftskammer Wien im Jahr 1999 eine Effizienzanalyse der Repräsentanzen Hongkong und Tokio durchgeführt hat. Es wurden jeweils 49 Unternehmen befragt, wobei 79% mit der Tätigkeit des Büros in Hongkong zufrieden waren, 3% waren gar nicht zufrieden. Beim Büro in Tokio ist das Ergebnis ähnlich, 88% waren zufrieden, nur 3% fanden die Leistungen des Büros nicht zufrieden stellend.²²⁵

Auch die von der MA 53 – Presse- und Informationsdienst beauftragten Verbindungsbüros wurden vom Kontrollamt unter die Lupe genommen. Insgesamt betrugen die Kosten für die Verbindungsbüros im Jahr 1999 2,89 Mio. EUR und im Jahr 2000 2,95 Mio. EUR.²²⁶

„Die anteiligen Kosten für stadtaußenpolitische Aktivitäten ließen sich mangels einer entsprechenden Kostenträgerrechnung nicht feststellen. (...) Stellungnahme der MA 53: Bezüglich der Kostenträgerrechnung der Wien- Büros teilt der Presse- und Informationsdienst mit, dass solche Berechnungen – auf Grund des damit

²²³ Vgl.: Kontrollamt der Stadt Wien, Prüfberichte 2001, S. 1098

²²⁴ Vgl.: Kontrollamt der Stadt Wien, Prüfberichte 2001, S. 1098

²²⁵ Vgl.: Kontrollamt der Stadt Wien, Prüfberichte 2001, S. 1100

²²⁶ Vgl.: Kontrollamt der Stadt Wien, Prüfberichte 2001, S. 1100

*verbundenen administrativen Aufwandes und der daraus resultierenden Kosten – nicht angestellt wurden.*²²⁷

Die gemeinsame Tätigkeit des WWFF und der Wiener Wirtschaftskammer bzw. des Sonderbeauftragten für Außenwirtschaftsfragen wurden in dem Bericht der Kontrollamtes äußerst positiv bewertet,

*(...) „wodurch es immer wieder möglich war, unter Erzielung von Synergieeffekten ein möglichst umfassendes Bild der Wiener Wirtschaft (Investitions- und Wirtschaftsstandort, Wiener Qualitätsprodukte, Tourismus) mit hohem Medienwert zu erzielen.*²²⁸

Das Kontrollamt kam bei seiner Prüfung im Jahr 2001 schließlich zu folgendem Schluss:

*„Die Einschau des Kontrollamtes ergab somit, dass durch die Definition und die Einhaltung bzw. Umsetzung der außenpolitischen Leitlinien der Grundsatz der Zweckmäßigkeit und durch die erreichten Synergieeffekte den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit im Bereich der Stadtaußenpolitik entsprochen wurde.*²²⁹

8.2 Probleme bei der Bewertung der administrativen Effizienz der Auslandsarbeit

Bei der Forschungskonzeption (vergleiche Punkt 1.1) wird unter anderem die Frage aufgeworfen, ob man den Erfolg der Auslandsarbeit messen kann. Die wirtschaftliche Seite des Problems wurde unter Kapitel 8.1 abgehandelt, die folgenden Überlegungen widmen sich der administrativen Effizienz.

Das Problem dabei ist aber, dass mehrere Abteilungen der Stadtverwaltung und der Magistratsdirektion mit den Auslandsagenden befasst sind, sie aber zusätzlich noch andere Aufgaben wahrzunehmen haben. Damit ist es auch mit Hilfe des

²²⁷ Kontrollamt der Stadt Wien, Prüfberichte 2001, S. 1100

²²⁸ Kontrollamt der Stadt Wien, Prüfberichte 2001, S. 1102

²²⁹ Kontrollamt der Stadt Wien, Prüfberichte 2001, S. 1103

Rechnungsabschlusses fast unmöglich, die aufgewendeten administrativen Kosten für außenpolitische Aktivitäten herauszurechnen.

Auch der Bereichsleiter für Stadtaußenkommunikation, Alfred Vavrousek gibt zu, dass das ein schwieriges Unterfangen ist, da auch noch niemand eine Zusammenfassung dazu gemacht hat. Dazu kommt auch noch der oben erwähnte Punkt, dass die Kosten für die Auslandsarbeit jeweils nur Anteile an den Gesamtaufwendungen einer Magistratsabteilung sind.²³⁰

„Also eine seriöse Berechnung würde wahrscheinlich einen Aufwand bedeuten, der unvertretbar ist. (...) Man kann es auch nicht genau sagen, denn es ist von Jahr zu Jahr unterschiedlich. Es gibt Projekte, die laufen ein, zwei Jahre, das kostet relativ viel, und im dritten Jahr setzen wir da aus.“²³¹

Die oben zusammengefasste wirtschaftliche Prüfung des Kontrollamtes kann man für das Jahr 2008 auch nur beschränkt heranziehen, da inzwischen auch noch andere Fakten dazugekommen sind.

Positiv zu bewerten ist sicherlich die Tatsache, dass die gesamten Außenbeziehungen im Jahr 2007 neu ausgerichtet wurden, Leitlinien erstellt wurden und die gesamte Auslandsarbeit mit einem konkreten Konzept und Zielen versehen wurde. Dies bedeutet auch eine Weiterentwicklung gegenüber 2001, wo es lediglich ein System von Indikatoren gab. Nun gibt es ein sorgfältig ausgearbeitetes Konzept mit einer Beschreibung was gemacht wird, welche Ziele erreicht werden sollen, und vor allem auch eine Erklärung des Weges zum Ziel. Diese Leitlinien und Ziele sind auch sehr transparent und für jeden nachvollziehbar, zumal dieses Konzept auch im Internet abrufbar ist. (Siehe auch Anhang 11.2) Auch die schon im Jahr 2001 vom Kontrollamt gelobte Zusammenarbeit mehrerer Stellen in Bezug auf den Auslandsauftritt der Stadt wurde noch intensiviert, sodass Synergien gebündelt werden können.

Als problematisch würde ich bewerten, dass es sehr schwierig ist, an aktuelle und ausdifferenzierte Zahlen heranzukommen. Im Rechnungsabschluss der Stadt Wien ist zwar ausreichendes Zahlenmaterial vorhanden, es war mir aber nicht möglich

²³⁰ Vgl.: VAVROUSEK, Interview am 15.03.07

²³¹ VAVROUSEK, Interview am 15.03.07

herauszufinden, was jetzt beispielsweise das Büro in Brüssel kostet. Auch zum Budget des WWFF, vor allem was für die gemeinsam mit der Stadt Wien geführten Büros ausgegeben wird, ist die Faktenlage sehr dünn. Auch manche Zahlen, mit denen das Kontrollamt im Jahr 2001 gearbeitet hat, waren für mich zum Teil in der aktuelleren Version von Publikationen der Stadt Wien nicht zu finden. Die in der Forschungskonzeption erhoffte genaue Kosten- Nutzenanalyse konnte ich daher nicht in diesem Maße durchführen, wie ich es geplant hätte.

Trotzdem möchte ich mich im nächsten Punkt mit den Wirtschaftsdaten der Stadt Wien auseinandersetzen, um auf diesem Weg einer Bewertung der Auslandsarbeit näher zu kommen.

8.3 Der Wirtschaftsstandort Wien in Zahlen

Eine Möglichkeit die Effizienz der Auslandsarbeit zu messen, ist die Wirtschaftsentwicklung Wiens unter die Lupe zu nehmen. Dazu habe ich mir die wichtigsten Indikatoren wie das Bruttoregionalprodukt, ausländische Direktinvestitionen, etc. angesehen.

Das Bruttoregionalprodukt

Das Bruttoregionalprodukt BRP zu Marktpreisen errechnet sich aus den regionalen Bruttowertschöpfungen zu Herstellungspreisen von den in einer Region ansässigen und produzierenden Einheiten umgerechnet auf Marktpreise. Das BRP ist die regionale Variante des Bruttoinlandsproduktes (BIP), also einschließlich der Arbeitsleistung von Einpendlern und ausschließlich der Arbeitsleistung von Auspendlern. Das heißt also, das BRP ist das regionale BIP.²³²

²³² Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2007, S. 234

Bruttoregionalprodukt für Wien nach Sektoren

	1995	2003	2004	2003/04 in %
BRP für Wien in Mio. EUR	48.961	62.793	64.965	3,5
Primärer Sektor in%	0,3	0,2	0,2	1,9
Sekundärer Sektor in %	19,2	16,8	16,3	-3,3
Tertiärer Sektor in %	80,5	82,9	83,5	0,7
Anteil Wiens am BIP	27,9	27,8	27,5	-1,1
Wiener BRP pro Einwohner in Österreich (in EUR)	31.800	39.500	40.300	2,0
BIP pro Einwohner (in EUR)	22.100	27.900	28.800	3,2

Quelle: ST.AT – Direktion Volkswirtschaft in: Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2007

Diese Tabelle zeigt anschaulich die Entwicklung des Wiener Bruttoregionalproduktes; ein Zuwachs konnte von 2003 auf 2004 verbucht werden. Der Anteil Wiens am Bruttoinlandsprodukt Österreichs ist von 1995 bis 2004 ungefähr gleich geblieben, wenngleich ein leichter Abwärtstrend feststellbar ist. Auch das Bruttoregionalprodukt je Einwohner verzeichnete weniger Zuwachs als das österreichische Bruttoinlandsprodukt je Einwohner. Zusammenfassend kann man sagen, dass die gesamtösterreichische Wirtschaft stärker wächst als jene Wiens.

Deutlich sichtbar wird der Tertiärisierungsgrad der Wiener Wirtschaft. Der Dienstleistungssektor hat in den letzten neun Jahren stark zugenommen, stärkere Rückgänge sind im produzierenden Gewerbe feststellbar; Landwirtschaft ist in Wien so gut wie nicht existent.

Ausländische Direktinvestitionen im Inland

In Österreich kam es im Jahr 2004 zu Ausländischen Direktinvestitionen in der Höhe von 58.120 Mio. EUR (Marktwert), davon entfallen auf Wien 34.542 Mio. EUR, das entspricht 59% aller Direktinvestitionen aus dem Ausland. Wobei eine Steigerung der Investments um 27% (zum Marktwert) in Österreich feststellbar ist; in Wien beträgt der Zuwachs 23%.

Dass 59% aller ausländischen Direktinvestitionen in Österreich nach Wien gehen, ist sicherlich auch den Bemühungen des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) und dem Sonderbeauftragten für Außenwirtschaft, Walter Nettig zuzuschreiben. (Siehe auch Kapitel 6.1 und 6.2)

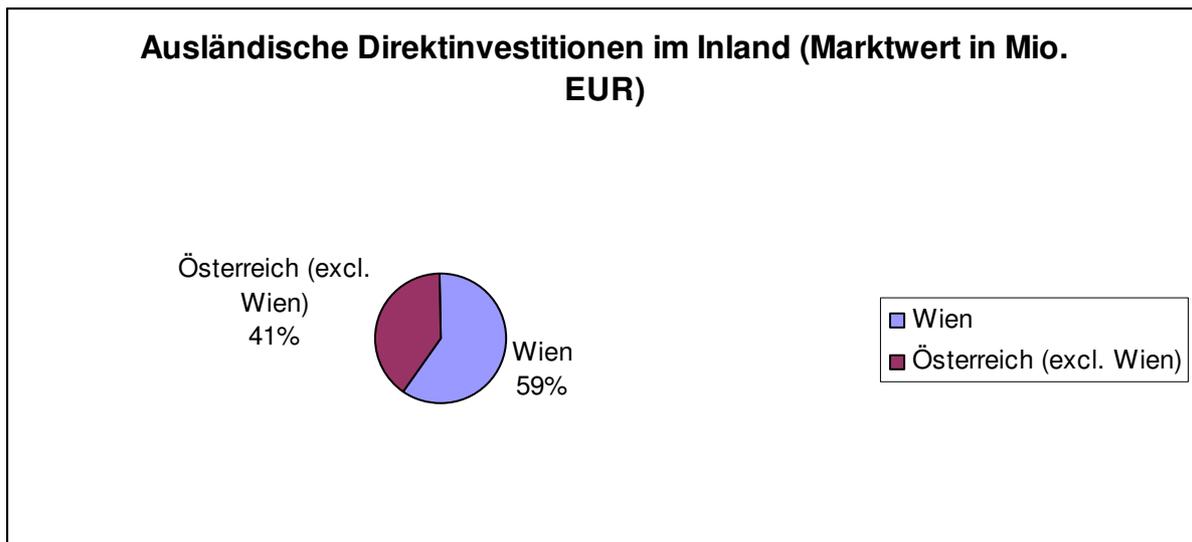
Ausländische Direktinvestitionen im Inland				
in Mio. Euro				
	absolut	Nominalkapital 2003/04 in %	absolut	Marktwert 2003/04 in %
Wien				
1994	2.688		7.499	
2003	5.117		27.964	
2004	4.803	-6,1	34.542	23,5
Österreich				
1994	4.688		14.136	
2003	9.068		45.773	
2004	8.703	-4,0	58.120	27,0

Quelle: Österreichische Nationalbank in Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2007

Erklärung:

„Die Österreichische Nationalbank erfasst Investitionen erst ab einem Volumen von 72.000 Euro und einer Beteiligung von mindestens 10% am Direktinvestitionsunternehmen. Dabei wird zwischen Nominalkapital und Marktwert unterschieden. Die große Differenz zwischen diesen beiden Werten erklärt sich aus der unterschiedlichen Bewertung auf der Grundlage der „Buchwerte“ von Unternehmen (Nominalkapital) einerseits und der marktmäßigen Einschätzung - z. B. Börsenkurs - andererseits (Marktwert).“²³³

²³³ Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2007, S. 251



Quelle: Österreichische Nationalbank in Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 2007

Exporte

Bei den Exporten war in Wien im Jahr 2006, ganz im Gegensatz zur gesamtösterreichischen Exportstatistik, ein gegenläufiger Trend feststellbar. Die Exporte Wiens haben 2006 im Vergleich zum Jahr davor um 2,6% abgenommen (insgesamt wurde in Österreich das Exportvolumen um 9,5% gesteigert), die Importe haben um 8,9% zugenommen. Insgesamt ist die Exportwirtschaft für Wien aber nicht so wichtig wie für andere Bundesländer, da vor allem die Sachgütererzeugung in Wien aufgrund des höheren Tertiärisierungsgrades einen geringeren Anteil an der Wirtschaftsleistung hat. Die Exporte Wiens in die EU (ohne Rumänien und Bulgarien) haben um 0,7% im Vergleich zum Vorjahr abgenommen, jene in die GUS – Staaten aber um 20% zugenommen. Auffällig aber ist, dass in jenen Regionen, die von Wien mit Hilfe der Auslandsbüros intensiv umworben werden, ein Wachstum festzustellen ist. Die Exporte nach Belgien, wo der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds (WWFF) ein Büro unterhält sind, um über 400% gewachsen, jene in die USA um 43%, die Exporte nach Taiwan sind um 155% gestiegen, und nach Hongkong waren 8% mehr Exporte zu verzeichnen als 2005. Selbstverständlich aber gingen über 70% der exportierten Güter in die EU, davon über 20% nach Deutschland.²³⁴

Auch das Exportvolumen nach Japan hat sich um 12% erhöht. Das ist insofern bemerkenswert, als sich Wien in Japan vorwiegend um den Tourismus bemüht.

²³⁴ Vgl.: Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien, S. 281f

Zusätzlich hat im Jahr 2006 in Japan eine Präsentation der „Wien Products“ stattgefunden. Das Projekt „Wien Products“ ist ein Zusammenschluss von Wiener Betrieben mit Kulturinstitutionen, die sich gemeinsam das Ziel gesetzt haben, Absatzmärkte für typische Produkte aus Wien weltweit zu erschließen. Ein Beispiel für „Wien Products“ sind Wein aus Wien, Manner Schnitten oder Augarten Porzellan.²³⁵ Es ist zwar nicht genau nachvollziehbar, ob die Exportsteigerung in Japan im Zusammenhang mit dieser Präsentation steht, auszuschließen ist es aber nicht.

Tourismus

Die Zahl der Ankünfte und Übernachtungen hat sich im Jahr 2006 gut entwickelt, nicht zuletzt auch aufgrund der österreichischen Ratspräsidentschaft in der EU, dem Mozartjahr sowie steigendem Kongresstourismus. Insgesamt kam es zu einer Steigerung der Ankünfte um 6,9% im Vergleich zu 2005, und zu einer Steigerung der Übernachtungen um 6,7%.²³⁶

Vergleicht man Wien mit den anderen Landeshauptstädten, so ergibt sich folgendes Bild: Bei den absoluten Betten- und Nächtigungszahlen liegt Wien mit einer durchschnittlichen Nächtigungsdauer von 2,4 Nächten vor Klagenfurt und St. Pölten mit je 2,2 Nächten. Salzburg weist eine durchschnittliche Bettenauslastung von 61,5% auf, in Wien liegt sie bei 58,4% und in Innsbruck bei 55,8%.²³⁷

Der Kongresstourismus ist für Wien ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor, da im Jahr 2006 insgesamt 782 Kongresse mit über 230 000 Teilnehmern stattgefunden haben. Das macht einen Zuwachs der Veranstaltungen um 52% im Vorjahresvergleich, wobei vor allem die Zahl der internationalen Kongresse gestiegen ist.²³⁸

Auf den ersten Blick haben die Nächtigungszahlen mit den Außenaktivitäten Wiens wenig zu tun. Dieser Eindruck wird aber relativiert durch die Tatsache, dass sich

²³⁵ Vgl.: REVIEW 2006, S. 76

²³⁶ Vgl.: Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien, S. 300

²³⁷ Vgl.: Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien, S. 376

²³⁸ Vgl.: Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien, S. 306

Wien zum Ziel gesetzt hat (siehe Positionspapier im Anhang, Kapitel 11.2), mittels Präsentationen im Ausland den Individualtourismus zu bewerben, aber auch eine der führenden Kongressstädte weltweit zu werden. Dieser Aspekt ist nicht zu vernachlässigen, wenn man bedenkt, dass der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist.

9 Zusammenfassende Schlussfolgerungen

Die Zielsetzungen dieser Arbeit sind einerseits die Darstellung und Analyse der Außenbeziehungen, die Rechtsgrundlagen für auswärtiges Handeln, wie auch der Versuch einer Bewertung nach den Gesichtspunkten des Erfolges und der Effizienz. Somit kann festgehalten werden, dass sich die Außenbeziehungen Wiens auf mehreren Ebenen abspielen, die auch zum Teil fließend ineinander übergehen. Neben einer Kooperation mit den direkten Grenznachbarn gibt es noch eine Zusammenarbeit auf Basis von EU Projekten, wie auch über Verbindungsbüros, die entweder von der Stadt selbst unterhalten, von der Stadt mit Partnern betrieben werden, oder aber überhaupt ausgelagert sind. Weiters existieren auch noch Kooperationen auf institutioneller EU- Ebene, wie auch Kontakte zu Staaten außerhalb der EU.

In der Stadt Wien ist die Auslandsarbeit auf mehrere Magistratsabteilungen aufgeteilt, die auch enge Zusammenarbeit pflegen. Weiters werden bei den Außenaktivitäten auch die ausgelagerten Einheiten der Stadt (WWFF, WTV) sowie die Wiener Wirtschaftskammer aktiv eingebunden. Daneben ist Wien auch in Städtenetzwerken und Kooperationen vertreten. Der Träger der Außenpolitik ist der Landeshauptmann, der im Falle Wiens auch gleichzeitig Bürgermeister ist, da Wien nicht nur Stadt, sondern auch gleichzeitig Bundesland ist.

Mit der Neuausrichtung der Außenpolitik im Frühjahr 2007 hat die Stadt Wien ein Konzept geschaffen, das:

- einheitliche Standards vorgibt
- Ziele definiert
- alle Akteure einbindet

- einen gemeinsamen Auftritt der Stadt Wien ermöglicht.

Bei den Präsentationen Wiens im Ausland wird ein großer Werbewert geschaffen, der sowohl im Hinblick auf den Tourismus in Wien als auch für die Ansiedlung ausländischer Betriebe von Nutzen ist. Besonders die Aktivitäten des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds in Kooperation mit der Wiener Wirtschaftskammer sind hervorzuheben, was auch durch die Wirtschaftsdaten der Stadt Wien bewiesen ist. Dass diese Art der Auslandsarbeit funktioniert, hat sogar ein maßgeblicher Vertreter der ÖVP – immerhin die größte Oppositionspartei im Wiener Landtag und Gemeinderat – bestätigt, wenngleich der interviewte Klubobmann die Auslandsarbeit etwas anders gestalten würde.²³⁹ Im Blick auf das Gesamtergebnis der Auslandsaktivitäten Wiens hat das Kontrollamt der Stadt Wien, schon im Jahr 2001, diese Leistungen der Stadt als zweckmäßig erachtet.

Auch die Lobbyingaktivitäten des Büros in Brüssel (VBB) sowie die Unternehmungen der MA 27 in Richtung Lobbying sind effizient, was das in der Arbeit mehrfach gebrachte Beispiel der Verhinderung einer neoliberal motivierten Privatisierung von Daseinsvorsorgeunternehmen beweist.

Die Frage, ob man den Erfolg der Auslandsarbeit messen kann, ist nicht eindeutig zu beantworten. Vermutlich haben aber doch die Aktivitäten Wiens großen Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung der Stadt; andererseits spielen aber auch andere Faktoren eine mitbestimmende Rolle. Diese Faktoren sind unter Anderem die gesamtösterreichische Wirtschaftsentwicklung sowie überhaupt Einflüsse der europäischen und globalen Wirtschaft.

Für eine weiterführende Arbeit wäre es sicherlich interessant, sich die Kooperationen auf europäischer Ebene, wie zum Beispiel Centrope, und deren Nutzen für den gesamten MOEL- Raum näher anzusehen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Auslandsaktivitäten Wiens einen großen Stellenwert in Wiens Politik haben und durchaus als überzeugend erfolgreich bezeichnet werden können.

²³⁹ Vgl.: TSCHIRF, Interview am 17.11.06

10 Literatur und Quellenangaben

10.1 Monographien und Sammelbände

- ADAMOVIČ, Ludwig; FUNK, Bernd-Christian; HOLZINGER, Gerhard (1998): „Österreichisches Staatsrecht.“ Band 2: Staatliche Organisationen. Wien.
- BEHR, Hartmut (2004): „Entterritoriale Politik.“ Wiesbaden
- BUHOLZER, René (1998): „Legislatives Lobbying in der Europäischen Union; ein Konzept für Interessensgruppen.“ Bern.
- BUSSJÄGER, Peter; HRBEK, Rudolf (Hg) (2005): „Projekte der Föderalismusreform – Österreich-Konvent und Föderalismuskommission im Vergleich. Wien.
- BUSSJÄGER, Peter; ROSNER, Andreas (2005): „Mitwirken und Mitgestalten – Europa und die österreichischen Länder.“ Institut für Föderalismus, Schriftenreihe Politische Bildung, Band 5. Wien.
- DACHS, Herbert; GERLICH, Peter; GOTTSWEIS, Herbert; KRAMER, Helmut; LAUBER, Volkmar; MÜLLER, Wolfgang C.; TÁLOS, Emmerich (Hg) (2006): „Politik in Österreich. Das Handbuch.“ Wien.
- DRECHSLER/HILLIGEN/NEUMANN (2003): „Lexikon der Politik.“ München.
- FALKNER, Gerda; MÜLLER, Wolfgang C. (Hg) (1998): „Österreich im europäischen Mehrebenensystem. Konsequenzen der EU- Mitgliedschaft für Politiknetzwerke und Entscheidungsprozesse.“ Wien.
- FILZMAIER, Peter (Hg) (2007): „Internationale Politik.“ Wien.
- FISCHER, Klemens H. (1997): „Lobbying und Kommunikation in der Europäischen Union.“ Wien.
- FROSCHAUER, Ulrike; LUEGER Manfred (1992): „Das qualitative Interview zur Analyse sozialer Systeme.“ Wien
- HAMMER, Stefan; BUSSJÄGER, Peter (Hg) (2007): „Außenbeziehungen im Bundesstaat.“ Wien.
- HÄUPL, Michael; OXONITSCH Christian, MILLMANN Gerd (Hg): „Wiener Jahrbuch für Politik 2003/2004.“ Wien

- HÄUPL, Michael; OXONITSCH Christian, MILLMANN Gerd (Hg): „Wiener Jahrbuch für Politik 2004/2005.“ Wien
- HOLTSMANN, Everhard (2000): „Politik-Lexikon.“ 3.Auflage. München, Wien, Oldenbourg
- HRBEK, Rudolf (Hg) (2003): Außenbeziehungen von Regionen in Europa und der Welt.“ Baden-Baden
- MORASS, Michael (1994): „Regionale Interessen auf dem Weg in die Europäische Union.“ Wien
- PATZELT, Werner J. (2003): „Einführung in die Politikwissenschaft.“ 5. Auflage, Passau
- PERNTHALER, Peter (Hg) (1991): „Außenpolitik der Gliedstaaten und Regionen.“ Schriftenreihe des Instituts für Föderalismusforschung, Band 50. Wien.
- PERNTHALER, Peter (2004): „Österreichisches Bundesstaatsrecht. Lehr- und Handbuch.“ Universität Innsbruck. Wien.
- PESENDORFER, Wolfgang (1986): „Der Landeshauptmann.“ Forschungen aus Staat und Recht. Band 72. Wien - New York
- RAICH, Silvia (1995): „Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit in einem Europa der Regionen.“ Baden-Baden
- THALER, Michael (1990): „Die Vertragsschlußkompetenz der österreichischen Bundesländer.“ Wien – Köln
- THUN-HOHENSTEIN, Christoph; CEDE, Franz; HAFNER, Gerhard (2003): „Europarecht.“ Wien.
- THIELE, Jan (2006): „Außenbeziehungen von Regionen. Europäische Regionen im Vergleich.“ Hamburg.
- WEIDENFELD, Werner; WESSELS, Wolfgang (Hg) (2007): „Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration.“ 10. Auflage, Berlin.
- WEIDENFELD, Werner; WESSELS, Wolfgang (Hg) (2007): „Jahrbuch der europäischen Integration.“ Baden-Baden

10.2 Beiträge in Zeitschriften, Sammelbänden, Festschriften und Jahrbücher

- ANTALOVSKY, Eugen (2008): „CENTROPE bewegt – Von der Vision zur Realität.“ In: IDM Info Europa, Ausgabe 1/2008; Herausgeber: Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM). Wien. S. 5-7
- BITTNER, Philip (2007): „Verfassungsrechtlicher Handlungsspielraum für eine eigene Außenpolitik der Länder.“ In: HAMMER, Stefan; BUSSJÄGER, Peter (Hg) (2007): „Außenbeziehungen im Bundesstaat.“ Braumüller Schriftenreihe Nr.105. Wien.
- BUSSJÄGER, Peter (2005): „Die österreichischen Länder und die EU – eine Bilanz.“ In: BUSSJÄGER, Peter; ROSNER, Andreas (2005): „Europa und die österreichischen Länder.“ Wien.
- EDTSTADLER, Karl (2005): „Die Mitwirkung der Länder in Europaangelegenheiten – Österreich.“ In: BUSSJÄGER, Peter; HRBEK, Rudolf (Hg) (2005): „Projekte der Föderalismusreform – Österreich-Konvent und Föderalismuskommission im Vergleich. Wien.
- FASTENRATH, Ulrich (1991): „Inwieweit ist der Staat international eine Einheit?“ In: PERNTHALER 1991 (Hg): „Außenpolitik der Gliedstaaten und Regionen.“ Schriftenreihe des Instituts für Föderalismusforschung, Band 50; , Wien. S. 15- 31
- FILZMAIER, Peter; GEWESSLER, Leonore; HÖLL, Otmar; MANGOTT, Gerhard (2007): „Österreichische Außenpolitik.“ Supplement in: FILZMAIER, Peter (2007): „Internationale Politik.“ Wien.
- HRBEK, Rudolf (2003): „Rahmenbedingungen und Faktoren für die Außenbeziehungen von Regionen – zur Einführung.“ In: HRBEK, Rudolf (Hg) (2003): Außenbeziehungen von Regionen in Europa und der Welt.“ Band 27 der Schriftenreihe des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung. Baden-Baden
- KATSCHTHALER, Hans (1991) Vorwort, In: PERNTHALER 1991 (Hg): „Außenpolitik der Gliedstaaten und Regionen.“ Schriftenreihe des Instituts für Föderalismusforschung, Band 50; Wien. S. 11-14
- KNAPP, Viktor (1991): „Rechtliche und faktische Aspekte der Außenpolitik in den Bundesstaaten Mittel- und Osteuropas.“ In: PERNTHALER 1991 (Hg): „Außenpolitik der Gliedstaaten und Regionen.“ Schriftenreihe des Instituts für Föderalismusforschung, Band 50; Wien. S. 59- 64
- KORINEK, Karl, RILL Heinz Peter (1992) (Hg): „Recht-Politik-Wirtschaft.“ Heft 8

- MITTAG, Jürgen (2007) „Der Ausschuss der Regionen.“ In: WEIDENFELD Werner; WESSELS, Wolfgang (Hg) (2007): „Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration.“ 10. Auflage, Berlin. S. 74-76
- MÜLLER, Johannes (1991): „Die auswärtigen Beziehungen des Landes Vorarlberg im Wandel.“ In: PERNTHALER Peter 1991: „Außenpolitik der Gliedstaaten und Regionen.“ Schriftenreihe des Instituts für Föderalismusforschung, Band 50; Wien. S. 103-115
- RACK, Reinhard (1991): „Europäische Integrationspolitik - eine neue Querschnittsmaterie und ihr innerstaatliches „handling“.“ In: PERNTHALER Peter 1991: „Außenpolitik der Gliedstaaten und Regionen.“ Schriftenreihe des Instituts für Föderalismusforschung, Band 50; Wien. S. 33- 51
- SCHICKER, Rudolf (2003): „In Zukunft: Wien. Perspektiven der Wiener Stadtentwicklung.“ In: HÄUPL, Michael; OXONITSCH, Christian; MILLMANN, Gerd (Hg): „Wiener Jahrbuch für Politik 2003/2004.“ Wien
- WELAN, Manfred (1992): „Der Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien.“ In: KORINEK, Karl und RILL Heinz Peter (Hg): „Recht-Politik-Wirtschaft.“ Heft 8
- WENINGER, Thomas (2002): in Logon Report 2002: „Lobbying in Europe: Executive Summary.“ Veröffentlicht von PRAMBÖCK Erich: Österreichischer Städtebund

10.3 Studien, Dokumentationen und Dokumente

- Arbeitshandbuch „Wien 2016“: Internationale Aktivitäten der Stadt Wien; in: <http://www.wien.gv.at/politik/international/rtf/arbeitshandbuch.rtf>, download: 22 02 07
- BUNDESKANZLERAMT/BUNDESMINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN (2003): „Rechtliche und organisatorische Fragen der EU-Mitgliedschaft.“ GZ BKA 671.982/001-V/A8/03
- GSODAM, Christian 1998 in: MAYER, Stefan 1998 „Die Rolle der Regionen im institutionellen Gefüge der Union.“ In: „Europa in den Ländern. Workshop zu Fragen der Europäischen Integration und Länderpolitik.“ 23.10.1998, Universität Salzburg, Senatsinstitut für Politikwissenschaft. Dokumentationsband zusammengestellt von Stefan Mayer. S. 22- 27
- Jahresbericht 2005 des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds

- KIEFER, Andreas (1998) „Regionale Europapolitik aus Sicht der Landesverwaltungen.“ In: „Europa in den Ländern. Workshop zu Fragen der Europäischen Integration und Länderpolitik.“ 23.10.1998, Universität Salzburg, Senatsinstitut für Politikwissenschaft. Dokumentationsband zusammengestellt von Stefan Mayer. S. 32-43
- KONTROLLAMT DER STADT WIEN 2001: Magistratsdirektion – Auslandsbeziehungen, Überprüfung der Effizienz der Wiener Stadtaußenpolitik auf dem Gebiet der Außenwirtschaft, Prüfungsansuchen vom 26. Juni 2001; <http://www.kontrollamt.wien.at/berichte/2001>, download 20 03 08
- KONTROLLAMT DER STADT WIEN 2006: Tätigkeitsbericht 2006 MA 53, Prüfung des Vertrages mit der Compress Verlagsges.m.b.H. & Co KG bezüglich "Leistungen im Rahmen der Auslandskommunikation der Stadt Wien" Ersuchen gem. § 73 Abs. 6a WStV vom 29. Juni 2005, <http://www.kontrollamt.wien.at>, download 20 03 08
- Leitlinien für die Internationalen Aktivitäten der Stadt Wien 2002 – 2006 (Erlass vom 27. Juni 2001, MD-1315-1/01)
- MAGISTRAT DER STADT WIEN: MAGISTRATSDIREKTION-AUSSENBEZIEHUNGEN (MD-AB) (Eigentümer und Herausgeber): Review 2004: Bericht der internationalen Aktivitäten der Stadt Wien
- MAGISTRAT DER STADT WIEN: MAGISTRATSDIREKTION-AUSSENBEZIEHUNGEN (MD-AB) (Eigentümer und Herausgeber): Review 2005: Bericht der internationalen Aktivitäten der Stadt Wien
- MAGISTRAT DER STADT WIEN: MAGISTRATSDIREKTION-AUSSENBEZIEHUNGEN (MD-AB) (Eigentümer und Herausgeber): Review 2006: Bericht der internationalen Aktivitäten der Stadt Wien
- MAGISTRAT DER STADT WIEN: MAGISTRATSDIREKTION-AUSSENBEZIEHUNGEN (MD-AB) (Eigentümer und Herausgeber): Review 2007: Bericht der internationalen Aktivitäten der Stadt Wien
- MAYER, Stefan (1998) „Regionale Europapolitik als Untersuchungsdisziplin.“ In: „Europa in den Ländern. Workshop zu Fragen der Europäischen Integration und Länderpolitik.“ 23.10.1998, Universität Salzburg, Senatsinstitut für Politikwissenschaft. Dokumentationsband zusammengestellt von Stefan Mayer.
- ÖSTERREICHISCHE RAUMORDNUNGSKONFERENZ (ÖROK) (2005): „Europaregionen – Herausforderungen, Ziele, Kooperationsformen.“ Schriftenreihe Nr. 169. Wien.

- ÖSTERREICHISCHER STÄDTEBUND, PRAMBÖCK, Erich (2002) (Hg): „Logon Report 2002: Lobbying in Europe: Executive Summary.“
- Positionspapier für die Auslandsarbeit:
<http://www.wien.gv.at/politik/international/rtf/positionspapier.pdf> (Ist auch im rtf.- Format abrufbar)
download 22 02 07
- STATISTISCHES JAHRBUCH DER STADT WIEN 2007, Magistratsabteilung 5 – Finanzwirtschaft, Haushaltswesen und Statistik, Wien

10.4 Rechtsquellen

- Verfassung der Bundeshauptstadt Wien (Wiener Stadtverfassung – WStV)

1.1 Internetquellen

- Ausschuss der Regionen: <http://www.cor.europa.eu>, download 08 05 08
- Außenministerium der Republik Österreich:
<http://www.bmeia.gv.at/aussenministerium/aussenpolitik/eu-reformvertrag/europaeische-verfassung/subsidiaritaet.html>,
download 08 05 08
- Centrope: <http://centrope.info/baerdtneu/stories/3097>, download 20 02 07
- http://centrope.info/baerdtneu/topics/CENTROPE_Idee, download 20 02 07
- http://centrope.info/baerdtneu/topics/CENTROPE_Konferenzen, download 20 02 07
- http://centrope.info/baerdtneu/topics/CENTROPE_Multilateral, download 20 02 07
- Österreichischer Gemeindebund: <http://www.gemeindebund.at>, download 08 05 08
- Rat der Gemeinden und Regionen Europas RGRE: <http://www.ccre.org>
download 08 05 08
- <http://www.salzburg.gv.at/themen/se/europa/regionen/mitarbeit/vre.htm>;
- Versammlung der Regionen Europas: <http://www.aer.eu>; download 20 10 08
- <http://www.wieninternational.at/en/node/283>, download 24 04 06

- Wiener Wirtschaftsförderungsfonds:
<http://www.wvff.gv.at>, download 24 04 06
- <http://www.ziel2wien.at>, download 24 04 06

Homepage der Stadt Wien, verwendete Links:

- <http://www.wien.gv.at/advuew/internet/AdvPrSrv.asp?Layout=geschaeftseinteilung&Type=K&Hlayout=&STELLECD=1995082016555129>
- <http://www.wien.gv.at/meu/i-eu.htm>, download 24 04 06
- <http://www.wien.gv.at/meu/leitbild-euw.htm>, download 24 04 06
- <http://www.wien.gv.at/pid>, download 14 11 06
- <http://www.wien.gv.at/politik/landtag/bundesverfassung.html>,
download 20 02 07
- <http://www.wien.gv.at/politik/international/auslandsarbeit.html>
download: 22 02 07
- <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/07/01/05/hauptstadtregionen.htm>,
download 02 05 08
- <http://www.wien.gv.at/wahl/NET/GR051/GR051-109.htm>, download: 06 03 08
- <http://www.wien.gv.at/wirtschaft/eu-strategie/eu-foerderung/eurocities.html>
download 20 02 07

10.5 Sonstige Quellen:

- BÖHM, Thomas (1995): „Lobbyismus und Entscheidungsprozess der Europäischen Union: Herausforderungen und Perspektiven für Österreich.“ Wien, Diplomarbeit
- DOBREV, Dimitar (2004): „Lobbying in der Europäischen Union.“, Wien, Diplomarbeit
- GLANTSCHNIG, Monika (1995): „Föderalismus und Außenpolitik. Die Außenpolitischen Initiativen der Bundesländer Wien, Kärnten und Tirol. Ein Vergleich.“ Wien, Diplomarbeit
- KÖPPL, Peter (1995): „Akzeptanz, Relevanz und Dominanz von Lobbyismus in der transnationalen politischen Entscheidungsfindung der Europäischen Union: Die funktionale Notwendigkeit der Integration von Lobbyismus im

Rahmen informeller politischer Kommunikation als Beitrag zur politischen Entscheidungsfindung.“ Wien, Dissertation

- Rathauskorrespondenz vom 22.02.07: <http://www.wien.gv.at/vtx/vtx-rk-xlink?SEITE=%2F2007%2F0222%2F011.html>, download 22 04 07
- Rathauskorrespondenz vom 28.02.2005: <http://www.wien.gv.at/vtx/vtx-rk-xlink?SEITE=%2F2005%2F0228%2F012.html>, download: 20 04 07
- Rathauskorrespondenz vom 28.03.2008
<http://www.wien.gv.at/vtx/vtx-rk-xlink?DATUM=20080328&SEITE=020080328019>, download 28 03 08
- WOSIHNOJ, Markus 1989: „Partizipationsmöglichkeiten von Regionen in der Europäischen Union.“ Wien. Diplomarbeit

10.6 Interviews

(In alphabetischer Reihenfolge)

- Mag. Andrea LEITNER, MA 53 - Assistenz Auslandskommunikation - Redakteurin; Interview am 15.03.2008
- Senator h.c. KzIR. Prof. Walter NETTIG, Beauftragte für Außenwirtschaft der Stadt Wien; Interview am 29.01.2008
- Dr. Matthias TSCHIRF, Klubobmann der ÖVP im Gemeinderat und Landtag; Interview am 17.11.2006
- Alfred VAVROUSEK, Dienststellenleiter der MA 53 und Bereichsleiter für Stadtkommunikation und Medien; Interview am 15.03.2008
- Dr. Oskar WAWRA, MD-AB – Bereichsdirektor für Internationale Beziehungen; Interview am 15.03.2008
- Dr. Thomas WENINGER, Leiter der MA 27, Interview am 27.06.2005

11 Anhang

11.1 Review 2007: Inhaltsverzeichnis

Aus: Review 2007: Bericht der internationalen Aktivitäten Wiens

Inhalt	
VORWORT	7
KOOPERATIONEN MIT STÄDTEN UND LÄNDERN	8
Bratislava/Slowakei	8
Budapest/Ungarn	8
Bukarest/Rumänien	9
CENTROPE – Europa Region Mitte	9
Kairo/Ägypten	10
Laibach/Slowenien	10
Moskau/Russische Föderation	11
Odessa/Ukraine	11
Tschechische Republik	11
SCHWERPUNKTDESTINATIONEN	12
New York	12
Berlin	13
Sarajevo	13
Bukarest	14
Sofia	14
Vereinigte Arabische Emirate	15
ORGANISATIONEN UND NETZWERKE	16
AdR – Ausschuss der Regionen	16
Arbeitsgemeinschaft Donauländer	16
CLIP – Europäisches Städtetzwerk für lokale Integrationspolitik	16
ENCORE – Umweltkonferenz der europäischen Regionen	17
EUROCITIES	17
Metropolis International	18
OWHC – Organization of World Heritage Cities	19
regleg. – Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen	19
RGRE – Rat der Gemeinden und Regionen Europas	19
UCSEEC – Union der zentral- und südosteuropäischen Hauptstädte	20
UCUE – Union der Hauptstädte der Europäischen Union	20
VRE – Versammlung der Regionen Europas	21
AKTIVITÄTEN DER MAGISTRATSDIREKTION, GESCHÄFTSBEREICHE UND EINRICHTUNGEN	22
Magistratsdirektion	22
Bildung, Jugend, Information und Sport	26
Stadtschulrat	30
Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal	30
Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen	32
Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke	32
Sonderbeauftragter für internationale wirtschaftliche Angelegenheiten	34
WWFF – Wiener Wirtschaftsförderungsfonds	34
ZIT – Zentrum für Innovation und Technologie	35
departure	36
Wien Holding	36
TINA – Transport Infrastructure Needs Assessment	37
Wiener Stadtwerke	38
waff – Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds	40
Stadtentwicklung und Verkehr	41
Kultur und Wissenschaft	43
Wien Museum	46
Gesundheit und Soziales	46
Krankenanstaltenverbund	48
Fonds Soziales Wien	49
Sucht- und Drogenkoordination	49
Frauengesundheitsbeauftragte	49
Seniorenbeauftragter	50
Wiener Pflege-, Patientinnen- und Patientenanwalt	50
Umwelt	50
Umweltanwaltschaft	53
Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung	54
Kontrollamt	55
Tierschutzombudsstelle	55
VERTRETUNGEN IM AUSLAND	56
Verbindungsbüro Brüssel/Wien-Haus	56
Verbindungsbüro China/Vienna Representative Office Hong Kong	56
Verbindungsbüro Japan/Vienna Representative Office Tokyo	57
Compress Verbindungsbüros	58

EUROPÄISCHE UNION	60	DER ÖSTERREICHISCHE STÄDTEBUND	84
Die Europakommission des Gemeinderates	60		
Für Wien wichtige Entwicklungen	60		
EU-Förderungen	62	LÄNDER-, REGIONEN- UND STÄDTEINDEX	86
Interregionale Programme	64		
		DIE ORGANISATION DER WIENER STADTVERWALTUNG	88
ZUSAMMENTREFFEN DES BÜRGERMEISTERS MIT INTERNATIONALEN GÄSTEN	67		
		KONTAKT	90
AUSLANDSREISEN DES BÜRGERMEISTERS	69		
		IMPRESSUM	90
INTERNATIONALE ORGANISATIONEN	70		
EFRA – Europäische Grundrechteagentur	70		
Weltbank	70		
Vereinte Nationen	70		
VSO – Vienna Service Office	71		
AUSLANDSHILFE	72		
WIEN TOURISMUS	74		
WIEN PRODUCTS	80		
BEZIRKSPARTNERSCHAFTEN UND AKTIVITÄTEN	82		
Wien 4-Wieden	82		
Wien 11-Simmering	82		
Wien 13-Hietzing	82		
Wien 14-Penzing	82		
Wien 17-Hernals	83		
Wien 21-Floirdadorf	83		
Wien 23-Liesing	83		

11.2 Positionspapier

Aus: <http://www.wien.gv.at/politik/international/rtf/positionspapier.pdf>
download 22 02 07

POSITIONS- PAPIER

„Wien 2016“: Internationale Aktivitäten der Stadt Wien

Die bis Ende 2006 gültigen Grundlagen für die internationalen Aktivitäten der Stadt Wien („Außenpolitische Leitlinien“) wurden vorrangig auf Basis rathausinterner Recherchen und Bewertungen erarbeitet.

Das nunmehr vorliegende Positionspapier berücksichtigt darüber hinaus auch die Ziele und Strategien wichtiger externer Partner.¹ Die Chance, einen kraftvolleren Gesamtauftritt Wiens im Ausland zu erzielen und mit Nachhaltigkeit und Kontinuität außenpolitische Zielsetzungen zu verfolgen, sollte damit größer werden.

¹ Eine Liste aller externen Institutionen, die die Erstellung dieses Positionspapiers durch schriftliche Beiträge unterstützt haben, findet sich im Anhang.

A. Wettbewerbsorientierter Ansatz ein ganzheitliches Stadtmarketing

1. Die fünf zentralen Stärken Wiens im Städtewettbewerb

1.1. Wien als Stadt mit höchster Lebensqualität

Die hohe Lebensqualität ist die zentrale, allgemein anerkannte und durch internationale Vergleichsstudien untermauerte Stärke Wiens. Dafür zeichnen u.a. die hohen Umweltstandards der Stadt, die Qualität der kommunalen wie wirtschaftlichen Infrastruktur, die soziale Sicherheit sowie die städtebaulichen Maßnahmen, insb. der soziale und gleichzeitig innovative Wohnbau verantwortlich.

Vorschläge für Unique Selling Propositions:

„Nationalpark in der Großstadt“ – „Biosphärenpark als Grüne Lunge der Stadt“

„Wien – eine moderne Lifestyle-Stadt im klassischen Hochkultur-Rahmen“

„Wien – eine Metropole mit stabiler, ökonomischer, ökologischer, rechtlich und sozial abgesicherter kommunaler Infrastruktur, die gleichzeitig die Ressourcen bestmöglich schützt“

„Wien – Architekturstadt in Klassik/Moderne und Gegenwart“

1.2. Wien als touristisches Zentrum und vielfältige Kulturmetropole

Das Image Wiens ist weltweit nach wie vor zentral vom Thema „Kultur“ bestimmt; Wien wird im Ausland in erster Linie als touristische Destination – und hier vor allem als Kulturmetropole mit vielseitigem kulturellem Angebot auf dichtem Raum – wahrgenommen. Wien ist aber auch mit der Reed Exhibitions Messe Wien die zentrale Messestadt für Mittel-, Ost- und Südosteuropa und dank seiner touristischen Attraktivität, der guten Infrastruktur und der Preissituation eine der weltweit führenden Kongressstädte.

Vorschläge für Unique Selling Propositions:

„Wien – (K)unst & (K)ultur trifft Shopping und Entertainment“

„Musikhauptstadt Wien“

„Wien – das Messe- und Kongresszentrum“

Zielsetzungen und Maßnahmen:

Das Kulturimage Wiens nutzen – Wiens Position als Tourismus- und Kongress-Metropole ausbauen

Ausgangspunkt ist das hervorragende Image Wiens weltweit als Kulturmetropole. Bestehende Klischees können dabei als erfolgreiche Elemente des tradierten Wien-Images weiter bedient werden, doch soll das Kulturimage Wiens durch eine Portion Modernität ergänzt werden, wie dies seit mehreren Jahren vom Wien-Tourismus praktiziert wird. Wien verfügt über eine pulsierende Szene von Persönlichkeiten und Institutionen, die sich für eine Positionierung Wiens als junge, dynamische (Kultur)Me-

tropole eignen. Durch stärkere Integration dieser jungen Wiener Szene in das Marketingkonzept soll Wien ein „jüngeres“ Image erhalten. Ein weiteres Ziel muss es sein, die Wiener und die in Wien angesiedelten österreichischen Kulturinstitutionen im Hinblick auf internationale Aktivitäten terminlich so zu vernetzen, dass im Optimalfall Kulturaktivitäten synergetisch für die Präsentation des Standortes Wien und die Kulturinstitutionen als Trägermedium genutzt werden können.

In den traditionellen Märkten (Deutschland, Österreich, USA, Italien, Großbritannien, Japan, Spanien, Schweiz, Frankreich) gilt es vor allem, das Potenzial noch weiter auszus schöpfen. Als Hoffnungsmärkte gelten insbesondere Mittel- und Osteuropa, die arabischen Länder Asiens und China – hier werden seitens des WienTourismus deutliche Zuwächse angestrebt. Insgesamt soll die Zahl der Gästeübernachtungen bis 2010 auf 10 Millionen steigen (2005: 8,8 Mio.).

Im Jahr 2005 hat die Zahl der Nächtigungen im Kongress- und Tagungsbereich erstmals die Grenze von einer Million überschritten. Ziel des Vienna Convention Bureau ist es, ein Nächtigungsvolumen im Kongress- und Tagungsbereich von 15 % der Gesamtnächtigungen zu erzielen. Weiters wird das Vienna Convention Bureau Wiens weltweite Erfolge weiter ausbauen und in den Zukunftsmärkten eine langfristige Marktpräsenz etablieren. Dies gilt besonders für die Fernmärkte Australien und China. Auch in den kommenden Jahren wird sich das Vienna Convention Bureau auf die Akquirierung nationaler, europäischer und internationaler Tagungen und Kongresse konzentrieren.

1.3. Wien als mitteleuropäisches Wirtschafts- und Finanzzentrum

Wien bietet exzellenten Zugang zu den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOE), gleichzeitig aber auch eine hervorragende Infrastruktur (s.o.), ein gutes Gründungsklima und ein attraktives Umfeld. Auch dank ihrer geografischen Lage hat sich die Stadt zu einer Drehscheibe im internationalen Warenhandel entwickelt und als Headquarter-Standort etabliert.² Derzeit sind in Wien 5000 Betriebe im weltweiten Exportgeschäft tätig und tragen mit EUR 15 Mrd. Exportvolumen immerhin 16 % zu den gesamtösterreichischen Warenexporten bei. Durch verschiedene Cluster-Initiativen hat Wien technologische Schwerpunkte gesetzt, die mittlerweile ganz wesentlich das Stärkenprofil der Stadt prägen. Darüber hinaus haben die Expansion der österreichischen Banken und Versicherungen in den ost- und südosteuropäischen Raum sowie die von der Börse Wien eingegangenen Kooperationen in dieser Region die Stadt in den letzten 15 Jahren zu einem mittel/osteuropäischen Finanzknoten gemacht.

Vorschläge für Unique Selling Propositions:

„Wien – Westeuropa im Herzen von Mittel- und Osteuropa!“

„Wien – Arbeitsplatz für die hellsten Köpfe der Region!“

„Wien – Zuhause und doch in Westeuropa!“

„Wien – das Finanzzentrum für Mittel-, Ost- und Südosteuropa“

„Wien – das IKT³-Kompetenzzentrum für Mittel- und Osteuropa“

„Wien – eine wirtschaftlich erfolgreiche Metropole mit sozialem Zusammenhalt“

„Wiens geografische Lage (Nähe zu den Wachstumsmärkten in den MOEL) in Kombination mit der Verkehrsinfrastruktur (Drehkreuz Flughafen)“

„Wien als Wirtschaftszentrum (sechshöchstes BIP/Kopf in der EU; hohe Bruttowertschöpfung/Kopf; Kaufkraft)“

„MOE-Know-how und -Netzwerk der Wiener Unternehmen“

„Wirtschaftsraum Wien-Bratislava“

² Über 300 internationale Firmen haben Wien als europäische Standortzentrale gewählt.

³ Sämtliche Abkürzungen werden im Anhang 2 erläutert.

Zielsetzungen und Maßnahmen:

Den Wirtschaftsstandort Wien stärken

Die wirtschaftlichen Erfolge der in Wien ansässigen Unternehmen schaffen und sichern nicht nur Arbeitsplätze; sie erhöhen auch die Kaufkraft der Bevölkerung und leisten einen wesentlichen Beitrag zum Steueraufkommen. Mit der Erhöhung der Attraktivität Wiens als Arbeits- und Wohnort ist auch eine Wertsteigerung der Stadt insgesamt verbunden. Die bereits in Wien angesiedelten Konzerne sollen daher möglichst dauerhaft an Wien gebunden werden. Gleichzeitig sind durch entsprechende Standortwerbung in den Zielmärkten⁴ neue Unternehmen nach Wien zu holen. Ziel muss es sein, dass sich Wien aufgrund eines hervorragenden Gründungsklimas als attraktiver und bevorzugter Ansiedlungsstandort für Unternehmen mit spezifischer regionaler Ausrichtung etabliert. Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds soll sich daher künftig unter Entwicklung der im Stadtentwicklungsplan 2005 im Rahmen der „Zielgebiete“ definierten umfangreichen, international vermarktbareren Flächen konsequent um internationale Betriebsansiedlungen folgender Zielgruppen bemühen:

- europäische/EU-Unternehmen im Retailbereich (Marketing- und Vertriebsgesellschaften) und produzierender Mittelstand aus Deutschland,
- Unternehmen aus MOE, Asien und aus dem mittleren Osten auf der Suche nach Produktions- und Verwaltungsstandorten in der EU,
- Unternehmen (v.a. aus EU-Ländern, Nordamerika und Asien) auf der Suche nach Standorten für die Bearbeitung des MOE-Raums („In-Sourcing“ von MOE-Wertschöpfung),
- (mittelgroße) High-Tech Start-ups mit Internationalisierungsabsichten.

Bei seinen Ansiedlungs- und Kooperationsaktivitäten sollte sich Wien an international führenden „High-Tech Hotspots“ (z.B. Region Aachen (D), Großraum London (GB), Boston Area oder Research Triangle Park in North Carolina (beide USA)) orientieren.

Weitere Zielsetzungen:

- Forcierung offensiver Internationalisierungsprogramme für Wiener Unternehmen, um gerade im KMU-Bereich die Produktions- und Handelsverflechtungen zu vertiefen und auszubauen (Arbeitsteilungsaspekt und Absatzmarkterschließung bzw. -ausweitung),
- Unterstützung von unternehmerischen Joint Ventures in noch nicht stabilen Wirtschaftsregionen wie dem Balkan durch „politisches backing“ bzw. durch „Städte-diplomatie“ von Seiten der Stadt Wien (s. Primärregionen zur Rolle der Verbindungsbüros der Stadt Wien),
- Darstellung der Wirtschafts- und Innovationskraft der Wiener Unternehmen, ihrer Produkte und Dienstleistungen auf Auslandsmärkten,
- Positionierung Wiens als bevorzugte „Adresse“ für Konsumentinnen und Konsumenten/Besucherinnen und Besucher aus Mittel- und Osteuropa,
- Intensivierung der seit Jahren laufenden Präsentationen und Verhandlungen in den USA und gezielte Bearbeitung nach Marktsegmenten,
- Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur zu den Nachbarländern; mittelfristig sollte Wien zu einem der wichtigsten Verkehrsknoten im Transeuropäischen Netz in Mitteleuropa werden.

⁴ Siehe dazu Abschnitt A.2

1.4. Wien als Bildungskompetenzzentrum, Wissenschafts- und Forschungsstandort

Bildung, Forschung und Innovation sind klassische Zukunftsinvestitionen und Triebfeder für eine dynamische Beschäftigungsentwicklung. Unternehmerische Kosten, administrative und fiskalische Belastungen sind für einen potenziellen Investor relativ leicht vergleichbar. Die Zukunft Wiens als Industriestandort wird daher ganz wesentlich durch eine effiziente Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik entschieden.

Die bildungspolitischen Initiativen Wiens haben in großem Maße vorbildhafte Wirkung v.a. für die Regionen Mittelost- und Südosteuropas. Wien hat auf Grund einer Vielzahl von bereits erfolgreich durchgeführten Projekten entsprechendes Know-how bei der Umsetzung von internationalen Bildungsprojekten erworben.

Als Universitätsstandort hat Wien eine lange Tradition. So ist etwa die Universität Wien eine der ältesten Universitäten im deutschen Sprach- und Kulturraum mit traditionell starken internationalen Bezügen in Forschung und Lehre. Die Verbindung von universitärer Forschung und Forschungsaktivitäten von Unternehmen schafft ein fruchtbares Klima für private Investoren. Zu den Stärken der Wiener Forschungslandschaft zählen insbesondere Medizin/Biotechnologie, Physik, Mathematik, aber auch geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Bereiche, wie etwa Zeitgeschichte, Sozialpolitik oder Volkswirtschaft.

Vorschläge für Unique Selling Propositions:

„Wien – Bildungs- und Wissenschaftsdrehscheibe zwischen Ost und West“

„Wien – Erste Wahl bei Bildung und Gesundheit!“

„Wien als F&E-Standort“

Zielsetzungen und Maßnahmen:

*Wien als Bildungs- und Wissenschaftszentrum propagieren –
Wien als F&E-Stadt besser positionieren*

Erklärtes Ziel der Politik ist es, Wien stärker als Stadt des Wissens zu positionieren. In folgenden Themenfeldern sollen neue Akzente gesetzt bzw. bestehende Aktivitäten gefördert werden:

- Wien als Bildungskompetenzzentrum,
- Wien als Ort internationaler Kommunikation,
- Wien als Vermittler vergleichbarer Bildungsqualität,
- Wien als Zentrum interregionaler Bildungskooperation,
- Wirtschaftsstandort Wien mit attraktiver Bildungsinfrastruktur.

Jede Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, sei es durch Intensivierung von bilateralen Schulpartnerschaften oder durch den Erfahrungsaustausch von Bildungsfachleuten, führt einerseits zur Kompetenzerweiterung der an dieser Zusammenarbeit Beteiligten; andererseits trägt die grenzüberschreitende Bildungskooperation zu jenem positiv besetzten Erscheinungsbild Wiens in den Partnerregionen bei, das beim Aufbau wirtschaftlicher Kooperationen von Nutzen sein kann.

Darüber hinaus sollen zur Positionierung Wiens als Top-Ausbildungsort in bestimmten Bereichen (z.B. Kreativbereich, Biotechnologie/Pharma) Bildungs- bzw. Studienprogramme offensiv vermarktet werden. In den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften kann Wien an eine lange Tradition anschließen. Ein spezielles Angebot, das Wien im Wissensbereich erstellen und vermarkten könnte, wäre der Bereich der Infrastrukturleistungen (etwa in Form einer Fachhochschule für Infrastrukturwirtschaft, einer Multi-Utility-Academy, o.ä.); ergänzt werden könnte dieser Wiener Bildungsschwerpunkt durch die begleitende Abhaltung von Infrastruktur-Tagungen und Kongressen.

Wiener Forscherinnen und Forschern soll im Rahmen der internationalen Aktivitäten eine Bühne bzw. Plattform geboten werden, die ihnen Kooperationsmöglichkeiten

eröffnet. Wissenschaft und Forschung sollen als Standortvorteil benutzt und entsprechend beworben werden. Zudem sollen Maßnahmen gesetzt werden, um jüngere Forscherinnen und Forscher auch im Ausland auf attraktive Arbeitsmöglichkeiten in Wien aufmerksam zu machen.

Ziel ist es, dass Wien in den Cluster-Branchen aufgrund der günstigen Bedingungen (Existenz von Clustern, Know-how, Zugang zu EU-Projekten, etc.) zum bevorzugten Standort für spezialisierte F&E-Aktivitäten jener MOE-Unternehmen wird, die Teile der Wertschöpfungskette im Bereich F&E nach Westeuropa oder in die USA auslagern wollen bzw. müssen.

Von zentraler Bedeutung ist die Ansiedlung und Sicherung von Forschungsprojekten wie auch -zentren. Dazu bedarf es

- der Identifikation von Unternehmen in den Cluster-Branchen und deren Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkten durch entsprechende Aktivitäten seitens ZIT und WWTF,
- einer gezielten Ansprache und Erarbeitung eines Angebots zur Ansiedlung von Forschungsprojekten im Wege von Präsentationen und Workshops unter Kostenbeteiligung der Stadt Wien (Reisekosten, ev. Anbahnungsfinanzierung).

Im Rahmen internationaler Präsentationen des F&E-Standorts Wien sollten verstärkt Testimonials der in Wien bereits ansässigen High-Tech-Firmen einbezogen werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Einbindung des Internationalen Wirtschaftsservice (IWS) des WWTF angeregt.

1.5. Wien als Stadt der Spitzenmedizin

Die sprichwörtliche Wiener Lebensqualität baut nicht zuletzt auf einem hervorragend funktionierenden Gesundheits- und Sozialwesen auf. Prävention, Gesundheitsförderung, Diagnostik und Therapie zeichnen die Qualität der Wiener Gesundheitsversorgung aus. Wien hat sowohl Spitzenmedizin als auch medizinische Breitenversorgung auf höchstem Niveau vorzuweisen.

Vorschläge für Unique Selling Propositions:

„Wien – Erste Wahl bei Bildung und Gesundheit!“

„Wien – Treffpunkt der weltweit besten Mediziner“

„Wien – Stadt der Weltmedizin“

Zielsetzungen und Maßnahmen:

Wien als medizinisches Hochleistungszentrum propagieren

Ziel sollte es in diesem Zusammenhang auch sein, die Leistungen des Wiener Gesundheitswesens unter dem Motto „Spitzenmedizin Wien“ als Imagefaktor einzusetzen und diese Leistungen – von der Grundlagenforschung über die klinische Forschung bis zur anwendungsorientierten Forschung, die sich allesamt durch wissenschaftliche Innovation, interdisziplinäre Zusammenarbeit und Internationalität auszeichnen, – sowohl in der Kommunikationsarbeit der Stadt als auch im Rahmen von Auslandspräsentationen stärker zu positionieren. Mittelfristiges Ziel ist es, dass Wien für Mitteleuropa und in ausgewählten Spezialdisziplinen für Gesamteuropa als das medizinische Kompetenzzentrum gilt.

2. Zielregionen bzw. Zielmärkte der Stadt Wien für 2007-2011 Chancen und Herausforderungen in ausgewählten Destinationen⁵

Primärregionen

Dabei handelt es sich um jene Zielregionen bzw. -märkte, die von den an der Erstellung dieses Positionspapiers beteiligten Institutionen und Magistratsdienststellen besonders häufig genannt wurden. Hier sollte Wien jedenfalls kontinuierlich und nachhaltig präsent sein.

Die „alten“ Mitgliedstaaten der Europäischen Union (unter besonderer Konzentration auf Deutschland, Italien, Vereinigtes Königreich) und die Schweiz

Die („alten“) Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind für Wien insbesondere in Hinsicht auf politische Agenden⁶, in touristischer sowie in wirtschaftlicher Hinsicht (Exportmärkte, Unternehmen mit Expansion nach MOE, Quelle ausländischer Direktinvestitionen) von Interesse. Die (länder)spezifischen Schwerpunktsetzungen sind gemeinsam mit den Fachabteilungen sowie den strategischen Partnern zu definieren.

Darüber hinaus sollte sich Wien auch im Europäischen Forschungsraum verstärkt positionieren.

Mittel-, Ost- und Südosteuropa (insb. Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, (Süd)Polen, Rumänien, Russland, Serbien und Montenegro, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Türkei, Ukraine, Ungarn)

Auf Grund der räumlichen wie kulturellen Nähe sind in erster Linie die Länder Mittel- und Osteuropas, und hier vor allem die erst kürzlich zur Europäischen Union beigetretenen Länder, die Zielmärkte der nahen Zukunft.

Einen besonderen Stellenwert sollte die Kooperation mit den unmittelbaren Nachbarländern einnehmen.

Die Region ist ein stark wachsender Absatzmarkt mit Chancen für exportorientierte Wiener Unternehmen. Fast 30 % der Wiener Exporte finden ihre Abnehmer bereits in dieser Region. Hinsichtlich ausländischer Direktinvestitionen liegen die Chancen Wiens insbesondere in jenen Ländern, die noch nicht der Europäischen Union angehören und somit ein Standbein innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes benötigen.

In touristischer Hinsicht handelt es sich bei Mittel- und Osteuropa auf Grund der zunehmenden Prosperität der Touristinnen und Touristen aus dieser Region um einen Hoffnungs- und Wachstumsmarkt vor den Toren Wiens. Für den Kongresstourismus wiederum verspricht die ebenfalls zunehmende internationale Ausrichtung von MOE-Firmen Entwicklungspotenzial.

Weitere Chancen Wiens bestehen u. a. in der

- Unterstützung in der städtischen Weiterentwicklung mit Absatzmöglichkeiten im Bereich der Stadttechnologien,
- verstärkten Akquirierung von Auftragsforschung unter Nutzung des Wiener Forschungspotenzials und der Forschungsinfrastruktur,
- Nutzung des Potenzials an ausgebildeten Arbeitskräften durch selektiven Zustrom für spezifische Zielbranchen (z.B. Pflege, Kreativbereich, Biotechnologie),
- Befriedigung der Nachfrage nach einem qualitativ hochwertigen Güterangebot in Bildung und Gesundheit für den zunehmend finanzkräftigen Mittelstand.

⁵ Chancen und Herausforderungen werden beispielhaft für einige der Primärregionen dargestellt.

⁶ Siehe dazu Abschnitt B.

Herausforderungen:

- In einigen MOE-Hauptstädten wird eine starke Konkurrenzsituation hinsichtlich der Zentralposition in Mitteleuropa empfunden – Wien wird als gleichberechtigter Partner, nicht aber als Zentrum anerkannt.
- In Hinblick auf die Kooperation mit der slowakischen Hauptstadt Bratislava sind die Konzepte für eine grenzüberschreitende Verkehrs- und Regionalplanung zügig umzusetzen und die Zusammenarbeit in Richtung eines CENTROPE-Kernraums zu vertiefen. Ein gemeinsames Auftreten der beiden Hauptstädte auch im Rahmen von internationalen Aktivitäten sollte angestrebt werden.
- Know-how-Transfer darf nicht dazu führen, dass die Wiener Ideen in den Ländern primär unter Ansatz der dort vorhandenen Ressourcen umgesetzt werden. Es muss ein legitimes Anliegen sein, dass Wien auch einen Verwertungseffekt erzielt.
- Arbeitsmarktpolitisch besteht die zentrale Herausforderung in der Integration der Arbeitskräfte in Wien bzw. im Arbeitsmarkt sowie in der Vermeidung eines möglichen Crowding-Out von „inländischen“ Arbeitskräften.
- Bildungs- und forschungspolitisch besteht die Herausforderung insbesondere in der Sicherstellung des Angebots der notwendigen Ressourcen in Wien.

Die in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas etablierten Verbindungsbüros der Stadt Wien sollen künftig stärker als bisher mit anderen Netzwerken in der Region, insb. der Wirtschaftskammer Österreich (Außenhandelsdelegierte), der Österreich Werbung, der Austrian Airlines, aber auch des Vereins Kulturkontakt Austria (Bildungsbeauftragte), kooperieren und Synergien realisieren; im Gegenzug ist ihr Leistungspotenzial aber auch von den Dienststellen der Stadt Wien im vollen Vertragsumfang in Anspruch zu nehmen.

Im Sinne der besonderen Beziehungen zu diesen Städten ist auf Nachhaltigkeit in den Kontakten besonderer Wert zu legen. Dies bedeutet, dass nach Möglichkeit jährlich, zumindest aber im Abstand von zwei Jahren, konkrete, möglichst projektbezogene gemeinsame Aktivitäten durchgeführt werden sollen.

Japan sowie die Emerging Markets China (Region Beijing, Pearl-River-Delta mit Hongkong und Yangtse-Delta mit Shanghai), Indien (Mumbai, Kolkata, Delhi, Chennai)

Die Schwellenmärkte (Südost)Asiens sind gekennzeichnet durch

- Wirtschaftswachstumsraten, die deutlich über jenen der (west)europäischen Staaten liegen,
- wirtschaftliche Expansion auch nach Europa,
- steigende Kaufkraft,
- enormen Nachholbedarf im Infrastrukturbereich,
- (teilweise) großes kulturelles Interesse an Wien,
- zunehmendes Forschungspotenzial.

Chancen bestehen für Wien in mehrfacher Hinsicht:

- Nutzung des Expansionsdrangs asiatischer Unternehmen nach Europa (z.B. in den IT-, Biotech/Pharma- und Automotiv-Branchen) durch attraktive Angebote für Betriebsansiedlungen bzw. für die Ansiedlung von MOE-Zentralen,
- Nutzung des Nachholbedarfs im Bereich der Umwelttechnologien und der Stadtinfrastruktur,
- Nutzung der zunehmenden Prosperität der Konsumentinnen und Konsumenten in den Wachstumsmärkten durch verstärkte Exporttätigkeit von Wiener Unternehmen,
- touristische Verwertung des großen Wien- und Kulturinteresses in den asiatischen Ländern,
- Verstärkung der Wissenschafts- und Forschungsk Kooperation.

Zentrale Herausforderungen sind

- regionale Schwerpunktsetzungen (in Anbetracht der Größe dieser Märkte),
- eine genaue Analyse von „Nischen“, in denen Wien in Konkurrenz zu den großen Wirtschaftsmächten reüssieren kann,
- die Bewahrung der Vorteilhaftigkeit des Produktionsstandorts Wien im Vergleich zu Asien (Qualifikation und Produktivität vs. Transport).

Vereinigte Staaten von Amerika (New York, Chicago – Region Michigan, San Francisco)

Der Industrieoutput der USA ist seit April 2003 fast permanent gestiegen. Das größte Wachstumspotenzial verzeichnet der amerikanische Markt in den letzten Jahren im Bereich des Dienstleistungssektors.

Seit 1996 hat sich die Stadt Wien durch die Installierung eines Sonderbeauftragten für internationale wirtschaftliche Angelegenheiten der Stadt Wien (Senator h.c. Prof. KR Walter Nettig) verstärkt und erfolgreich auch um Kooperationen mit den am amerikanischen Markt befindlichen „Big Playern“ bemüht. Die seit Jahren laufenden Präsentationen und Verhandlungen sollen intensiviert und die Bearbeitung gezielt nach Marktsegmenten durchgeführt werden.

Die USA sind auch in Hinblick auf ausländische Direktinvestitionen in Wien von Interesse. Große amerikanische Konzerne, wie z.B. Coca-Cola, McDonalds, Hewlett Packard Western Union, haben bereits ihre europäischen Standortzentralen in Wien eingerichtet. US-Unternehmen sind damit die drittgrößten Investoren in Wien. Ohne Zweifel besteht hier noch weiteres Potenzial, Investoren nach Wien zu ziehen. Unternehmenskooperationen in ausgewählten Bereichen, wie z.B. der Kreativwirtschaft, wie sie zuletzt von der Wirtschaftskammer Wien in New York entriert wurden, sind weitere Felder für die Zusammenarbeit mit den USA.

Arabischer Raum (Golfstaaten)

Der Boom in den ölreichen Golfstaaten hat zu einem Anstieg der österreichischen Exporte in den gesamten Nahen und Mittleren Osten um 36,4 % auf insgesamt EUR 585 Mio. im ersten Jahresdrittel 2006 geführt. Während die österreichischen Ausfuhren weltweit ein Wachstum von 12,2 % aufweisen, so stiegen etwa die Exporte in die Vereinigten Arabischen Emirate um 55,8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Österreichweit sind die meisten Betriebe, die mit dem arabischen Raum Handel treiben, in Wien ansässig. Die Anzahl der Know-how-Träger, die Erfahrung im Handel mit diesen Ländern haben, ist daher besonders hoch und kann dafür genutzt werden, weitere Wiener Unternehmen auf diesen Märkten zu unterstützen. Auch die derzeit zwischen der EU und den Golfstaaten laufenden Verhandlungen über die Schaffung einer Freihandelszone werden die Marktzutrittsbedingungen für Wiener Unternehmen positiv beeinflussen.

Mehrere Golfstaaten sind derzeit dabei, ihre Wirtschaft zu diversifizieren und den Tourismus und die Infrastruktur auszubauen. Das immense Wirtschaftswachstum wird durch die hohen Einnahmen aus dem Öllexport und eine konsequente Wachstumspolitik getrieben. Dabei steht hohe Liquidität einem großen Bedarf an Know-how gegenüber. Daraus ergeben sich viel versprechenden Geschäftschancen auch für Wiener Unternehmen, sei es im Öl- und Gasbereich, sei es im Rahmen der großen Freizeit-, Hotel- und Infrastrukturprojekte in der Region.

Natürlich ist in diesen Ländern aber auch die Attraktivität Wiens für Finanzinvestoren, als Urlaubsdestination, als Stadt der Spitzenmedizin, aber auch als Vermittler von Tourismuswissen zu promoten.

Andere Regionen

Für diese Regionen gab es von den beteiligten Institutionen und Magistratsdienststellen jeweils Mehrfachnennungen, aber kein massives Votum. Hier sollte Wien künftig zumindest fallweise präsent sein:

- Vereinigte Staaten von Amerika (Großraum Las Vegas, Atlanta)
- (Südost)Asien
- Südamerika

3. Strategische Entwicklungsfelder für ein offensives Stadtmarketing in zeitlicher Perspektive

In zeitlicher Hinsicht sind drei strategische Entwicklungsfelder zu unterscheiden:

2007-2009: In diesem ersten Zeitraum sind die vorhandenen Stärken der Stadt auf jenen Zielmärkten/-regionen zu nutzen und zu optimieren, die im Wesentlichen schon bisher bearbeitet wurden.

2010-2011: Neue Stärken sollen stärker profiliert werden; darüber hinaus könnten allenfalls neue Zielmärkte/-regionen definiert werden.

2012-2016: Die neuen Stärken werden genutzt und neue Zielmärkte/-regionen adressiert.

B. Kooperativer Ansatz zur politischen Rolle der Stadt Wien

Generell sollten kooperative Maßnahmen im Sinne einer regionalen Schwerpunktsetzung in erster Linie synergetisch auf jene Zielgebiete fokussiert sein, in denen auch wettbewerbsorientierte Aktivitäten gesetzt werden. EU- und sonstige Förderungen sollten für die Projektentwicklung und -durchführung so weit wie möglich in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus sollen im konkreten Anlassfall auch weiterhin Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen durchgeführt werden.

Last but not least soll die prominente politische Präsenz Wiens bei strategisch entscheidenden internationalen Aktivitäten sichergestellt sein.

Die fünf zentralen politischen Stärken Wiens auf der internationalen Städtebühne

1. Wien als eine der Hauptmetropolen in Europa:

Wien ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch politisches Zentrum in Europa. So konnte insbesondere in den letzten Jahren eine zentraleuropäische Kompetenz aufgebaut werden, so dass Wien schon jetzt eine prominente, aber durchaus noch ausbaufähige Rolle in der europapolitischen Diskussion hat.

Unter Nutzung seiner Stärken sollte es Wien gelingen, sich bis 2016 als die Leitmetropole für Mittel- und Osteuropa zu positionieren. Vorrangiges Ziel in den regionalen Aktivitäten Wiens muss die Stärkung seiner Position im Rahmen der CENTROPE-Region sein, wodurch es sich als Vorbild und Know-how-Geber für Peer-Städte in Mittel- und Osteuropa im Bereich der innovativen Stadtverwaltung positioniert und seine Rolle als potenter politischer Lobbyingpartner in Mittel- und Südosteuropa und gegenüber der EU entwickelt. Als wesentliche Initiative soll im Rahmen von CENTROPE die Umweltqualität und damit die Lebensqualität verbessert werden. Ebenfalls von entscheidender Bedeutung für Wien und die CENTROPE-Region insgesamt sind die Entwicklung überregionaler Beschäftigungsstrategien, Themen wie Sicherheit, Migration, soziale Standards, Bürgerservice-Standards, Arbeitsmarkt, Verkehr, Selbständigkeit der Kommunen, Umweltstandards, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der großen Naturschutzgebiete, das Thema Biolandbau als Zukunftsperspektive für die Landwirtschaft im Einzugsgebiet der Donaumetropolen Wien, Bratislava und Budapest bzw. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bereich der Umweltbildung.

2. Wien als internationales Zentrum:

Wien gilt nach wie vor als offener, neutraler Boden und hat eine wesentliche Funktion als anerkannte Stätte internationaler Begegnung und des Dialogs. Aber auch im Rahmen verschiedener EU-Politiksektoren spielt Wien eine bedeutende Rolle (z.B. MOE-Kompetenzsitz für INTERREG, EU-Beobachtungsstelle Antirassismus). Wien ist Sitz zahlreicher internationaler Organisationen (UNO, OSZE, OPEC, etc.) und NGOs, die durch eine intensivere Betreuung jedenfalls in Wien gehalten werden sollen. Durch den Ausbau der Beziehungen zu den bereits in Wien ansässigen internationalen Organisationen, insb. auch zu den Vertretungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments, ließe sich Wien als „Stadt des internationalen Dialogs“ und als Begegnungsstätte für Konfliktlösung noch stärker positionieren. Darüber hinaus sollen durch entsprechende Werbemaßnahmen zusätzliche internationale Organisationen in Wien angesiedelt werden.

3. Wien als weltoffene, gender-orientierte, internationale Stadt im Herzen Europas:

Wien hat einen hohen Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund. Die Wiener Integrations- und Diversitätspolitik ist ein europäischer Modellfall betreffend facettenreiche Integration und Diversität. Dies durch einen intensiven Kommunikationsprozess als politischen Exportartikel zu nutzen und damit auch federführend in der europäischen Debatte zur Integrationspolitik in Städten zu werden, wäre ein wesentlicher stadtaußenpolitischer Impuls.

Von eminenter Bedeutung sind für Wien aber auch Chancengleichheit und die volle Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Die Bemühungen, die Einkommensschere zu schließen, Frauen und Männer gleichrangig in den Arbeitsmarkt zu integrieren, Beruf und Familie für alle tatsächlich vereinbar zu machen, sollten im internationalen Dialog mit Zielmärkten/-regionen permanent thematisiert werden.

4. Wien als Infrastruktur- und Umwelt-Kompetenzzentrum:

Wien verfügt über exzellentes Know-how in Infrastruktur- und Umwelt-Materien, wie z.B. Verkehr, Abfall und Energie sowie Sozialintegration. Um die politische Agenda der EU im kommunalen Bereich (v.a. hinsichtlich der öffentlichen Dienstleistungen) beeinflussen zu können, sind die Bildung von „projekt-“ bzw. „anlassbezogenen“ strategischen Partnerschaften/Allianzen mit anderen EU-Hauptstädten oder im Rahmen von Städtenetzwerken sowie eine möglichst aktive/federführende Mitwirkung in multilateralen EU-Netzwerken und in den entsprechenden EU-Gremien (insb. AdR) notwendig. Eine der größten Herausforderungen besteht in der Sicherung der so genannten Daseinsvorsorge und in der Entwicklung von effizienten Strategien gegen die Liberalisierungstendenzen im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen. Die Suche nach Verbündeten könnte etwa im Rahmen von internationalen Fachkongressen erfolgen, wobei Maßnahmen diskutiert, entwickelt und schließlich umgesetzt werden sollen, die vor allem die Interessen der Stadt Wien in Brüssel berücksichtigen.

5. Wien als Stadt mit einer bürgernahen Verwaltung:

Wien hat in den letzten Jahren mit e-Government-Lösungen erfolgreich die Transformation vom Amt zum Serviceanbieter in Angriff genommen und dabei große Fortschritte vorzuweisen. Auf der internationalen Ebene sollte dem Export von Erfahrungswerten und in Wien entwickelten Standards besonderes Augenmerk geschenkt werden.

C. Evaluation – Indikatoren – Berichtswesen

Die Definition der Schwerpunktsetzungen sowie der Zielregionen dient als Grundlage für eine kontinuierliche Evaluation der Umsetzung. Im Rahmen der künftigen Jahresberichte soll neben einer qualitativen, outputorientierten Beschreibung der Umsetzungsmaßnahmen – soweit möglich – die Zielerreichung auch im Wege quantitativer (Erfolgs)Indikatoren dokumentiert werden.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein quantitativ messbarer und zugleich stichhaltiger kausaler Zusammenhang zwischen gesetzten stadtaußenpolitischen und Stadtmarketing-Maßnahmen einerseits und dadurch erzielten Erfolgen oftmals schwer herstellbar ist. Darüber hinaus treten die Wirkungen einer erfolgreichen Politik häufig stark zeitverzögert ein.

Die im Folgenden aufgelisteten, nach Politikfeldern geordneten Indikatoren verstehen sich daher als Diskussionsvorschläge, die noch einer detaillierten Bearbeitung bedürfen.

Politik allgemein

Internationalisierungsgrad Wiens

Kontakthäufigkeit und Anzahl der Netzwerke mit lokalen Stadtverwaltungen

Gewichtete Anzahl an (Führungs-)Rollen in Gremien, Projekten, ...

Anzahl an EU-/internationalen Projekten und Förderungen

Wirtschaft/Beschäftigung

BIP/Kopf

Wirtschaftswachstum

Beschäftigungszahlen (u.a. neu geschaffene Arbeitsplätze)

Durchführung Beratungsprojekte und Key-Account

Wien-Anteil an Ansiedlungen in Europa

Anzahl von Betriebsansiedlungen und wissenschaftlichen sowie Firmenkooperationen, die dem jeweiligen Besuch/Auftritt zumindest indirekt zurechenbar sind

Anteil an in Wien angesiedelten Unternehmen

Umsatzzahlen ausländischer Unternehmen in Wien

Exportquoten

Tourismus

Statistik der Gästeankünfte und -nchtigungen

Beherbergungsumsatz der Wiener Hotellerie

Jährliche Erhebung der Anzahl nationaler und internationaler Tagungen

Statistik internationaler Tagungen weltweit (ICCA und UIA)

Benchmarking mit europäischen Mitbewerbern und anderen österreichischen Bundesländern

Touristische bzw. kulturelle Wien-Berichte in ausländischen Medien

Tourismus-Satellitenkonto Wien

Wiener Gästebefragung im Tourismus-Monitor Austria

Anteil an Nächtigungen und Pro-Kopf-Ausgaben aus Fokusländern

Bildung

Anzahl der beteiligten Schulen/Klassen/Schülerinnen und Schüler in Schulpartnerschaften
Daten zur Mobilität von Schülerinnen und Schülern/Studentinnen und Studenten und Bildungsfachleuten
Anzahl der Schülerinnen und Schüler mit vermehrten Sprachkenntnissen (z.B. Sprachen der Nachbarstaaten)
Anzahl der erreichten international anschlussfähigen Abschlüsse

Wissenschaft/Forschung

Forschungsquote
Anteil F&E-Projekte/Aufträge für Wiener Institutionen

Medizin

Internationale Patientinnen und Patienten in Wiener Privatspitälern
Anzahl und Art der medizinischen Leistungen, z.B. Transplantationen

Medien

Wien-Berichte in internationalen Medien
Wien-Berichte in internationalen Immobilienzeitschriften
Wien-Dokumentationen von internationalen privaten und öffentlichen Fernsehsendern

D. Vision für 2016

Wien hat sich bis zum Jahr 2016 – in enger Kooperation mit den Partnerstädten und -regionen in CENTROPE – als hochprofessioneller und international nachgefragter Forschungs- und Innovationsstandort etabliert, der insbesondere durch eine hohe und vielfältige Lebensqualität, durch eine umweltsensible Mobilität in der Region und ein ausgeprägtes dynamisches Wirtschafts- und Kulturleben besticht. Darüber hinaus wird Wien auch im Jahr 2016 im Lebensqualität-Ranking weltweit im Spitzenfeld platziert und als „sichere Stadt“ ein Synonym für individuelle, soziale wie öffentliche Sicherheit sein.

Im Einzelnen entwickelt sich Wien bis ins Jahr 2016 entlang von acht fokussierten Stoßrichtungen:

• Politik

Wien ist jene Hauptstadt in der Europa Region Mitte (CENTROPE), die es versteht, mit den anderen Städten ein Orchester zu bilden, das auf europäischer Ebene und international gern gehört wird.

• Wirtschaft, Technologie und Forschung

Wien ist die Wirtschafts-, Forschungs- und Technologiezentrale für Mittel- und Osteuropa und wird zumindest in den Primärregionen⁷ als eine der führenden europäischen Wirtschaftsmetropolen angesehen. Wien ist als Drehscheibe im internationalen Warenhandel anerkannt und spielt eine führende Rolle im internationalen Dienstleistungshandel. Möglichst viele Wiener Unternehmen haben von der Stadtaußenpolitik profitiert und sehen darin auch einen direkten oder indirekten Beitrag zu ihrem wirtschaftlichen Erfolg. CENTROPE als Europaregion Mitte – mit Wien und Bratislava als geografischem und wirtschaftlichem Rückgrat sowie Brno und Győr als aufstrebenden Ballungszentren – wird beispielgebend für den Aufbau eines grenzüberschreitenden regionalen starken Wirtschaftsraumes gesehen und mit seinen Standortvorteilen bei ausländischen Investoren als eine Einheit betrachtet. Die CENTROPE-Region insgesamt positioniert sich als „intelligenter“ Standort für Automotiv-, Medizin- und Bio/Gentechnologie sowie Materialforschung.

• Tourismus

Wien ist dynamisches und erfolgreiches Mitglied der Premier European League im Städtetourismus und setzt sich aufgrund seiner Angebotsattraktivität, seiner Erfolge im Kongressgeschäft und seines systematischen Marketings gegen viele Konkurrenten durch. Darüber hinaus ist Wien als Know-how-Träger und Wissensvermittler im Tourismusbereich international anerkannt.

• Kunst und Kultur

Wien soll weiterhin als führende Kunst- und Kulturstadt, als Zentrum zeitgenössischer Kunst und unangefochtene, weltweite „Destination“ für Musik positioniert werden.

• Medizin

Wien ist weltweit anerkannter Standort für medizinische Spitzenleistung (Forschung und Therapie) von internationalem Ruf („Mayo-Klinik Europas“); sowohl Forschung als auch Versorgung („Spitzenmedizin für alle“) sind führend in der EU.

⁷ Siehe Abschnitt A.2.

- **Umwelt**

Wien ist weltweit anerkanntes Kompetenzzentrum für Umweltangelegenheiten, ein Vorbild im Bereich der Schonung der natürlichen Ressourcen sowie der Verringerung schädlicher Umweltauswirkungen der Wirtschaft durch integrativen und vorsorgenden Umweltschutz. Darüber hinaus hat Wien im Donauraum die Themenführerschaft im Umweltbereich inne.

- **Sicherheit**

Wien bietet auch 2016 ein „sicheres Leben“ in der Großstadt. Sicherheit im individuellen, öffentlichen und sozialen Bereich wird nicht zuletzt auch durch internationale Kooperationen gewährleistet.

- **Integration**

Wien ist eine Stadt, der es in vorbildlicher Weise gelingt, Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer und Migrantinnen und Migranten durch eine zielgerichtete Einwanderungspolitik sowie durch intelligente und vielfältige, auf die Bedürfnisse der Zielgruppen abgestimmte Maßnahmen zu integrieren.

- **Chancengleichheit**

Wien setzt bei der Schaffung von Chancengleichheit internationale Maßstäbe. Ziel ist die volle Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Die Bemühungen, die Einkommensschere zu schließen, Frauen und Männer gleichrangig in den Arbeitsmarkt zu integrieren, Beruf und Familie für alle tatsächlich vereinbar zu machen, sollen im internationalen Dialog mit Zielmärkten/-regionen permanent thematisiert werden.

Anhang 1

Liste der externen Institutionen, die die Erstellung dieses Positionspapiers durch schriftliche Beiträge unterstützt haben

departure wirtschaft, kunst und kultur gmbh
Europaforum Wien
Stadtschulrat für Wien
Universität Wien
Vienna IT Enterprises
WienTourismus
Wiener Börse
Wiener Krankenanstaltenverbund
Wiener Stadthalle
Wiener Stadtwerke
Wiener Städtische
Wiener Wirtschaftsförderungsfonds
Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds
Wirtschaftskammer Wien

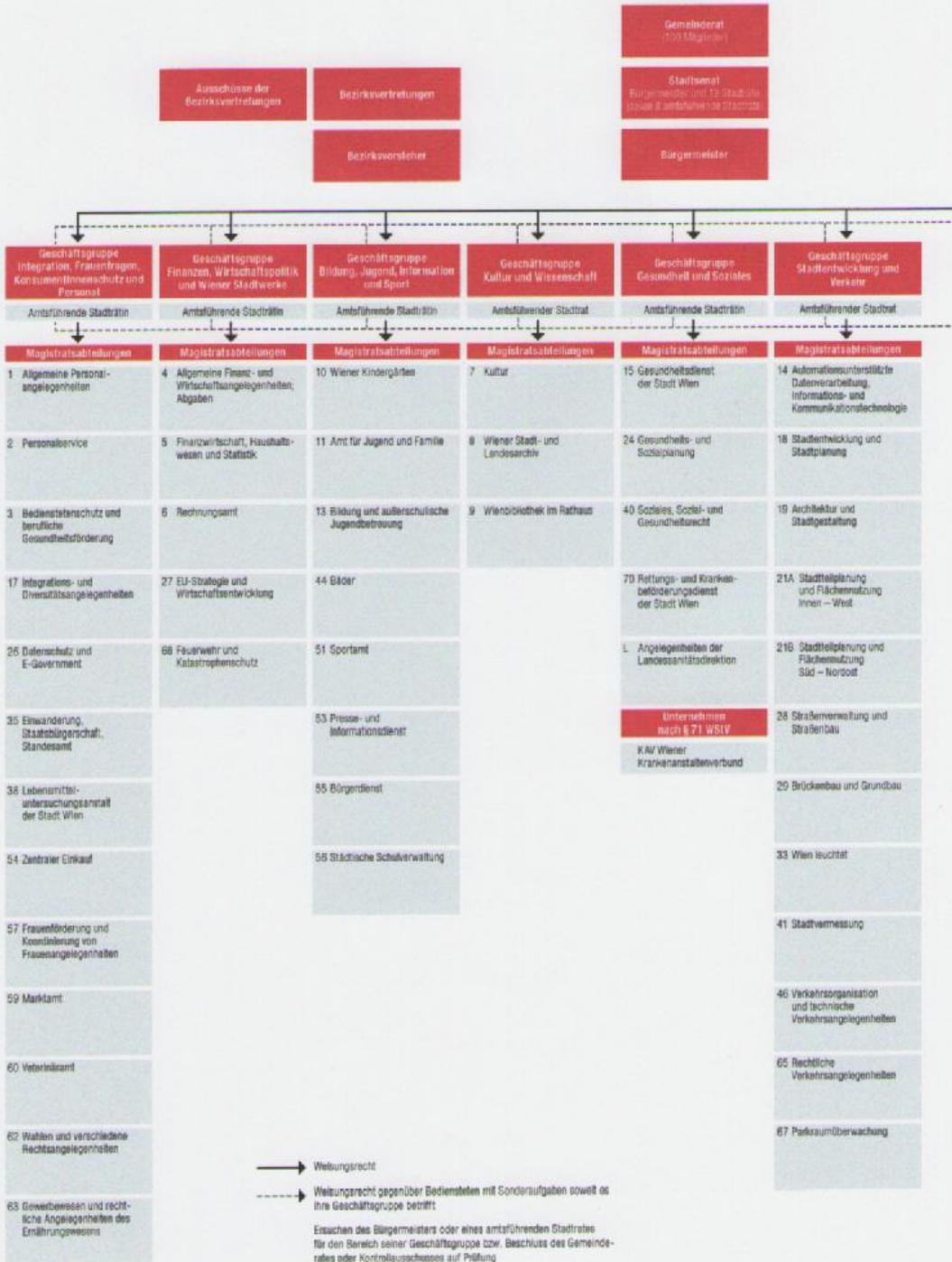
Anhang 2

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

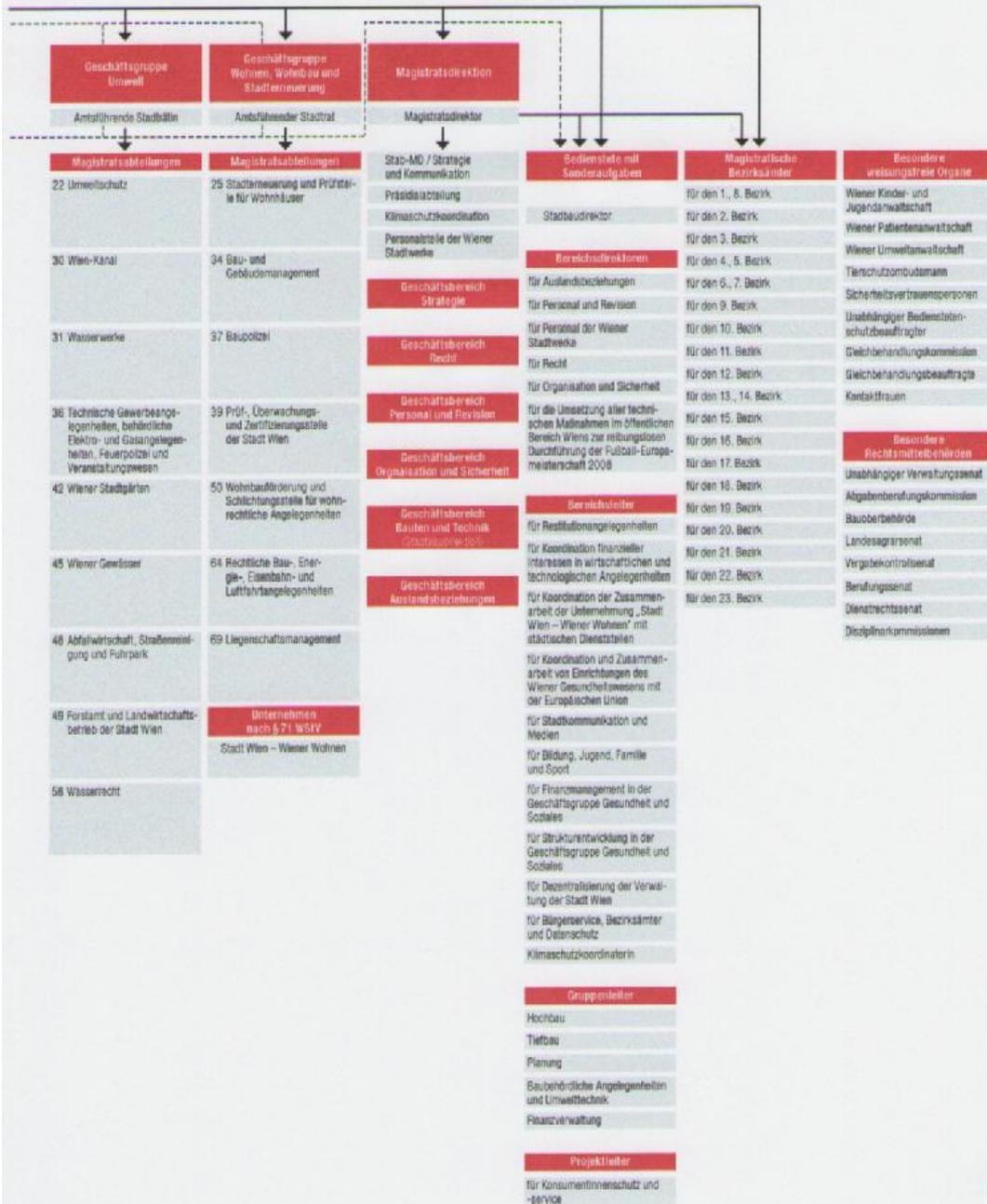
AdR	Ausschuss der Regionen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
EU	Europäische Union
F&E	Forschung und Entwicklung
ICCA	International Congress and Convention Association
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
INTERREG	Eine Gemeinschaftsinitiative des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung
IT	Informationstechnologien
IWS	Internationaler Wirtschaftsservice
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
MOE	Mittel- und Osteuropa
MOEL	mittel- und osteuropäische Länder
NGOs	Nichtregierungsorganisationen
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
UIA	Union of International Associations
USP	Unique Selling Proposition
UNO	United Nations Organization
WWFF	Wiener Wirtschaftsförderungsfonds
WWTF	Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds
ZIT	Zentrum für Innovation und Technologie GmbH

11.3 Organigramm der Stadt Wien

DIE ORGANISATION DER WIENER STADTVERWALTUNG



- Gemeinderatsausschüsse
(Kontrollausschuss)
- Bezirksvertretungen
- Kontrollamt



11.4 Abkürzungsverzeichnis

ABA:	Austria Business Agency (Betriebsansiedelungsagentur des Bundes)
ACVR:	Automotive Cluster Vienna Region
AdR:	Ausschuss der Regionen
BGBI:	Bundesgesetzblatt
BIP:	Bruttoinlandsprodukt
BRP:	Bruttoregionalprodukt
B-VG:	Bundes Verfassung i.d. jeweils geltenden Fassung
COR:	Committee of the Regions – Ausschuss der Regionen
EP:	Europäisches Parlament
CENTROPE:	Europa Region Mitte
EU:	Europäische Union
EZA:	Entwicklungszusammenarbeit
INTERREG:	Gemeinschaftsinitiative für Grenzregionen
IT:	Informationstechnologie
KMU:	Klein- und Mittelbetriebe
MA:	Magistratsabteilung
MD-AB:	Magistratsdirektion- Außenbeziehungen
MOEL:	Mittel- und Osteuropäische Länder
NGO:	Non- Governmental Organizations (Nicht-Regierungsorganisationen)
OPEC:	Organization of the Petroleum Exporting Countries (Organisation Erdöl exportierender Länder)
OSZE:	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
RWS:	Regionales Wirtschaftsservice
PID:	Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien
RGRE:	Rat der Gemeinden und Regionen Europas
ST.EP:	Stadtentwicklungsplan
TINA:	Transport Infrastructure Needs Assessment (Verkehrsinfrastrukturanalyse zur kontinuierlichen Erweiterung des Transeuropäischen Netzes)
VRE:	Versammlung der Regionen Europas
UNO:	United Nations Organization (Vereinte Nationen)

VBB:	Verbindungsbüro der Stadt Wien in Brüssel
WKÖ:	Wirtschaftskammer Österreich
WKW:	Wirtschaftskammer Wien
WTV:	Wiener Tourismusverband
WWFF:	Wiener Wirtschaftsförderungsfonds
ZIT:	Zentrum für Innovation und Technologie

11.5 Zusammenfassung in deutscher und englischer Sprache

Die Außenbeziehungen Wiens spielen sich auf mehreren Ebenen ab, die auch zum Teil fließend ineinander übergehen. Neben einer Kooperation mit den direkten Grenznachbarn gibt es noch eine Zusammenarbeit innerhalb der EU, sowie auch Kooperationen auf institutioneller EU- Ebene. Daneben existieren natürlich auch noch Kontakte zu Staaten außerhalb der EU.

Die Möglichkeit der österreichischen Bundesländer eine eigene Außenpolitik zu gestalten ist auch verfassungsrechtlich – wenn auch mit Einschränkungen – gesichert. Der Träger der Außenpolitik der Stadt Wien ist der Landeshauptmann, der im Falle Wiens auch gleichzeitig Bürgermeister ist.

Die Auslandsarbeit der Stadt Wien ist auf mehrere Magistratsabteilungen aufgeteilt, die auch enge Zusammenarbeit pflegen. Weiters werden bei den Außenaktivitäten auch die ausgelagerten Einheiten der Stadt sowie die Wiener Wirtschaftskammer eingebunden. Daneben ist Wien auch in Städtenetzwerken und Kooperationen aktiv. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Auslandsarbeit einen großen Stellenwert in Wiens Politik hat und durchaus auch als erfolgreich bezeichnet werden kann.

Vienna's foreign affairs happen on different levels. Besides contacts with direct neighbours, there is cooperation within the EU as well as on institutional EU-level. Furthermore, Vienna is communicating with countries outside the EU and participating actively in European networks.

Austrian provinces have – with restrictions under constitutional law – the opportunity to create their own policies with foreign countries. Head of foreign policy is the governor; in Vienna he is also governing mayor. Foreign affairs are fragmented into several cooperating departments of municipality, which interact closely. Furthermore, there are also integrated outsourced units and Vienna's department of the Austrian Federal Economic Chamber.

In summary, it can be noticed that foreign affairs have high priority in Vienna's politics and can definitely be called successful.

11.6 Lebenslauf

Geburtsdatum:	25. Oktober 1978, Wien
Familienstand:	ledig
Eltern:	Eva und Ernst Sinhuber
Staatsbürgerschaft:	Österreich
1985 – 1997:	Volksschule, Wirtschaftkundliches Realgymnasium, Wien 23
10/1997:	Studium der Politikwissenschaft sowie Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien
ab 2006	Überstellung in den neuen Studienplan Diplomstudium Politikwissenschaft mit besonderem Interesse für Internationale Organisationen und Österreichische Bundesländerpolitik.
Berufserfahrung:	Diverse Praktika (u. a. bei Raiffeisen Zentralbank, Stadt Wien) und während des gesamten Studiums beschäftigt in einem Tennisclub in Wien.
Sprachen:	Englisch und Spanisch in Wort und Schrift